DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

159 14. JAHRGANG Dezember '97 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

SOZIALPOLITIK

Anfang November trafen sich über 130 VertreterInnen aus Initiativen und Verbänden zum »Sozialpolitischen Forum '97« auf Einladung der AG SPAK und der Sozialpolitischen Gesellschaft in Kassel.
CONTRASTE dokumentiert das auf dem Forum verabschiedete »Sozialpolitische Manifest 4« auf Seite 4.

RADIO X

»Stimme für Unerhörtes« hieß unser letzter Schwerpunkt zum Thema »Freie Radios«. In dieser Ausgabe stellen wir nun das Frankfurter »Radio X« vor, daß seit dem 22.9. auf Sendung ist. Weitere Beiträge sind in Vorbereitung. Seite 5

PFERDEOMNIBUS

In Göttingen gibt es das Projekt eines Pferdeomnibusses und damit verbunden, die Idee eines selbstverwalteten Fuhrunternehmens. Seite 5

WOHN- & LEBENSPROJEKTE

In Sottrum entsteht ein neues Wohn- & Lebensprojekt in einer ehemaligen Molkerei, berichtet Götz Paschen.
In Kassel wurde Ende November ein Wohnprojekt auf dem Gelände der Gesamthochschule Kassel mit unvorstellbarer Härte von der Polizei geräumt: Der Wagenplatz K18. Seite 10

MOTORRADROMANTIK

Der Club hat sich nach dem gleichnamigen Brecht-Film benannt: »Kuhle Wampe« (= leerer Bauch). Einmal im Jahr treffen sich im niedersächsischen Holzminden Mitglieder und Sympathisanten des linken Motorradclubs zu ihrem »Sommertreffen«, um dort für ein Wochenende ihre Zelte aufzuschlagen, zusammen zu feiern und Bilanz eines Jahres politischer Aktivitäten zu ziehen. Seite 11

KLAUS DER GEIGER

Überall wo was los ist, macht auch Klaus was los, z.B. bei der Fete am 1. Mai »Kein Atommüll in Ahaus«. Sein Markenzeichen ist die Geige und sein Brüllgesang, und wie er mit einem besonders gut abgefederten Bogen auf seiner Geige rumschlägt, statt sie zu streicheln. Seite 12

UNTERNEHMENSGRÜN

»Märkte ohne Grenzen – Unternehmen ohne Verantwortung?« war das Thema der Jahrestagung von UnternehmensGrün. Ende November trafen sich 140 UnternehmerInnen in Köln, um Perspektiven einer ökologisch und sozial verantwortlichen Unternehmensführung zu entwickeln. Seite 13.

DER KLIMAGIPFEL IN KIOTO:

Wettlauf nach unten ?

Nach Ansicht kritischer Wissenschaftler müßte der Ausstoß von Klimagasen bis zum Jahr 2010 in den Industriestaaten um rund 40 Prozent unter dem Stand von 1990 reduziert werden, um dem Klimakollaps wirksam zu begegnen. Nur so besteht die Chance, die Klimagase bis zum Jahre 2050 weltweit zu halbieren und gleichzeitig den Ländern des Südens eine Entwicklungschance einzuräumen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Jedoch; die politischen Realitäten sehen anders aus: Die EU ist beinahe in Position eines Vorkämpfers für den Klimaschutz mit den von ihr anvisierten 15 Prozent Einsparung bis zum Jahr 2010, bezogen auf 1990. Nur vier Prozent der Weltbevölkerung leben in den USA, dem Land, daß 24 Prozent der Welt-CO_2-Emissionen in die Atmosphäre pustet. Die USA wollen ihren Ausstoß von Klimagasen in den Jahren 2008 bis 2012 lediglich auf den Stand von 1990 einfrieren und Japan kann sich für diesen Zeitpunkt nur zu fünf Prozent Reduktion durchringen. Selbst die Umweltverbände haben sich angesichts der Realitäten anscheinend von den Forderungen kritischer Wissenschaftler verabschiedet. Greenpeace verlangt als »ersten minimalen Schritt« eine Reduktion von 20 Prozent bis zum Jahre 2005, genauso wie die Assoziation kleiner Inselstaaten (AOSIS), denen bei weiterer Erderwärmung das Wasser in die Stube läuft.

Der Poker um Prozente ist aber nur ein Teil im Verhandlungsmarathon. Die USA wollen mittels sogenannter handelbarer Verschmutzungsrechte bzw. Klimaschutzinvestitionen in der Dritten Welt erreichen, daß sich Industriestaaten von einem Teil eigener, teurer Klimaschutzmaßnahmen freikaufen können. Für den kolumbianischen Umweltminister Eduardo Verano de la Rosa ist dieses Modell noch zu wenig konkret. Es dürfe nicht darauf hinauslaufen, »daß im Süden ein paar Bäume aufgeforstet werden, der Norden aber so weiter wirtschaftet wie bisher«. Sinnvoll, so de la Rosa, wären dagegen Kompensationszahlungen der Industriestaaten an die Regenwaldländer. Damit sollte deren Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung ihrer grünen Ressourcen – also ihr Beitrag für das Weltklima – vergütet werden. Dies wäre auch ein zutiefst sozialpolitisches Problem, denn »man muß der meist armen Bevölkerung Alternativen bieten«.

Unseren Schwerpunkt zum Thema hat das »Forum Umwelt & Entwicklung«, ein Zusammenschluß von deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) zusammengestellt und in ihrem Rundbrief 3/97 veröffentlicht. Manfred Trebler, Koordinator der AG Klima des Forums Umwelt & Entwicklung, schreibt in seiner Einleitung: »Das Christkind (El Nino) macht's möglich. Zwar ist die heftige Ausprägung des neuesten El Nino (noch?) nicht eindeutig auf die Klimaänderung zurückführbar – obschon einige Wissenschaftler, wie etwa Friedrich-Wilhelm Gerstengabe vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung einen Zusammenhang zwischen extremem El Nino und globaler Erwärmung sehen. Doch zeigt die Häufung von Wetterextremen in einprägsamer Weise, auf welche Wetterextrema wir uns in zunehmendem Umfang gefaßt machen müssen, falls es keine politische Gegensteuerung gegen die Klimaänderung gibt.

Allerdings sind trotz der deutlichen Signale des »Christkindes« zwei Akteure der Triade – nämlich Japan und die USA – anscheinend unbeirrt dabei, sich gegenseitig mit ihren Vorschlägen für die entscheidende Klimakonferenz im Dezember 1997 in ihrem »Wettlauf nach unten« zu unterbieten.

Die ökologische Kommunikation ist dort offensichtlich nicht stark genug ausgeprägt, um die Binnenlogik der Wirtschaft zu stören, so daß diese (mit Unterstützung der Konsumenten) von ihrem – im Endeffekt zerstörerischen – Tun bereits jetzt abzulassen begänne. Im Gegenteil, große Teile der Wirtschaft, vor allem der amerikanischen, scheinen – trotz einzelner positiver Ansätze – nahe daran zu sein, die Politik mit Drohparolen erfolgreich einzuschüchtern, um auf diese Weise notwendige Veränderungen zu verzögern.

Obwohl wir derzeit auch in Europa den Eindruck haben, daß hier die Politik nicht sehr weit gediehen ist, sind deutliche Unterschiede festzustellen.

Es zeichnet sich also ab, daß das Ergebnis von Kioto weit hinter dem zurückbleiben wird, was die Wissenschaft geboten sieht, um Schaden durch die anthropogene Klimaänderung zu verhindern. Dementsprechend wird von den in Kioto erzielten Ergebnissen natürlich keine völkerrechtliche Vorgabe kommen, die in Deutschland zu einer Verschärfung des Klimaschutzes führen würde. Deshalb wird es nach Kioto eine zentrale Aufgabe der NRO sein, den Druck zur Umsetzung des nationalen Reduktionsziels zu verschärfen. Wir sollten dazu beitragen, daß diejenigen Menschen, die bereits selbst mit dem Klimaschutz begonnen haben, nicht entmutigt durch die globalen Ergebnisse (»die da oben tun ja nichts«) wieder in den alten Trott eines Verhaltens zurückfallen, das eher einem interplanetarischen Eroberer (Meyer-Abich) der Erde als zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Mitwelt paßt.

Wohin die Reise geht, wenn sich die Standpunkte Japans und der USA schlußendlich durchsetzen sollten, wurde jüngst von Jerry Mahlman (Princeton) drastisch dargelegt. Wir bewegen uns dann auf einem Pfad der Vervierfachung der CO2-Konzentration und nicht nur zu einer Verdoppelung hin, welche bisher in der überwiegenden Zahl der Fälle Gegenstand der Untersuchungen über die Auswirkungen der Klimaänderungen ist. Eine Vervierfachung bedeutet laut Mahlman langfristig eine Temperaturerhöhung um über sieben Grad – nicht auszumalen, welche Folgen das für die Lebensumstände der Menschen, der Fauna und Flora haben würde.

Damit es nicht so weit kommt, bleibt zu hoffen, daß uns vielleicht das Christkind sogar schon vor Weihnachten ein Klimaschutzprotokoll mit Zähnen beschert«. ●

D 8008

UMWELTVERBÄNDE AUF SCHMUSEKURS MIT STAAT UND WIRTSCHAFT

Recherchen im Naturschutzfilz

Der folgende Text ist der erste einer Serie von Hintergrundberichten zu der Frage »Wie unabhängig sind die Umweltschutzverbände und -einrichtungen?« Im Rahmen einer umfangreichen Recherche sind viele Daten und Materialien zusammengetragen worden, die eindeutig belegen: Überall sitzen Parteimitglieder und AufpasserInnen von Seiten des Staates in den Gremien der Umweltorganisationen. Geldflüsse steuern das Verhalten. Intern herrschen Hierarchie, die Basis wird über die eigentlichen Ziele ihrer Verbandsbosse schlicht belogen.

Von Jörg Bergstedt ● Ein Blick auf den Buchmarkt, auf Veranstaltungsprogramme und in Verbandsrundschreiben zeigt, daß die Debatte um den »Standort Deutschland« auch die UmweltschützerInnen erfaßt hat, zumindest die großen Verbände, überregionalen Institute und Umweltmedien. Von Seiten der Regierung und der Spitzenverbände in der Wirtschaft wird das Thema seit Beginn der 90er Jahre forciert - mit bemerkenswertem Erfolg.

Unter dem Vorwand internationaler Wettbewerbsfähigkeit (die nie besser war als heute) werden Beteiligungsrechte und Umweltschutzvorschriften »dereguliert«. Unter dem Vorwand der Erhaltung von Arbeitsplätzen (die noch nie so schnell und am meisten bei den reichen Branchen verlorengingen wie heute) werden Hürden für Investitionen und Gewinnanhäufung beiseitegeräumt. Und unter dem Vorwand fehlender Wirtschaftskraft fordern besonders die Großbetriebe (denen es nie besser ging als heute) einen Umbau der gesamten Gesellschaft, vor allem der Weltwirtschaftsordnung hin zu mehr Wirtschaftsliberalität, um noch besser Mensch und Umwelt ausbeuten zu können.

Die Umweltschutzverbände greifen seit 1992 in diese Debatte ein, seit 1994 gehören sie sogar zu den Wortführern (Erscheinen der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«). Gründe für ein Gegenhalten gegen die genannten Forderungen und Taten seitens Regierung und Wirtschaftslobby gäbe es dabei genug.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Umweltverbände und Institutionen steuern nicht gegen die »Deregulierung«, sondern versuchen, selbst Vorschläge für den Abbau von Wirtschaftshemmnissen zu entwickeln. Ihre Hoffnung: Eine sich freiwillig für den Umweltschutz einsetzende Industrie. Ihre Durchsetzungsmittel: Keine. Daher die Folgen: Widerstandsloses Hinnehmen der Verschlechterungen, gemeinsame, aber unverbindliche Forderungskataloge mit der Wirtschaft und zunehmende Spendeneingänge bei den Umweltverbänden durch die Großindustrie.

Drei große Themen prägen die Umweltschutzarbeit Ende der 90er Jahre: Agenda 21, Nachhaltigkeit und ökologische Steuerreform. Die Agenda 21 prägt vor allem die Umweltschutzbasis, fast überall sitzen UmweltschützerInnen, neudeutsch als NROs (Nichtregierungsorganisationen) bezeichnet, mit Industrie, RegierungsvertreterInnen und weiteren gesellschaftlichen Gruppen zusammen, um über Umweltschutzziele zu sprechen. Die Nachhaltigkeitsdebatte prägt dagegen vor allem die überregionalen Gremien und Geschäftsstellen. Nach der bundesweiten Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« entstehen nun ebensolche in Ländern und Regionen. Der dritte Schwerpunkt, die ökologische Steuerreform, ist Sache der Bundesspitzen, sie ist aktuelle Schwerpunktaktion des Deutschen Naturschutzrings (DNR) des Dachverbandes der Umweltschutzverbände.

Fortsetzung auf Seite 3

CONTRASTE INTERN:

Treffen bei der Kommune Niederkaufungen

Es ist ein teures Hobby bei dem Projekt CONTRASTE mitzuarbeiten. Neben der ehrenamtlichen Mitarbeit an einem permanent defizitären Projekt stehen auch mehrmalig im Jahr selbstfinanzierte Redaktionstreffen an. Das war schon einmal anders: In den ersten Jahren wurden freigestellte Leute aus Betrieben und Verbänden in die Redaktionsplenen geschickt, um die jeweiligen Interessen am Projekt CONTRASTE zu wahren. Im Laufe der Jahre hat sich das Bild gewandelt, bisher mitarbeitende Betriebe konzentrierten sich auf ihre Produktion, Verbände, alternative Geldinstitute und Stiftungen auf ihr Profil und die Öffentlichkeitsarbeit mit eigenen Publikationen.

Von Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● Die Folge sind immer professionellere und ausgefeiltere Presseerklärungen, die für die bürgerlichen Medien geschrieben wurden, die CONTRASTE – natürlich im Presseverteiler – von ehemaligen Redaktions-AktivistInnen erhält, die früher auch schon mal einen kritischen Bericht zum eigenen Projekt geschrieben hatten. Es wird so immer schwieriger, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Aber es sind auch neue Projekte, Betriebe und Initiativen entstanden, die sich in CONTRASTE einbringen und das Bild dieser Zeitung prägen. Diese AktivistInnen aus den unterschiedlichsten Bewegungen verfolgen mit der Herausgabe der CONTRASTE das Ziel, zu den von Globalisierung, Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Umweltzerstörung geprägten herrschenden Verhältnissen Alternativen zu diskutieren, Entwicklungen aufzuzeigen, eigene Utopien zu entwickeln und diese zu erproben. CONTRASTE hofft auf weitere Verstärkung des Redaktionskreises.

Das Plenum

Anfang November trafen sich Redaktionen aus Berlin, Hamburg, Göttingen, Osnabrück, Rhein-Main, Saarland, Heidelberg und als evtl. Neuzugänge Mitglieder aus der Kommune Niederkaufungen, um die Schwerpunktthemen für 1998 festzulegen, neue Projekte vorzustellen und um über die nach wie vor mißliche Finanzlage der CONTRASTE zu beraten.

Ein CONTRASTE-Plenum kann auch schon mal in Andalusien stattfinden: Workcamp CONTRASTE Januar 1989 in Tarifa CONTRASTE-Redakteure beim Aufbau des Camps, v.l.n.r. Kurt Regenauer (Red. Nürnberg) beim Ausladen der Geräte, Dieter Poschen (Red. Heidelberg) und Ex-Redakteur Waldemar Schindowski (mit Laserdrucker)

Foto: Detlef Weiher

Finanzen

Pro Monat entstehen ca. 800 DM Verlust (ca. 10.000 DM jährlich). Die bereits im letzten Jahr an dieser Stelle angepeilte Erhöhung der Abos um ca. 300 wurde nicht erreicht. Die Abozahlen stagnieren weiterhin. Ohne die Mithilfe unserer LeserInnen schaffen wir die finanzielle Entlastung und die nötige Steigerung unserer Abozahlen nicht (siehe Kasten).

Diskutiert wurde auch eine vierseitige Beilage des CONTRASTE-Vereins in der taz, in der die Vielfalt der Themen in CONTRASTE dokumentiert werden soll. Mit einer Auflage von 60.000 könnten wir neue InteressentInnen ansprechen. Die Kosten (ca. 5.000 DM) sollen durch Anzeigenschaltungen selbstverwalteter Betriebe hereinkommen. Unterstützungswillige Betriebe können ein Konzeptpapier und die Anzeigenpreisliste bei der Heidelberger Redaktionsanschrift bestellen.

Durch einen verstärkten Verkauf der vorliegenden Ausgabe unserer BUNTEN SEITEN könnte das bestehende Finanzloch geschlossen werden.

Angedacht wurde auch eine Leih- und Schenkungsgemeinschaft, die spätestens im Frühjahr 1998 umgesetzt werden muß, falls Steigerungen im Spendenaufkommen und bei den Abos ausbleiben. Über formlose Absichtserklärungen aus unserem LeserInnenkreis, sich an dieser Gemeinschaft mit einer monatlichen Zahlung zwischen 20 und 60 DM über einen Zeitraum von drei Jahren zu beteiligen, würden wir uns freuen.

Schwerpunktthemenplanung

Die Planung, von der wir hoffen, daß sich an dieser noch Projekte, Betriebe, Initiativen und Einzelpersonen beteiligen, sieht folgende Schwerpunktthemen für 1998 vor:

- **Februar 1998: Wohngenossenschaften.** Im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung der entsprechenden Gesetze (Ansprechpartner: Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften)
- **März 1998: Sanftes Reisen** (Ansprechpartner: Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften und Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg)
- **April 1998: Ökologische Kinderrechte** (Mobilspiel e.V., München. Ansprechpartner: Redaktion Heidelberg)
- **Mai 1998: Neue selbstverwaltete Betriebe / neue Kooperativen** (Ansprechpartner: Peter Streiff, Redaktion Rhein-Main, desw. die Redaktionen Genossenschaften, Nürnberg, Heidelberg)
- **Juni 1998: »New Work«**, Konzept und praktische Beispiele (Ansprechpartner: Hilmar Kunath, Redaktion Hamburg und Herrmann Cropp, Redaktion Osnabrück)
- **Juli/August 1998:** noch offen (evtl. Schwerpunkt zur Arbeit des Werkhofes Darmstadt)
- **September 1998: Steuern.** Beschiß um Grundsteuern und Abschreibungen im Osten, Steuermodelle der Parteien vor der Bundestagswahl, Zollfrei-Zonen... (Ansprechpartnerin: Ricarda Buch, Redaktion Berlin). Hierzu soll zum nächstem Plenum im März 1998 ein inhaltlicher Vorschlag vorliegen.
- **Oktober 1998: Zeitmanagement** (Ansprechpartner: Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften)
- Angedacht wurden: Projektesterben: insbesondere **Alternativzeitungen und Verlage** (Ansprechpartner: Kai Böhne, Redaktion Göttingen
- und **Projekte und neue Kommunen im Osten** (Ansprechpartnerin Kirsten Alers, Kommune Niederkaufungen)

Das nächste Redaktionstreffen wird vom **20. bis 22. März 1998** wieder in der Kommune Niederkaufungen stattfinden. InteressentInnen wenden sich an die Heidelberger Redaktionsanschrift.●

Spendenkonto für die CONTRASTE-Weihnachtsspende:
Volksbank Bergstraße, Kto-Nr. 64076, BLZ 509 614 12

CONTRASTE-FÖRDERUNG:

O Das Überleben des Zeitungsprojektes CONTRASTE ist mir/uns wichtig, darum möchte ich/wir mein/unser Abonnement kündigen und Fördermitglied im CONTRASTE e.V. werden. Ich zahle einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von ..... DM (mindestens 120 DM, juristische Personen 300 DM). Bitte schickt mir/uns die Satzung des Vereins zu. Meine/unsere Mitgliedschaft soll zum ..... 1998 beginnen. Als Fördermitglied erhalte ich die CONTRASTE umsonst.

Für juristische Personen mit einem Mitgliedsbeitrag von mindestens 300 DM:
Wir benötigen als Mitglied ..... kostenlose Exemplare der CONTRASTE (max. 10) für unser Projekt/unseren Betrieb.

Bisherige Abo-Nr. _____
(s. Adressenaufkleber, linke Seite)

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

O Ich möchte mich an Eurer Abowerbung durch das Verschenken eines/mehrerer Schnupperabos zum Preis von je 10 DM beteiligen. Bitte schickt das dreimonatige Schnupperabo an die beiliegende/n Anschrift/en. Den Betrag in Höhe von ..... DM habe ich in Briefmarken/Bargeld/Verrechnungsscheck beigelegt.

O Ich möchte mich über die geplante Leih- und Schenkungsgemeinschaft der CONTRASTE informieren. Bitte schickt mir die Unterlagen an meine Anschrift.

CONTRASTE UNTER'M WEIHNACHTSBAUM

Für alle, die schon immer etwas Besonderes zu Weihnachten verschenken wollten, bietet CONTRASTE jetzt folgende preiswerte Geschenkmöglichkeiten (befristet bis zum 20.12.1997):

1. Ein Weihnachts-Geschenkabo für 50 DM für ein Jahr (11 Ausgaben, beginnend im Januar 1998, zusätzlich eine Ausgabe Eurer Wahl aus 1997, die wir rechtzeitig mit einem Anschreiben unter den Weihnachtsbaum legen). Als Prämie erhält der/die Schenkende das Buch »Gemeinsam mehr erreichen – Kooperation & Vernetzung alternativ-ökonomischer Betriebe und Projekte«.
2. Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN 1997/98 inklusive einem Schnupperabo der CONTRASTE für drei Monate zum Preis von 40 DM (Versandkosten sind im Preis erhalten)

O Ich bestelle das Weihnachtsgeschenkabonnement zum Preis von 50 DM. Mein Geschenk soll an folgende Anschrift geschickt werden:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Als zusätzliche Ausgabe schickt bitte rechtzeitig vor Weihnachten die Nr.: ...../1997 mit meinem Weihnachts- oder Neujahrsgruß an die o.a. Anschrift.
Die Buchprämie und die Rechnung für mein Geschenkabo schickt bitte an meine Anschrift:

Abo-Nr. (s. Adressenaufkleber, linke Seite): _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

O Ich bestelle die BUNTEN SEITEN 1997/98 und das dreimonatige Schnupperabo für folgende Anschrift:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Die Rechnung schickt bitte an meine Anschrift:

Abo-Nr. (s. Adressenaufkleber, linke Seite): _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

ITALIEN

Repressionen gegen italienische AnarchistInnen

Seit geraumer Zeit sind in Italien zahlreiche AnarchistInnen zur Zielscheibe staatlicher Repressionen geworden. Informationen dazu sind in diesem ach so vereinten Europa nur spärlich zu erhalten, wobei hierhin natürlich auch Vorfälle in Griechenland, Kurdistan oder Serbien gehören. Während Linke noch darüber diskutieren, wem das (Informations-,/Online-) Netz gehört, hat das Kapital schon längst zugegriffen und wir wundern uns hinterher wieder den Anschluß verpaßt zu haben. Das aber nur nebenbei.

Von Jochen Knoblauch (Berlin) ● Zu der jetzigen Repressionswelle in Italien wurde der Grundstein bereits Ende 1995 gelegt. Am 16. November 1995 wurden die Wohnungen von 60 AnarchistInnen in ganz Italien ergebnislos durchsucht, unter dem Vorwand der »subversiven Vereinigung, Waffen- und Sprengstoffbesitz« sowie, in einem Fall sogar »Beihilfe zum Mord«. Obwohl die Durchsuchungen keine Ergebnisse im Sinne der Beschuldigungen brachten, wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Am 16.1.96 kommt es mit Hilfe einer Kronzeugin zu einem Prozeß gegen Christos Stratigopulos, Antonio Budini, Carlos Tesseri und Jean Weir, der Lebensgefährtin von Alfredo Bonanno, wegen Überfalls auf zwei Banken. Trotz Widersprüche und einem scheinbar abgekarteten Spiel zwischen der Kronzeugin und der Staatsanwaltschaft verurteilte das Gericht die vier Angeklagten zu Haftstrafen bis zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis.

Am 1. Juni 1996 werden die Urteile in einem Berufungsverfahren auf Haftstrafen von 5 Jahren bzw. 3 Jahre und vier Monate reduziert. Der Justiz erscheint dieses Urteil zu milde und sie erhebt Anklage wegen eines weiteren Banküberfalls.

In der Nacht vom 16. zum 17. September 1996 holt der Staat erneut zu einem Schlag gegen die italienischen AnarchistInnen aus: 60 Hausdurchsuchungen, 70 Ermittlungsverfahren, 29 Haftbefehle (unter den Verhafteten ist auch Alfredo Bonanno, der mit weiteren fünf im Gefängnis Ribibbia in Isolationshaft sitzt), darunter auch zusätzliche Haftbefehle gegen die bereits vier Verurteilten.

Den AnarchistInnen werden so ziemlich alle ungelösten Fälle der letzten Jahre angelastet, ein Sammelsurium diverser Straftaten bis hin zum Mord. Das ganze wird gestützt durch die zweifelhafte Kronzeugin.

Im erneuten Prozeß gegen die vier am 7. November und 13. Dezember 1996 werden die Angeklagten »nur« noch zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Neben diesem ominösen Prozeß wird es vermutlich noch eine Reihe weiterer Prozesse gegen AnarchistInnen in Italien geben, die sich alle auf die Aussagen jener Kronzeugin stützen werden.

Wir können nur ahnen, was es heißen würde, wenn bei uns in Deutschland rund 30 aktive AnarchistInnen vor Gericht gestellt und inhaftiert werden würden. Wir dürfen nicht vergessen daß in Italien, ebenso wie in Deutschland ein riesen Apparat unterhalten wird, der für den sogenannten Terrorismus installiert worden ist, und zur Zeit arbeitslos zu sein scheint. Diese Leute suchen sich irgendwann neue Ziele, neue Aufgabenbereiche, um ihre Existenzberechtigung zu erhalten. So wird eben gerade in Italien versucht, aktive AnarchistInnen in die Rolle von Terroristen zu drängen.

Die italienischen Freunde brauchen dringend unsere Unterstützung. Wer mehr Infos haben möchte wendet sich an: Geist der Freiheit, c/o Café Exzess, Leipzigerstr. 91, 60487 Frankfurt.

Zu den Ereignissen in Italien gibt es auch eine Broschüre: »Der Ausbruch« – Informationen über die Repressionen gegen italienische AnarchistInnen, Dezemberausgabe in deutsch und englisch gegen 2 DM pro Exemplar plus 1,50 DM Porto bei:
Solidaritätskommitee Italien, c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, D-81677 München●

FORTSETZUNG VON SEITE 1:

Recherchen im Naturschutzfilz

Alle an einen Tisch: Agenda 21

Die Agenda 21 ist das Abschlußdokument der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Rio 1992. Damals wurde die Konferenz, an der die Regierungschefs von über 170 Staaten teilnahmen, als Fehlschlag in den Medien dargestellt. Davon wichen aber bereits einige Umweltverbandsvertreter deutlich ab: Hubert Weinzierl, BUND-Chef, und VertreterInnen des Deutschen Naturschutzrings lobten vor allem die Bundesregierung und widersprachen Meldungen, die Konferenz von Rio sei ein Fehlschlag gewesen.

Wesentliches Ergebnis der Rio-Konferenz ist das Abschlußdokument, die Agenda 21, und die Einigung auf Folgekonferenzen. Alle Folgekonferenzen, z.B. 1995 in Berlin, wurden ebenfalls zum ergebnislosen Fiasko aus Sicht der Umwelt. Einige Umweltverbände teilten diese Einschätzung auch, gingen aber sofort wieder zur Tagesordnung über, d.h. zur weiteren Mitarbeit an der Vorbereitung von Folgekonferenzen. Zugleich forderten sie ihre Basisgruppen dazu auf, lokale Agendagruppen zu bilden und die überregionalen Ziele auch vor Ort umzusetzen. Grundlage für alles war die Agenda 21, jenes Papier der Regierungschefs. Darin waren unter anderem die massive Förderung der Gentechnologie, die weitere Nutzung der Atomkraft und die Stärkung der Privatwirtschaft gegen regulierende Vorschriften als Ziele genannt - und zwar unabänderlich, denn die Agenda 21 kann nicht durch die Gruppen, die unter ihrem Namen arbeiten, korrigiert werden.

Die UmweltschützerInnen und viele entwicklungspolitische Gruppen aber scheint das wenig zu stören. In den Gruppen, die sich für eine lokale Agenda einsetzen, ist das Ursprungsdokument ohnehin in der Regel nicht bekannt. Man arbeitet unter einem Begriff, den niemand kennt. Kritik wird abgewehrt: »Agenda 21 ist das, was wir daraus machen« schreibt z.B. die Organisation »German Watch« am 8. August als Antwort auf die Agenda-Kritik ohne Benennung von Verfahren, wie die Agenda 21, also das Abschlußdokument der Rio-Konferenz, denn durch »das, was wir machen« wirklich verändert werden kann. Der Irrtum von German Watch liegt fast allen Umweltverbänden und -gruppen zugrunde. Die Agenda ist vom Dokument einer gescheiterten Umweltkonferenz zur wichtigsten Handlungsgrundlage der Umweltschutzgruppen geworden, vor allem für örtliche Gruppen, aber dazu angetrieben von den zentralen Verbänden, die immer wieder unkritisch die Agenda als gute Grundlage für konkrete Umweltschutzarbeit propagieren. UmweltschützerInnen sind damit zu PropagandistInnen der Regierungen geworden. Kritik daran wehren sie unwirsch ab. Wahrscheinlich wissen sie, daß die Agenda als Umweltschutzdokument nichts taugt.

Nachhaltige Debatte

Zwar ist der Begriff der Nachhaltigkeit nicht erst in den 90er Jahren »erfunden«, aber ebenfalls erst dann populär geworden. Zum erstenmal tauchte er mit größerer Medienwirkung 1987 auf. Die sog. Brundlandt-Kommission hatte ihren Bericht zur nachhaltigen Entwicklung der Erde abgegeben. Deutlich mehr Auftrieb gab dem Wort aber ebenfalls die Rio-Konferenz, noch einmal gesteigert durch das Buch »Zukunftsfähiges Deutschland« und die damit verbundene Medienpower großer Umweltverbände wie dem BUND und bekannter Institute wie dem Wuppertal-Institut.

Der Buchmarkt wurde geradezu überschwemmt von Büchern zum Thema, Vorträge, Seminare und Veranstaltungen reihten sich aneinander. Bemerkenswert aber war von Beginn an eine klar erkennbare Allianz: Die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« wurde herausgegeben von BUND und von Miserior. Im BUND war das Werk vor allem eine Folge der seit Beginn der 90er Jahre im stärker werdenden Gruppe von FunktionsträgerInnen und Hauptamtlichen um die stellvertretende Bundesvorsitzende und vorherige Arbeitsleiterin »Wirtschaft und Umwelt«, Dr. Angelika Zahrnt. Neben der Hoffnung auf die große Verbrüderung von Großindustrie und Umweltschutzverbänden verband die meisten von ihnen noch etwas zweites: Die SPD-Mitgliedschaft.

Die Studie wurde vom Wuppertal-Institut geschrieben, einer Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD-Regierung). Der Institutsleiter ist Ernst Ulrich von Weizsäcker, seit langer Zeit einer der Spitzenumweltleute in der SPD. Die vielfältigen Nachfolgeaktivitäten, vor allem das Erstellen landesweiter und regionaler Studien, wurde im BUND sowie von staatlichen und staatsnahen Einrichtungen vorangetrieben, z.B. in den Naturschutzakademien und -zentren der Länder. Das Ergebnis, die Studie, war aber dann sogar noch schlechter. Sie fand Beifall bei der Umwelt- und Atomministerin Angela Merkel (CDU), die der Studie schon bei der Erstpräsentation, zu der sie von den AuftraggeberInnen als Festrednerin geladen war (!), den »Atem des Machbaren« bescheinigte (was den ErstellerInnen der Studie gar nicht peinlich war). Beifall gab es auch von Seiten der Großindustrie: BASF nahm die Ziele in eigene Veröffentlichungen auf und versprach, sie zu befolgen - und wurde gleichzeitig Sponsor des BUND. AEG, Firmenteil des Automobil- und Rüstungskonzerns Daimler-Benz und damit ebenso eine Firma, die durch die Forderung der Nachhaltigkeit eigentlich Hauptziel von Veränderungen sein müßte, tat sich sogar in gemeinsamen Anzeigenkampagnen mit dem BUND hervor und wurde umfangreicher Geldgeber verschiedener Umweltschutzorganisationen. Fast überall bemerkten Großkonzerne und Umweltschutzverbände, daß sie in ihrem Drang zu unverbindlichen Formulierungen große Übereinstimmungen hatten und fielen sich in die Arme. Die Konzerne profitierten mit einem verbesserten Öko-Image (angesichts der vielen Industrieunfälle Mitte der 90er Jahre und des unbemerkt durchgeführten Abbaus von Umweltschutzgesetzen ein sehr wichtiger Effekt), die Umweltverbände profitierten von den Spendenflüssen. Fast überall stehen die großen Konzerne inzwischen auf den Geberlisten - mit Beträgen bis in die Millionen.

Da fiel gar nicht mehr auf, daß es auch andere Stimmen gab. Plattgebügelt von der Allianz der Großen, angefangen vom BUND über Angela Merkel bis zu BASF und Daimler-Benz wurde kaum bekannt, daß es schon bei der Erstpräsentation der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« zu Protestaktionen von Basisgruppen kam. Und auch im weiteren Verlauf hatte Kritik keine Chance. Weder die bürgerliche Presse noch Verlage oder die Meinungsblätter im Umweltbereich selbst (natur, Politische Ökologie, Verbandsblätter) gaben der Kritik am Anbiederungskurs echte Chancen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aus der Studie »Zukunftsfähiges Deutschland«: »An Korruption, Nepotismus, Mißwirtschaft, Menschenrechtsverletzungen und fehlender Demokratie in vielen Ländern des Südens tragen sicher nicht die Industriestaaten Schuld.«

Frau Merkel bescheinigte der Studie auf der Präsentationsveranstaltung »den Atem des Machbaren«. Stellungnahmen der Parteien zur Studie, in »aktuell« (Zeitschrift der BUNDjugend) 3/96 (S. 14-16)

Ökologische Steuerreform

Was interessant begann, z.B. Anfang der 90er Jahre mit Konzepten, die an wirklichen Fortschritten für die Umwelt orientiert waren, mutierte im Rahmen der Umarmungsstrategie zwischen Wirtschaft und Umwelt ebenfalls zu einem bemerkenswerten Beleg der Unfähigkeit der zentralen Umweltschutzverbände zu klaren Positionen. Bis 1994 konnte fast eine Einigung erreicht werden zwischen allen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Fast hätte es sie gegeben, die Reform, die den Verbrauch von Umweltgütern (vor allem Energie) besteuert und durch die Einnahmen die Arbeitskosten gesenkt hätte. Ressourcenverbrauch wäre teurer, die Schaffung neuer Arbeitsplätze billiger geworden. Das wäre keine Revolution oder Patentlösung für alles gewesen, aber ein wichtiger Baustein eines notwendigen Wandels der Gesellschaft. Doch 1995 starb die Reform unter dem Widerstand erst der F.D.P., dann der CDU und schließlich sogar der SPD. Eine kritische Reaktion der Umweltverbände auf das Scheitern blieb weitgehend aus. Als Strategie wurde nicht der gesellschaftliche Kampf, sondern die weitere Anpassung an die Forderungen der GegnerInnen gewählt. Motto: Wir müssen die Reform so gestalten, daß sogar noch die letzten Hardliner in Sachen Wirtschaftsförderung zustimmen, F.D.P. und der Bundesverband Deutscher Industrie (BDI) mußten überzeugt werden. Die Umarmungstaktik hatte ohnehin schon merkwürdige Blüten getrieben: Hans-Olaf Henkel, Präsident des BDI und prominentester Scharfmacher gegen Umweltschutz und gerechtere Weltmarktstrukturen, war 1992 gemeinsam von WWF und der Zeitschrift *capital* (!) zum Ökomanager des Jahres ernannt worden.

Nun wurde nachgelegt. Ausgehend von einer Gruppe junger NachwuchsfunktionärInnen in dem Umweltverbände, die schon 1994 gefordert hatten, alle Umweltschutzaktivitäten in Deutschland sollten nur noch der Verwirklichung einer Steuerreform dienen, wurde ein neuer Vorschlag verfaßt und 1997 als Schwerpunktaktion des Deutschen Naturschutzrings in die öffentliche Diskussion geworfen. Auf die Bedürfnisse der Großindustrie war das Papier nicht nur von dem vorgeschlagenen Zeitverlauf, sondern vor allem durch eine Sonderregelung zugeschnitten: Die großen EnergieverbraucherInnen (also vor allem die Chemieindustrie, die Stahl- und sonstigen rohstoffverarbeitenden Industriezweige wie Papier- oder Aluminiumindustrie) sollten weniger Steuern zahlen, aber trotzdem die vollen Vergünstigungen zur Senkung der Lohnkosten erhalten. In der Praxis hätte das zweierlei bedeutet: Erstens wäre es genau dort, wo die meiste Energie verbraucht wird (z.B. verbraucht allein ein Konzern wie die BASF 1,5 Prozent des bundesdeutschen Stroms), kaum oder nicht zu Einsparungen gekommen. Und zweitens wäre das Geld von den kleinen Betrieben und Privathaushalten zu den Großkonzernen umgeschichtet worden - mit der Folge der Monopolbildung, denn Firmenpleiten hätte es nur bei den Kleinen gegeben. Kein Wunder war es denn auch, daß schon das Positionspapier mit dem Vorschlag der Steuerreform gespickt war von lobenden Zitaten derer, die gegen mehr Umweltschutz sind: Der Chef von BAYER, der Chef der CDU-Fraktion im Bundestag, einer F.D.P.-Bundestagsabgeordneten, der Daimler-Tochter AEG (deren Zustimmung sicher nicht ohne Rückendeckung der Daimler-Chefetage erfolgte) und dem Bayrischen Landtag. Herausgegeben wurde das Papier vom DNR, alle Mitgliedsverbände waren an der Diskussion beteiligt, Kritik gab es kaum. Mit dabei unter anderem auch: Robin Wood, die Grüne Liga, der BUND und der Naturschutzbund, der BBU usw.

Wenn's konkret wird: Expo 2000 als Beispiel

Wie sich die veränderten Strategien der zentralen Umweltschutzverbände verändern, zeigt das Beispiel der Expo 2000. Als die Entscheidung für die Weltausstellung in Hannover fiel, gab es einen entsetzten Aufschrei vor allem regionaler und lokaler Initiativen gegen das Riesenprojekt, dem viel Fläche, Wohnqualität und vor allem Gelder zum Opfer fallen würden, die woanders wichtig wären. Nur wenige Prominente stellten sich schnell auf die Seite der EXPO, z.B. der inzwischen verstorbene Robert Jungk und der SPD-Mann E.U. von Weizsäcker mit seinem Wuppertal-Institut. Die Bundeszentralen der Umweltschutzverbände schwiegen oder stützten vorsichtig die kritische Linie der regionalen Gruppen, in dem sie Beschlüsse gegen die Expo faßten, diese aber nie aggressiv und öffentlich vertraten. Immer wieder kamen aber Ideen auf, die Expo für die eigene Imagebildung und vor allem die weitere Annäherung von Industrie und Umweltschutzverbänden zu nutzen. Das wurde aber erst konkret, als die Expo selbst jegliche Anstrengungen einstellte, das Thema Umweltschutz zu integrieren. Birgit Breuel, vormals Wirtschaftsministerin der CDU-Landesregierung und Chefin der Treuhandanstalt wurde als neue Generalkommissarin der Expo bestellt, die einzelnen Bereiche an die Industrie verkauft, d.h. diese konnten über die von ihnen finanzierten Gebiete entscheiden - eine unattraktive Situation also für UmweltschützerInnen. Doch deren Kritik an der Expo nahm ab.

Einige prominente Umweltleute nahmen hochrangige Posten ein, z.B. E.U. von Weizsäcker und Diez-Hochleitner vom Club of Rome. Seit 1996 sitzt auch der Schatzmeister des DNR im Präsidium, vom DNR heimlich und entgegen der Beschlußlage des Dachverbandes dorthin entsandt (der DNR belog darüber sogar seine eigenen Mitglieder). Andere große Verbände drängten ebenfalls auf eine Beteiligung, z.B. der WWF und die Deutsche Umwelthilfe. Zudem waren fast alle Umweltverbände unter Deckbegriffen längst bei der EXPO vertreten, z.B. NABU und BUND über die Bodenseestiftung, nochmals der NABU über das Elbeprojekt sowie dieselben plus Grüne Liga und andere über das Agendahaus Dresden. Zusätzlich war die Expo ein Magnet für Anders-leben-Projekte wie den Lebensgarten Steyerberg, das LebensGut Pommritz und einige Ökodorfgruppen. 1997 fielen dann die letzten Grenzen: Während das Anti-Expo-Bündnis vor Ort, an dem auch die regionalen BUND-Gruppen beteiligt waren, weiter gegen die Expo kämpfen und ihnen vorwarfen, mit dem Motto der Nachhaltigkeit diesen Begriff zu mißbrauchen, verhandelte der BUND-Bundesverband direkt mit den Expo-Spitzenleuten um Birgit Breuel, wie die BUND-Kampagne »Zukunftsfähiges Deutschland« auf der Expo präsentiert werden könnte - gegen gutes Geld natürlich. Und auch der DNR suchte Kooperationsprojekte mit der Expo, z.B. eine gemeinsam gestaltete Erfindermesse.

Ulla Peters (NARET, Trier) bringt die Ursachenblindheit der Wuppertal Studie auf den Punkt: »Zukunftsfähigkeit ohne Kritik an den vernichtenden Konsequenzen und der Gewalt der kapitalistischen Ökonomie und eines neuzeitlichen Naturverständnisses ist unmöglich. Wir sind doch nicht deshalb in der jetzigen Situation, weil wir alle uneinsichtige Endverbraucher in einer Weltwirtschaft sind, die leider die Natur vergessen hat. ...«

Eine besondere Bedeutung hat noch ein weiterer Bezug der Expo 2000: Der zum Deutschen Umwelttag 1992 in Frankfurt. Schon im Vorfeld wurden »Ökos« ausgeladen. Nur die großen Umweltverbände kamen auf die Umweltmesse und standen dort neben dem Dualen System, dem Verband der chemischen Industrie usw. Gerade noch verhindert werden konnte die Beteiligung des Atomforums, deren Teilnahme mehrheitlich zugestimmt worden war. »Dialog« war das Stichwort, gemeint war die Anbiederung an die Industrie, denn Basis-Umweltgruppen wurden konsequent von der Vorbereitung und Durchführung ausgeschlossen. Jochen Flasbarth, Sprecher des Umwelttages, Präsident des Naturschutzbundes und Präsidiumsmitglied des DNR, beschimpfte in einer Rede einige Basisgruppen, die mit Transparenten gegen die Anwesenheit der Chemiekonzerne und des ADAC protestierten und ärgerte sich allein darüber, daß nicht noch mehr Automobilkonzerne kamen. Im BUND tobte ein innerverbandlicher Streit zwischen der die Kooperation mit Großkonzernen befürwortenden Gruppe um Angelika Zahrnt und den »Alten« um Hubert Weinzierl, schon damals konnte sich Zahrnt durchsetzen - der BUND blieb Mitveranstalter des Umwelttages. Zielrichtung und Verlauf der dann an geringen BesucherInnenzahlen leidenden Veranstaltung zeigten deutlich, wohin die industrieanbiedernde Reise des bundesdeutschen Naturschutzes gehen werde.

Während des Umwelttages kam die Idee auf, den nächsten Umwelttag auf der Expo 2000 durchzuführen. Verworfen wurde sie damals an der noch bestehenden Kritik an der Expo und dem finanziellen Desaster, das der Umwelttag hervorrief. 5 Jahre später aber wären die Bundesverbände und überregionalen Institutionen sicher eher bereit - obwohl die Expo eher umweltfeindlicher geworden ist. Doch die Umweltverbände bewegen sich schneller ... weg von ihren eigentlichen Zielen.●

Dieser Text und die dahinterstehenden Daten stammen aus dem Projekt »Agenda, Expo, Sponsoring - Recherchen im Naturschutzfilz« Im Rahmen dieses Projektes entstehen ein umfangreiches Archiv sowie ein Buch mit gleichlautendem Titel, daß im April 1998 im IKO-Verlag erscheinen wird (ISBN 3-88939-613-5).
Kontaktadresse:
Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen.

Agenda und ihre »MacherInnen«:

Die folgende Liste soll nur zeigen, daß der Agenda-Boom wirklich die gesamte etablierte Umwelt»szene« sowie viele Einzeleinrichtungen erfaßt. Sie ist bei weitem nicht vollständig. Agendaprozesse wurden initiiert und werden maßgeblich untersützt u.a. von:
Grüne Liga, BUND, Öko-Institut, Ökologisches Zentrum Verden, Naturschutzbund, etlichen Bürgerinitiativen, LBU Niedersachsen, JANUN, Jugendumweltbüro Hannover, B'90/Grüne, Umweltinstitut München, Wissenschaftsläden ... und natürlich von CDU, FDP, SPD, EXPO 2000, RWE und vielen mehr.

SOZIALPOLITISCHES FORUM IN KASSEL:

Sozialpolitisches Manifest 4

»Die Herstellung von übergreifender Solidarität wäre der erste Schritt zu einer besseren Zukunft.«

Nachfolgend dokumentieren wir das von Rolf Schwendter zusammengestellte Ergebnispapier des SOZIALPOLITISCHEN FORUM 1997 der AG SPAK und der Sozialpolitischen Gesellschaft, 7.-9. November in Kassel, an dem über 130 VertreterInnen von Initiativen und Verbänden teilgenommen haben.

Redaktion Sozialpolitik ● Die Lage der Sozialpolitik ist in den vergangenen beiden Jahren nicht besser geworden. Eigentlich entsteht der Eindruck, als sollte zum finalen Schlag gegen Sie ausgeholt werden – ein Eindruck, der nahezu schon eben jenen Sozialstaat zum Objekt der Verteidigung werden läßt, der in den vergangenen 30 Jahren oft genug Gegenstand berechtigter Kritik gewesen ist.

Gleichzeitig würde die Entlassung des Staates aus seinen Versorgungspflichten das Elend größerer Bevölkerungsteile vermehren, auf Dauer stellen, und, wie ein immer wieder auftauchendes Schlagwort es uns suggeriert, »globalisieren«. Sozialpolitik ist nicht die Verwaltung von finanziellen Restmitteln, sondern gleichberechtigtes Politikfeld. Gleichzeitig muß das Recht bewahrt werden, nicht abhängiger Untertan (und nichts anderes heißt »Klientel« wörtlich übersetzt) von Arbeitsämtern, Sozialexperten usw. zu sein, das Recht, nicht mit Schuld und Schulden jener Gesamtgesellschaft, die die Eltern, Großeltern etc. konstruiert haben, belästigt und belastet zu werden. Gleichzeitig findet eine Umverteilung des Geldes von unten nach oben statt; Geld ist, etwa bei internationalen Konzernen und ihren diversen »shareholder values« (Aktionärswerten, o.s.ä., die Red.), genug vorhanden. Vonnöten wäre eine Umkehr der Verteilungslogik durch eine soziale und ökologische Reform von Steuern und Abgaben in Bund und Ländern, bis hin zur Neuordnung der Kommunalfinanzierung, und zur Unterstützung der Länder der 3. Welt. Gleichzeitig ist, bei aller notwendigen Umkehr der Verteilungslogik, die Forderung nach gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für alles und jedes oft genug ein unzureichender Ersatz für fehlende Praxis individueller Verantwortlichkeit.

Diese Gratwanderung zwischen der Realutopie eines immer gerechter werdenden Staat des Sozialwesens und jener einer, im kleinen und großen, sozialeren Gesellschaft – und beide Positionen sind beim Zustandekommen dieser Erklärung vertreten worden – wird zu gehen sein: Weder kann Verantwortlichkeit für den Abbau des Sozialstaats rechtfertigen, noch die Sozialstaatlichkeit die Suche nach dezentralen Innovationen angesichts jener Arbeitsmarktlage, die sich in den vergangenen 25 Jahren von Jahr zu Jahr kontinuierlich verschlechtert hat, ergeben sich die Notwendigkeiten, ein soziokulturelles Existenzminimum zu erkämpfen, die verbliebenen Rechte wahrzunehmen und ihre Wahrnehmung durchzusetzen, mit einem Wort: kreativen Widerstand zu leisten.

In diesem Zusammenhang war bei dem Sozialpolitischen Forum 1997 von »existenzsichernder Faulheit« die Rede: Zwar müssen selbstredend die Bedürfnisse der je Einzelnen durch Arbeit befriedigt werden, jedoch widerspricht eine Produktion auf einem hohen Umsatzniveau an Material und Energie, mit jener Überarbeitung zusehends weniger werdender Personen, jenen nachhaltigen ökologischen Prinzipien, wie sie die Natur seit Jahrmillionen realisiert hatte. Zu recht meint der Brundlandtbericht (S. 46): »Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können«.

Hierzu wird es weiterhin notwendig, Neues auszuprobieren, Produktionsmittel und Ressourcen sich ebenso anzueignen, wie insbesondere soziale und fachliche Kompetenzen, und diese weiterzuentwickeln, wie etwa neue Lebensformen, Lebensgemeinschaften und dezentrale Genossenschaften. Auch ist nach wie vor die Entwicklung und Vernetzung human, emanzipativ und ökologisch tragfähiger Lebenszusammenhänge voranzutreiben. Ökologie darf Armut nicht vergessen, und Armut nicht Ökologie: So müssen auch für die Sozialhilfe-Empfangenden ökologisch (und sozial) produzierte Lebensmittel erreichbar sein.

Das Sozialpolitische Forum 1997 lehnt das Lohnabstandsgebot des § 22, Absatz 4 BSHG ab. Es besteht – insbesondere auf Grund der beabsichtigten Einführung von »Kombilöhnen« (neuen Niedriglohngruppen auf breiter Basis, die durch Sozialhilfe aufgestockt werden) – die akute Gefahr, daß die Regelsätze der Sozialhilfe abgesenkt werden und das sinkende Sozialhilfeniveau nicht nur die neuen Niedriglohngruppen, sondern die gesamte Lohnpyramide weiter mit nach unten zieht.

Um unter dem Existenzminimum liegende Niedriglöhne einführen zu können, sollen diese durch ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt aufgestockt werden. Das erfordert eine kräftige Erhöhung der Absetzbeträge nach § 76, Absatz 2a BSHG. Durch die Erhöhung dieser nicht auf Sozialhilfe zuzurechnenden Freibeträge für erwerbstätige Sozialhilfeempfänger werden voraussichtlich automatisch durch Anwendung des Lohnabstandsgebots die Regelsätze tief abgesenkt, denn nach § 22, Absatz 4 muß zwischen den unteren Löhnen und der Sozialhilfe ein Abstand mindestens in Höhe dieses Freibetrags eingehalten werden. Da sich das steuerfreie Existenzminimum nach der Höhe des Sozialhilfeniveaus richtet, führt eine Absenkung dieses Niveaus zu niedrigeren Steuerfreibeträgen, damit zu niedrigeren Nettolöhnen. Diese Absenkung des Lohnniveaus wiederum führt über das Lohnabstandsgebot zu einer weiteren Kürzung der Regelsätze – eine Sozialhilfe- und Lohnsenkungsspirale mit Rückkopplungseffekt, der sich zu verstärken geeignet ist. Entsprechend wird die Einführung von Kombilöhnen zwingen zu Sozialhilfekürzungen, damit auch zur aufgezeigten, auch die Löhne nach unten mitreißenden Abwärts-Spirale führen: durch höhere Einkommensfreibeträge würde eine große Zahl von Arbeitnehmern, insbesondere solchen mit Familie, in die Sozialhilfeberechtigung hineinwachsen. Die Gefahr bestünde, daß die finanziell zusammenbrechenden Kommunen als Sozialhilfeträger ihren Zusammenbruch durch radikale Kürzungen der Sozialhilfe abzuwenden streben. Daraus ergeben sich an Aktionsideen und konkreten Vorschlägen: Die Öffentlichkeit, insbesondere jene Gewerkschaften und politischen Parteien, die für sich die Vertretung von Arbeitnehmendeninteressen in Anspruch nehmen, müssen gegen die Gefahren mobilisiert werden, die aus der Einführung von Kombi-Löhnen in Verbindung mit dem Lohnabstandsgebot ausgehen – und zwar nicht nur für Arbeitnehmende, sondern auch, vermittelt über den Nettolohnbezug, für Rentner und Rentnerinnen. Sie müssen als Bundesgenossen im Kampf gegen den gleichzeitig drohenden Lohn- und Sozialabbau gewonnen werden. Ein Existenzgeld wird nicht automatisch alle gesellschaftlichen Probleme lösen, aber eine Grundlage bieten, an deren Lösung in basisdemokratischer Weise zu arbeiten und teilzunehmen. Erforderlich ist auch, die Debatte auf europäischer Ebene zu intensivieren.

Foto: Friedrich Stark

Existenzgeld für alle

Nach wie vor fordern wir ein Existenzgeld für alle in der Höhe von DM 1.500,– (inklusive Krankenversicherung) plus Miete, als Grundlage einer Teilnahme am sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Leben ohne Armut und Ausgrenzung. Daneben halten wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung, sowie die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors für weitere notwendige Schritte.

Im Zusammenhang mit dem Abbau des Sozialstaats ist zu befürchten, daß die unbezahlte Arbeit zunehmen wird. Entsprechend wird der Zeitaufwand steigen, der im privaten Bereich aufzubringen sein wird. Besonders werden wiederum Frauen darunter zu leiden haben. Dies erfordert u.a. eine solche Neudefinition von Arbeit, in welcher die unbezahlten Tätigkeiten aufgewertet werden. Dies ist bei den Tauschringen der Fall. In den Tauschringen werden lokale Ressourcen (z.B. persönliche Leistungen, selbstgemachte Produkte, Nachbarschaftshilfe) erschlossen, gestärkt und gefördert, die auf dem Geldmarkt sonst nicht angeboten werden. Tauschringe zählen somit zu den Strategien gegen die Globalisierung der Wirtschaft, die Verödung der Regionen, die Almosenmentalität und die Verschlechterung von Lebensqualität auf der lokalen Ebene. Im Gegensatz dazu fördern sie soziokulturelle Vielfalt, stärken das Selbstbewußtsein der Beteiligten, ermöglichen Mitbestimmung und Selbstbestimmung und tragen zur Verbesserung der Lebensqualität bei.

Das Sozialpolitische Forum 1997 fordert die Unterstützung und die Ermöglichung freier Entfaltung für neue gemeinorientierte Projekte, wie Tauschringe und Seniorengenossenschaften.

Auch Soziale Arbeit hat zur Verbesserung der Lebenslagen der Betroffenen konsequent beizutragen. Die Herausforderungen, die durch den Sozialabbau entstanden sind und entstehen, sind an der eigenen beruflichen Situation durch Reflexion konstruktiv zu wenden. Dies soll geschehen, indem Sozialarbeit ihre Institution thematisiert und ihre Leistungsfähigkeit durch Öffentlichkeitsarbeit ebenso darstellt, wie in den notwendigen Auseinandersetzungen mit Dienstanweisungen und gesetzlichen Grundlagen. Auch auf der berufsverbandlichen Ebene ist die Sache einer politischen Sozialarbeit verstärkt und vernetzt voranzutreiben. Der bundesdeutsche Rechtsstaat war einmal im Grundgesetz als »demokratischer und sozialer Rechtsstaat« gedacht. Als solcher ist er zu sichern.

Armutsentwicklung in den Stadtteilen (und damit auch stadtteilbezogene Sozialarbeit und Sozialpolitik) stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen in der Gesamtgesellschaft: wachsende private und öffentliche Armut und steigender privater Reichtum, wachsende Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Umverteilung von unten nach oben.

Da auch die Kommunen diese Auswirkungen, die Verlagerung von Belastungen nach unten, spüren, konzentrieren Sie sich auf den Erhalt und den Ausbau von Wirtschaftskraft in den Zentren. Die Stadtteile sind dabei wenig im Blick.

Stadtteilbezogene Sozialarbeit und Sozialpolitik hat zwei vordringliche, gleichzeitig anzustrebende Ziele: die konkrete Verbesserung der Lebenslage der Menschen, und die Selbstorganisation der Betroffenen im Sinne einer Entwicklung von »Macht von unten«. Dabei darf stadtteilbezogene Sozialarbeit neben Vermittlungsfunktionen das Engagement für alle und mit den Einwohnenden nicht vergessen; Sie darf sich auch nicht unkritisch in Strukturen einbinden lassen, die ihr ihren Handlungsspielraum nehmen.

Hinsichtlich der Jugendarbeit ist daran festzuhalten, daß die Verantwortung der öffentlichen Träger nach wie vor besteht, diese zu finanzieren. Darüber hinaus wäre indes die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen und anderer ressourcenstarker Träger durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit zu forcieren. Sinnvoll wäre ein Ressourcenpool für Jugendarbeit (Finanzkraft, Sachmittel, Know-how), sowie langfristige Partnerschaften zwischen Unternehmen und Jugendlichenprojekten. Dabei ist es allerdings erforderlich, über die Zielrichtung und den Nutzen dieses Handelns, sowie über die gemachten Erfahrungen in kritischer Reflexion und Diskussion zu bleiben. Die Steigerung des Angebots an säkularen sozialen Dienstleistungen ist aus folgenden Gründen wichtig:

- zur Aufhebung von Zwangskonfessionalisierung;
- zur Entideologisierung pädagogischer und sozialer Theorie und Praxis;
- zur Herstellung bzw. Festigung humanerer Werte in einer Gesellschaft, die zwar für arme Leute beinahe stets eine »Risikogesellschaft« war, sich indes wieder zunehmend als eine solche aufführt;
- zur möglichen Einbeziehung von Fragen der Lebensdeutung; Erforderlich hierzu sind Vernetzung, Kulturarbeit und möglicherweise eines Tages die Gründung eines weiteren Wohlfahrtsverbandes.

Zur Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung erhebt das Sozialpolitische Forum 1997 die folgenden Forderungen:

- Gesetzliche Krankenversicherungspflicht für alle.
- Schwangerschaft und Mutterschaft sind gesamtgesellschaftliche Notwendigkeiten, folglich sollen Sie im System der Sozialversicherung belassen und aus Steuermitteln finanziert werden.
- Die Gesundheitsförderung soll wiederhergestellt werden, und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Dabei ist in kassenübergreifender Weise die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Maßnahmen der Gesundheitsförderung festzustellen, und zwar unter Beteiligung Betroffener.
- Bildungsmaßnahmen zu gesundheitsbewußtem Leben.
- Bei der Behandlung von Krankheiten sollen Modellprojekte therapeutische Innovationen ermöglichen, wie auch bestehende Therapien auf Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit zu überprüfen wären.
- Steigerung des Rehabilitationserfolgs durch Maßnahmen der Integration von Rehabilitation in den Alltag (etwa durch Nachbehandlung und unterstützende Selbsthilfe).

Hinsichtlich der Lage der Schwerbehinderten auf dem Arbeitsmarkt erhebt das Sozialpolitische Forum 1997 die folgenden Forderungen:

- Schaffung verbindlicher Rahmenbedingungen für die generelle Chancengleichheit Behinderter zur Umsetzung der UN-Resolution.
- Schaffung eines Antidiskriminierungsgesetzes.
- Novellierung des Schwerbehindertengesetzes, insbesondere bezüglich der Vergabe von Ausgleichsabgabemitteln für Arbeitsassistenz und Minderleistung, sowie der behindertengerechten Arbeitsplatzausstattung auch bei befristeten Arbeitsplätzen.
- Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf berufliche Rehabilitation für Behinderte.
- Existenzsicherndes Grundeinkommen für Beschäftigte der Werkstätten für Behinderte.
- Anerkennung dieser Beschäftigten als Arbeitnehmende.
- Am Betriebsverfassungsgesetz orientierte Mitbestimmungsrechte für Beschäftigte der Werkstätten für Behinderte.
- Verbindliche Berücksichtigung der Frauen im Arbeitsförderungsgesetz.
- Finanzmittel in bedarfssichernder Höhe für selbstbestimmte, selbstverantwortliche Öffentlichkeitsarbeit der Betroffenen und ihrer Organisationen.
- Festschreibung integrativer Erziehungs- und Ausbildungssysteme in den Landes- und Bundesgesetzen.

Hinsichtlich der Flüchtlings- und Ausländerpolitik hat sich seit dem Sozialpolitischen Manifest 1995 nichts geändert, so daß die folgenden Ausführungen als Zusatz zu den dort enthaltenen Thesen zur Migration zu verstehen sind. Insgesamt fordern wir eine Politik, die Flüchtlings- und Ausländerpolitik überflüssig macht.

Die Agenda 21-Arbeit ist, wie ihre Möglichkeiten, bekanntlich umstritten. Die Einschätzungen reichen von Kritik an hierarchisch strukturierten Vorgaben, Undurchschaubarkeiten, Alibiaktionen und dem inflationären Gebrauch des »Nachhaltigkeits«-Begriffs bis zu ihrer Nutzung in lokalen Kontexten. In den Vordergrund hätten jedenfalls zum einen die Dezentralisierung zu treten: Partizipation, Abbau geschlechtlicher, inner- und transnationaler Hierarchien, dezentrale Entscheidungsstrukturen, Stärkung lokaler Souveränität bei der Nutzung und Kontrolle von Ressourcen. Zum anderen könnte Regionalisierung in den Ländern des Süden dazu beitragen, bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse von Importen (aus Industrieländern) unabhängig zu werden, und durch angepaßtere Entwicklung mehr wirtschaftliche Eigenständigkeit und bessere Ausgangschancen für regionenübergreifende Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen.

Hierbei wäre im einzelnen zu fordern:

- soziale, ökologische und entwicklungspolitische Kriterien in allen Entscheidungsprozessen
- Steuerungs- und Regulierungsansätze in diesen, sowie im ökonomischen Bereichen mit dem Ziel internationaler Koordination und Kooperation
- Abbau der Diskriminierung von Minderheiten im privaten, öffentlichen, staatlichen und rechtlichen Bereich
- Nachhaltige Entwicklung bei der Ressourcen-Nutzung unter Einbeziehung der sozialen Interessen der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen
- Entschuldung der Länder des Südens; Ressourcentransfer zur Unterstützung nachhaltiger Selbstversorgung; Förderung von fairem Handel
- Unterbindung von Rüstungsexporten, Militär- und Polizeihilfe an menschenrechtsverletzende Regimes; Bekämpfung jeder Form von Menschenhandel, wie internationaler Kriminalität
- eine Migrations- und Flüchtlingspolitik, die sich an den Maßstäben des UNHCR orientiert; Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe.

Gewiß läßt diese Aufstellung ein einheitliches Gesamtbild vermissen. Dies erfolgt keineswegs zufällig, bildet vielmehr einen Reflex der gegebenen Lage, mit ihrer Ausdifferenzierung nach Zielgruppen, mit ihren Konkurrenzen, die nicht nur den Arbeitsteiligkeiten entspringen. Die Herstellung von übergreifender Solidarität wäre der erste Schritt zu einer besseren Zukunft. ●

Kontakt:
AG SPAK, Marga Mitterhuber, Tel. & Fax 08806/ 95 0 94
e-mail: Marga Mitterhuber.TiloKloeck@T-Online.de
Internet: http://home.t-online.de/home/t.bacher/spak.htm

GÖTTINGER PFERDEOMNIBUS:

Mit Nostalgie in die Zukunft

»Nora vor!« kommt ein kurzes, aber bestimmtes Kommando vom Kutschbock. Begleitet von einem deutlichen Zungenschnalzen des Kutschers Achim Vogel aus Witzenhausen legt sich die Aufgeforderte kräftig ins Geschirr. Auch »Lisa«, links neben »Nora«, stemmt sich in die ledernen Riemen. Mit sanften Ruck setzen die beiden westfälischen Kaltblüter den Planwagen in Bewegung. Über die Gesichter der auf dem Wagen sitzenden Kinder zieht ein flüchtiges Lächeln.
Im Rahmen des Göttinger Gesundheitsmarktes stellte der Verein für angewandte Stadt- und Verkehrsökologie im September sein Projekt eines Pferdeomnibusses der Öffentlichkeit vor.

Kutscher Achim Vogel mit den beiden Kaltblutpferden Lisa und Nora — Foto: Vera Hacker

Redaktion Heidelberg ● Im Juli dieses Jahres trafen sich auf einem Straßenfest Vera Hacker (VCD-Aktive) und Helgard Greve, Mitarbeiterin des Frauengesundheitszentrums in Göttingen. Helgard Greve erzählte von ihrem Vorhaben, einen Verein mit dem Ziel, Pferdedroschken in der Stadt einzuführen, zu gründen. Vera Hacker (VCD) bot ihre Mitinitiative und tatkräftige Unterstützung an. Am Abend des 24. Juli 97 sollte es soweit sein. In einem kleinen Garten wurde mit einem Lagerfeuer und einem Fest auf unkonventionelle Weise der Verein für angewandte Stadt- und Verkehrsökologie ins Leben gerufen. Acht Gründungsmitglieder waren zugegen, die den Vereinszielen zur Stadterneuerung zugetan waren.

Doch, wie leider häufig, die engagierte Arbeit für die Vereinsziele wollten die meisten der GründerInnen nicht aufnehmen. »Anknüpfend an das Droschkensystem im alten Prag wäre ein Verkehrskonzept zu entwickeln, das in die heutigen Realitäten paßt, attraktiv und praktikabel ist,« formulierte Helgard Greve das Schwerpunktziel zur Vereinsgründung. Vera Hacker schlug vor, mit der Gründung eine praktische Demonstration, eine Pferdekutschenfahrt durch die Stadt, durchzuführen. Nachdem ihr Vorschlag zunächst als »das ist nur ein schönes Bild« verworfen wurde, fand er eine Woche später doch Unterstützung.

Vera Hacker begann mit der Umsetzung des bis dahin noch fiktiven »Traumes«, nicht zuletzt in Gedenken an einen ihrer Großväter, der Hufschmied war. »Indem wir Lebensraum für die Pferde in der Stadt schaffen, wird auch für uns Menschen die Lebensqualität wachsen«, formuliert sie ihren Antrieb zum Tun. Über freundschaftliche Kontakte zum Biolandhof »Gut Fahrenbach« bei Witzenhausen war bald der richtige Kutscher Achim Vogel mit seinen drei Kaltblutpferden (aussterbende Haustierrassen) und seinem Planwagen mit 18 Sitzplätzen ausfindig gemacht. Achim Vogel, Student der Agrarwissenschaften in Witzenhausen, ließ sich von Vera Hacker begeistern, den 1. Göttinger Pferdeomnibus der 90iger Jahre mit auf den Weg zu bringen. Mit dem Fahrrad wurde die erste Pferdeomnibuslinie erradelt. Im Sturm nahm Vera Hacker die »genehmigenden Herren« vom Göttinger Bauverwaltungsamt ein, und auch ein Mitarbeiter vorn Veterenär-
amt des Landkreises, der noch am Vortag der ersten Aktion dringendste Bedenken vorbrachte, konnte für den Göttinger Pferdeomnibus eingenommen werden.

Zum 12. Göttinger Gesundheitsmarkt ging es los Die erste Freifahrt nutzte die »Grüne Gruppe« der Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt, um die Stadt von höherer Warte aus zu erleben. Startpunkt für die Innenstadtrundfahrt, teils durch die Fußgängerzone, teils auf dem Göttinger Busring, ist der Kornmarkt, wo noch heute ein alter Pferdebrunnen steht. Nach anfänglichem Staunen haben die GöttingerInnen den Pferdeomnibus begrüßt und sogar den »Hautkontakt« mit den seelenruhigen Stuten »Lisa« und »Nora« gesucht. Auf dem Pferdewagen sorgten die Musikerinnen Tanja Breidenstein und Jüle Hein mit der Darbietung von irischer Folklore für die allerbeste Stimmung. Bis zum frühen Abend genossen GöttingerInnen aller Altersstufen das neue »bio-dynamische« Fahrgefühl auf dem Pferdewagen.

Die Aktion Göttinger Pferdeomnibus war ein Erfolg geworden und erhielt bis in die überregionale Presse wohlwollende Berichterstattung. Viel Grund zum Feiern! Doch für Vera Hacker, die die Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit wesentlich getragen hat, war zunächst eine Erholungs- und Genesungszeit angesagt. – Wie sollte es weitergehen? Mit dem erhobenen Fahrentgelt von 2.50 DM für Erwachsene und Kinder ab sieben Jahren für eine Rundfahrt waren die entstandenen Unkosten und weitere Omnibusfahrten nicht zu finanzieren. Mit den Unterstützungsbeiträgen von BUND, VCD, und »Andere Wege Göttingen e.V.« konnten gerade die Kosten für Plakate und Flugblätter beglichen werden.

Das Leben oder manche nennen es Zufall, kam zur Hilfe. Vera Hacker erzählte einem guten Bekannten aus der Bürgerinitiativbewegung »Tempo 30 in Göttingen« von der Aktion Pferdeomnibus. Dietmar Graf ehemals Sprecher einer Straßenverkehrsberuhigungsinitiative, ist heute Sprecher einer Initiative von Göttinger Geschäftsleuten, dem Arbeitskreis »Das besondere Geschäft in der Seitenstraße«. Schnell entspann sich eine Zusammenarbeit, in der sich Realität und Phantasie, Nostalgie und Zukunft kräftig vermischten. Der Arbeitskreis wollte den nächsten Einsatz des Pferdeomnibusses unterstützen und engagierte ihn für die Teilnahme an einem Laternenumzug für Kinder und Erwachsene. Für die Wochenenden vor Weihnachten sind weitere Einsätze des Pferdeomnibusses geplant. Angedacht wurde auch die Gründung eines selbstverwalteten Fuhrunternehmens »Göttinger Pferdeomnibus« und auch der innerstädtische Lastentransport mit Pferden. Hierzu ist das Projekt auf Austausch, Unterstützung und Mitarbeit angewiesen.●

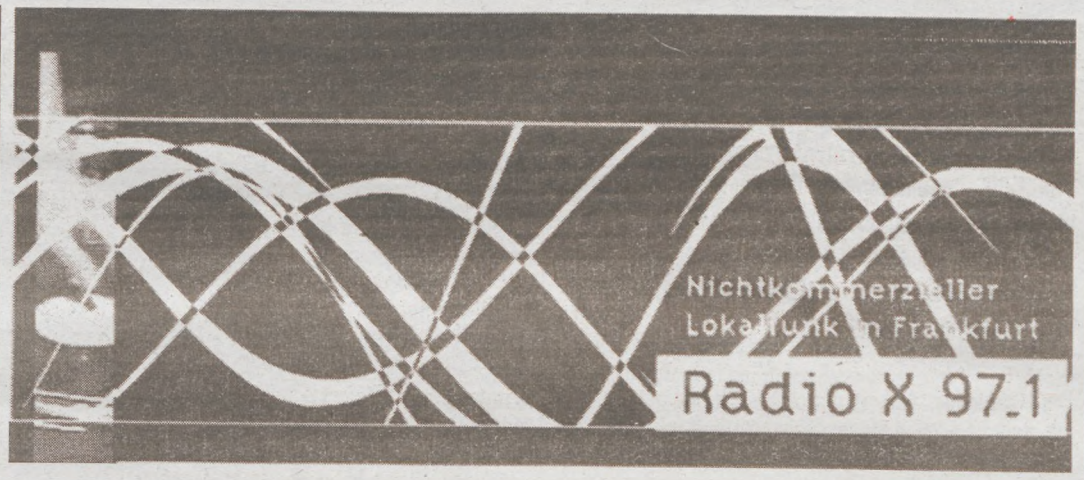
ub

Kontakt: VCD Südniedersachsen e.V., AK Projekt Göttinger Pferdeomnibus, Vera Mena Hacker, Göttinger Umweltzentrum, Güterbahnhofstr. 10, D-37073 Göttingen, Tel./Fax (05 51) 303 98 61 (V. Hacker priv.)

FRANKFURTER RADIO X SENDET AUF FM 97,1

»Marsch durch die Institutionen« erfolgreich beendet

Nach der Lizenzerteilung an den Verein Radio X-Mix e.V. durch die LPR Kassel ist das werbefreie Lokalradio am 22. September auf Sendung gegangen. Daß ein solches Radio viele Hörer begeistert, hat Radio X-Mix bereits zweimal im Rahmen des Veranstaltungsfunks gezeigt: im März diesen Jahres mit »radioXperience« und im Mai 1996 mit »Radio im Mai«. Spannendes Lokalradio für Frankfurt auf der Frequenz 97,1 wird es nun dauerhaft geben. Radio X, so der neue Titel seit Sendebeginn am 22. 9., steht für mehr als 90 Frankfurter Gruppen und Initiativen.



Redaktion Heidelberg ● Das Programm ist äußerst vielseitig und reicht von Comedysendung »Gameboy Günther« über zahlreiche Literatur- und Musikmagazine (u.a. von Kickradio) und das Schwulenmagazin »SUB Schwul – Unabhängig – Bunt« bis hin zu Klangexperimenten. Aktuell über das Frankfurter Stadtgeschehen berichtet das Stadtmagazin »IndeX«. Inhalt der Sendungen werden spezifische Frankfurter Themen und Problematiken sein, z.B. Kulturpolitik, Ökologie und Jugendliche. Aber auch theoretische Auseinandersetzungen mit urbanen Entwicklungen und Globalisierungsprozesse am Beispiel Frankfurt kommen zur Sprache. Dazu gibt es beispielsweise Stadtteilfenster aus dem Gallus, aus Rödelheim und Seckbach.

Die von Hörern und Hörerinnen gelobten DJ-Nächte mit aktueller Clubmusik von Drum&Bass, Jungle bis Freestyle sind natürlich wieder ein fester Bestandteil des Nachtprogramms (jeweils von 23 bis 1 Uhr). Dabei wird weiterhin versucht, ein breites, musikalisches Spektrum innerhalb der verschieden Genres abzudecken, und möglichst vielen DJs aus Frankfurt die Möglichkeit zu bieten, ein Set zu performen.

Gespräche mit Gästen aus dem kulturellen Leben Frankfurts gibt es vor allem im Mittagsmagazin »Kantine« mit der »One Pussy Show«, »Rogue Radio«, den »Ehrlichen Vier«, aber auch in den Magazinsendungen von »Kickradio«, »Traxx«, »Fritz deutschland«, »Daily Grind«, »BCN-Radio« oder der Sendung des Eintracht-Fanprojekts. Ein Schwerpunkt in der Nachmittagsschiene ab 13 Uhr (»Science&Fiction«) ist die Literatur. Autorensendungen, essayistische Bearbeitungen von Themen und Features und wissenschaftliche Beiträge sind ebenfalls am Nachmittag vertreten, aber auch das offene Hörerfenster, bei dem sich jeder Interessierte mit eigenen Beiträgen beteiligen kann.

Die Abendschiene bietet Magazinsendungen zu Spezialthemen wie Neue Medien und Weltmusik. Die Redaktion Roots & Black präsentiert zum Beispiel »Radio Global« mit Weltmusik und die »Africa Foundation« News und Musik nicht nur für ihre Frankfurter community. Musikmagazine befassen sich mit »Housefrauen«, neuer Clubmusik und anderen musikalischen Schauplätzen.

Das Radio ohne Werbung braucht aber finanzielle Hilfe: Mitgliedsbeiträge von möglichst vielen Frankfurterinnen und Frankfurtern. 2.000 Mitglieder, damit es auch im Jahr 2001 noch nichtkommerzielles Radio vom Format Radio X gibt! Nun ist auch als erster Schritt zum neuen Studio in der Schützenstrasse das neue Büro bezogen worden.

Die Kontaktadresse für alle Anfragen und alle, die Mitglied werden wollen, lautet: Radio X, Schützenstr. 12, D-60311 Frankfurt, Tel./FAX 069 / 29986123. Email: xmix@inm.de. Das Büro ist von dienstags bis freitags besetzt.

Übrigens: Fast auf den Tag genau vor zehn Jahren (!) sendeten einige Frankfurter Radiopioniere von Radio X erstmals von der Kasseler documenta 8 – zunächst als Piratensender, der dann nachträglich legalisiert wurde. Radio X hatte auch im Februar zum Symposium Radiovisionen veranstaltet, in dessen Rahmen Referenten von Radiostationen in Amsterdam, London (Kool FM), vom Internetradio Radio Internationale Stadt Berlin und vom BR Zündfunk in München verschiedene Modelle alternativer Hörfunkformen vorgestellt haben.●

ub

Unter der Internetadresse http://www5.inm.de/radiox/ sind ständig aktuelle Informationen abzurufen.●

PionaPoint e.V.:

Grobraster für das Berufsfeld PiontManagerin entwickelt!

Vom 8. bis 9.11.97 trafen sich in Berlin zwanzig Mitfrauen des Vereins *PionaPoint Teleworking Management e.V.* Dieser Dachverband der Frauen-Computer-Schulen und FrauenTechnikZentren Deutschlands und Österreichs entwickelte das neue Berufsfeld der *PointManagerin*.

Formal soll der Begriff der PointManagerin den der Telearbeiterin komplett ablösen, inhaltlich wurde die aus-und Weiterbildung zur *PointManagerin* auf drei Säulen gestellt: auf das InformationsManagement, das SelbstManagement und das PointManagement.

Der erste Bereich bezieht sich auf die fachliche Ebene und umfaßt Informations- und Medienkompetenz, der zweite bezieht sich auf die persönliche Ebene und umfaßt fachübergreifende Schlüsselqualifikationen wie Konfliktmanagement, Zeitmanagement, Networking und Umgang mit Geld. Der dritte Bereich ist arbeitsplatzbezogen und umfaßt Projektmanagement und Arbeitsorganisation.

Die *PointManagerin* baut auf einer oder mehreren beruflichen Erstausbildungen (oder adäquater beruflicher Erfahrung) auf, ist z.B. Bankkauffrau, Facharbeiterin, Soziologin, Meisterin... – und um *PointManagerin* zu werden, absolviert sie – nach einer eingehenden Beratung – einzelne Module unseres Ausbildungsprogramms, entsprechend den drei genannten Säulen.

Das Feinraster dieses Ausbildungsprogramms wird gegenwärtig entwickelt und im Rahmen des nächsten Treffens der Mitfrauen von PionaPoint am 31.1.98 bei Wirkstoff e.V. in Berlin präsentiert.●

ub

Information: PionaPoint Teleworking Management e.V., Volkartstr. 23, D-80634 München, Tel. (0 89) 167 55 89.

INTERNATIONALES NETZWERK FRAUEN FÜR DIE EXPO SOLL GEGRÜNDET WERDEN

In Hannover passiert einiges im Vorfeld der geplanten EXPO 2000, die unter dem Motto »Mensch, Natur, Technik« vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 veranstaltet werden soll. Auf Umwegen haben sich schon einige große Umweltorganisationen ihre Teilnahme gesichert (s. Bericht auf Seite 3). In Hannover gründete sich unlängst der Verein *»Frauen & EXPO e.V.«*, der sich folgende Schwerpunkte gesetzt hat: »Frauen & EXPO wird regionale, nationale und internationale EXPO-Initiativen von Frauen unterstützen und Kooperationen schaffen. Deshalb suchen wir die Zusammenarbeit mit in Projektplanung befindlichen Fraueninstitutionen ebenso wie mit der EXPO-Gesellschaft. Frauen & EXPO wird Veranstaltungen durchführen, um in den vielfältigen Themenbereichen »Mensch-Natur-Technik« schon heute die 'andere' Sicht von Frauen zu positionieren. Wir knüpfen Kontakte zu Frauen, die in Wissenschaft, Kultur, Politik und Kirche an unseren Themen arbeiten.«●

ub

Kontakt: frauen & expo e.V., c/o SINA (Soziale Integration Neue Arbeit), Osterstr. 34, D-30159 Hannover, Tel. (05 11) 32 86 51, Fax 32 86 52,
e-mail: sina@compuserve.com

DER KLIMAGIPFEL IN KIOTO:

Klimaschutz

Die Hauptdarsteller

Die Stunde der Wahrheit naht: Beim Klimagipfel in Kioto im Dezember wird sich zeigen, ob die Industrieländer zu ihrer Verantwortung für den Klimaschutz stehen und rechtlich verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgasemissionen zustimmen, oder ob uns die internationale Staatengemeinschaft mit der Klimarahmenkonvention (KRK) einmal mehr einen Papiertiger beschert hat. In den letzten Wochen vor dem Gipfel wird zwischen Washington und Kioto noch einmal hektisch taktiert und geklüngelt. Manfred Treber berichtet über den Stand der Dinge.

Ursprünglich sollte es bereits auf der ersten Vertragsstaatenkonferenz im März/April 1995 in Berlin zu einem ersten Abschluß über rechtlich verbindliche Reduktionsziele der Industrieländer (im Slang der KRK: Annex I-Länder) kommen. Doch die Bremser bauten mit dem Argument, die Gefährdung durch die Klimaänderung sei wissenschaftlich nicht eindeutig belegt, unüberwindbare Hindernisse auf. Man mußte froh sein, daß in letzter Minute gerade noch Einigung über das sog. Berliner Mandat erzielt werden konnte. Dieses Mandat besagt, daß innerhalb von zwei Jahren ein Protokoll (oder ein ähnliches Übereinkommen) verabschiedet werden soll, das Reduktionsziele für Industrieländer für den Zeitraum nach 2000 festlegt, jedoch keine weiteren Verpflichtungen für Entwicklungsländer beinhaltet. Zur Vorbereitung dieses Abkommens wurde die Ad hoc Gruppe zum Berliner Mandat (AGBM) etabliert, die im Oktober 1997 zum achten Mal tagte.

Bei den AGBM-Verhandlungen kam wenig Substantielles heraus. Zumindest aber gaben bei der zweiten Vertragsstaatenkonferenz im Juli 1996 in Genf die Minister den Forschungsergebnissen der UN-Klimawissenschaftler ihren offiziellen stamp of approval, wodurch all denen, die eine Klimaveränderung mit negativen Folgen strikt ableugnen, der Wind aus den Segeln genommen war und endlich den Verhandlungen um das eigentliche Protokoll nichts mehr im Wege stand.

Doch wer verhandelt eigentlich? Wer hat offizielle oder inoffizielle Macht? Wer sind die grauen (oder grünen) Eminenzen im Hintergrund?

Die Delegationen

Die Vertragsstaatenkonferenzen und die dazwischen stattfindenden Verhandlungsrunden sind Regierungskonferenzen, deshalb sind die von den Regierungen benannten Delegierten formal die »Hauptdarsteller«. Bei fast 170 Vertragsstaaten ist es schon aus Zeitgründen nicht handhabbar, daß jeder Staat einzeln seine Position zu jedem Detail kundtut. Deshalb haben sich Gruppen von Staaten gebildet, die (mehr oder minder) mit einer Stimme reden. Die Europäische Union ist einer der wichtigsten dieser Zusammenschlüsse. Die EU ist zudem die einzige Stimme mit Gewicht, die sich offensiv für Klimaschutz und für die Verschärfung der von den Industrieländern eingegangenen Verpflichtungen ausspricht. Seit März 1997 liegt zudem ein abgestimmter EU-Vorschlag für das Ausmaß der Reduktion von Treibhausgasen für Industrieländer vor: Minus 15 Prozent bis 2010 für die Treibhausgase Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4) und Lachgas (N_2) zusammengenommen. Im Juni 1997 einigte man sich außerdem auf das Zwischenziel minus 7,5 Prozent bis 2005.

Die nächste große Gruppe ist die »G77 und China«, die Entwicklungsländer, wozu auch die Schwellenländer (z.B. Südkorea) zählen. Diese Gruppe aus etwa 130 Staaten ist sehr heterogen: Sie reicht von AOSIS bis OPEC. Der AOSIS, der Allianz kleiner Inselstaaten, steht in absehbarer Zeit das Wasser bis zum Halse, weshalb sie schon vor Berlin 1995 einen Protokollentwurf vorgelegt haben: eine 20-prozentige Reduktion der CO_2-Emissionen der Industrieländer bis 2005 gegenüber dem Niveau von 1990. Die OPEC-Länder sehen den Erdölexport als Haupteinkommensquelle gefährdet und tun deshalb – mit Hilfe amerikanischer Topanwälte – alles, um den Prozeß zu verschleppen. Aus diesem Grund ist eine Position der G77 und China immer nur allgemein formuliert und kann keine neuen Entwicklungen initiieren.

Die potenteste Gruppe wäre JUSCANZ (Japan, USA, Kanada, Australien und Neuseeland) – wenn sie mit einer Stimme auftreten würde. Doch JUSCANZ ist virtuell – jeder spricht für sich. Gemeinsam sind ihnen drei Dinge: sie lehnen fordernde Positionen, wie sie etwa durch AOSIS oder die EU vorgetragen werden, ab, sie vermeiden es, sich auf Reduktionsziele festzulegen, und sie haben eine Vorliebe für Maßnahmen wie handelbare Emissionsrechte oder Joint Implementation. Diese Positionen sind zum einem in der weitgehend ökonomistischen JUSCANZ-Betrachtungsweise der Welt begründet, zum anderen in der Tatsache, daß sie damit zu Hause die geringsten Änderungen durchführen müßten.

Die vereinbarten Reduktionen würden überwiegend in Drittländern erbracht. Als hätten die Apologeten dieser Weltanschauung nicht verstanden, daß der American way of life (der ja nicht nur in den USA, sondern auch in Europa, Japan und Australien praktiziert wird) die Ursache für das Klimaproblem ist und daß an dieser Ursache angesetzt werden muß, um dieses Problem anzugehen. Die Emissionsbilanz in Drittländern etwas zu verbessern, bedeutet lediglich, daß diese nur später das Emissionsniveau des American way of life erreichen, wenn sich das Vorbild nicht ändert.

Anfang Oktober hat Japan doch noch einen Protokollentwurf vorgelegt, der für CO_2, CH_4 und N_2 eine Reduktion von 5 Prozent zwischen 2008 und 2012 vorsieht und – als ob diese jämmerlichen Zahlen nicht genug wären – eine »Flexibilitätsklausel« umfaßt, wodurch jedes Reduktionsziel nochmals um zwei Prozent verhandelbar wird. Die USA machen es bis zur letzten Minute spannend: Präsident Clinton hält schöne Reden für den Klimaschutz, steht aber einer übermächtigen Industrielobby und einem grenzwertig hysterischen Senat gegenüber. Wer sich durchsetzt oder welche Kompromißformel es geben könnte, ist noch völlig offen.

Bleiben noch die Übergangsländer, also die Staaten Mittel- und Osteuropas und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion (darunter Rußland als prominentester). Die Erstgenannten treten wenig in Erscheinung. Rußland wirkt nicht selten erratisch (verirrt, zerstreut, lt. Duden) und hat – eher aus persönlicher Motivation des Delegationsleiters – Fundamentalopposition gegen den im IPCC erzielten wissenschaftlichen Konsens aufgefahren. Anzumerken ist bei diesen Ländern, daß Klimaschutz in der Priorität ihrer diplomatischen Aufgaben ziemlich weit unten rangiert.

Die Beobachter

Auch wenn das Primat der Politik bei den Klimaverhandlungen noch viel weitgehender gegeben ist als bei Entscheidungen in den einzelnen Industriegesellschaften, treten auf den Verhandlungen – zusätzlich zu zwischenstaatlichen Organisationen wie etwa der OECD – Organisationen mit Beobachterstatus auf, die NRO *(non-governmental organisation)*.

Die NRO

Bei den NRO sind drei Gruppierungen zu unterscheiden, die in der Regel bei jeder Verhandlungsrunde einmal das Wort erteilt bekommen, um vor dem Plenum eine Stellungnahme abzugeben.

Das »Gewissen der Menschheit«

Die Umwelt- (und Entwicklungs-) NRO – von wohlmeinenden Regierungsvertretern manchmal das »Gewissen der Menschheit« genannt – ordnen sich bei den Klimaverhandlungen meist dem Climate Action Network (CAN) zu, so daß sie glücklicherweise nach außen ein Bild der Geschlossenheit vermitteln. Konkret zeigt sich das in der Unterstützung des AOSIS-Protokollentwurfs durch CAN. Ihr Auftreten ist vielfach hochprofessionell, so daß sie oft einen besseren Überblick und ein tieferes Verständnis des Prozesses besitzen als das Gros der Delegierten, ihn deshalb treffend kommentieren können (in erster Linie für die Vertreter kleiner Delegationen, aber auch für die Öffentlichkeit). Oft gelingt es ihnen, durch Widerlegen von Pseudoargumenten oder Aufdecken und Publikmachen von Einflußnahme der Business-NRO die Position der Befürworter von Klimaschutz zu stärken.

Die Grauen und die Grünen

Stoff zur Beschäftigung gibt es genug, denn die Business-NRO, die in noch größerer Zahl als die anderen NRO vertreten sind, produzieren überaus eifrig Material, das die angeblich nachteiligen Folgen des Klimaschutzes aufzeigt (merkwürdigerweise vergessen sie stets die Betrachtung der Folgen des Nichtergreifens von Klimaschutzmaßnahmen). Doch hier scheinen die schlimmsten Zeiten vorbei, denn es gibt mittlerweile einige Unternehmensverbände, z.B. der European Business Council for a Sustainable Energy Future, die sich für Klimaschutz aussprechen, ja diesen sogar einfordern. Die Unternehmensseite artikuliert sich also nicht mehr unisono im Nein zu Klimaschutz. Aber die Bremser aus diesem Lager – als prominentester soll hier Donald Pearlman von Climate Council genannt werden – verfügen mit ihren intensiven Lobbykontakten zu Delegierten über weit größere Einflußmöglichkeiten als die Umwelt-NRO. Ähnlich einem Feldherrn sendet Pearlman seine Gefolgsleute zur Kontaktaufnahme mit Delegierten aus, verteilt Zettel und Orders, bereitet Interventionen vor und schreibt Stellungnahmen für OPEC-Länder (es kommt schon vor, daß plötzlich Kuwait und Nigeria wortwörtlich den gleichen Text offiziell einbringen).

Kommunen

Die Vertreter von lokalen Regierungen (z.B. Bürgermeister von Städten) sind die dritte und letzte offizielle NRO-Gruppe. Bisher treten diese – relativ gering an der Zahl (dabei meistens unter ICLEI) – eindeutig pro Klimaschutz auf.

Die UN

Der letzte hier angeführte Akteur ist das FCCC-Sekretariat (Framework Convention on Climate Change). Es darf an sich gar kein Akteur sein, sondern muß sich neutral verhalten, nach den Worten des Exekutivsekretärs Cutajar als »Institution ohne Gehirn«. Trotzdem hat das Sekretariat einen großen Einfluß – vor allem durch die Art und Weise der Umsetzung von Aufträgen und der Organisation von Veranstaltungen. Dies lief bisher hervorragend, was nicht zuletzt an den hochmotivierten Mitarbeitern liegt. Noch zu nennen ist Raúl Estrada-Oyuela, der Vorsitzende der AGBM, der als Einzelperson wohl den größten Einfluß im Verhandlungsprozeß hat und vornehmlich mit der Unterstützung des Sekretariates seine Winkelzüge umsetzt. Es bleibt uns, auf ihre prozeßbeschleunigende Wirkung zu hoffen.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97

Manfred Treber, Germanwatch, ist Koordinator der AG Klima des Forums Umwelt & Entwicklung

KLIMASCHUTZPOLITIK NACH KIOTO

Eine Perspektive aus dem Süden

»Ohne eine gleichzeitige Verpflichtung der großen Entwicklungsländer machen wir keinen Schritt«, hallt es aus dem US-Senat. Kein Wunder, daß die Länder des Südens erzürnt sind, ob dieses Versuches, die Abmachungen von Berlin – Keine zusätzlichen Verpflichtungen für die Entwicklungsländer im ersten Protokoll! – zu untergraben. Warum das einer der wenigen Punkte ist, über die im Süden Einigkeit herrscht und wie es nach Kioto mit dem Klimaschutz im Süden und im Norden weitergehen sollte, erläutert Gurmit Singh.

Viele Länder des Südens, einschließlich Malaysia, fürchten, daß die reichen Staaten kein ernsthaftes Interesse an einer Emissionsreduktion haben, sondern den Süden nicht ent-, sondern einwickeln wollen – mit dem Argument, daß dort Emissionen rapide ansteigen. Für den Süden allerdings ist das nicht mehr als ein bösartiger Versuch des Nordens, sich den grundlegenden Verpflichtungen aus der Klimarahmenkonvention zu entziehen, nach der die Annex 1-Länder nicht nur ihre historische Verantwortung für die immensen Treibhausgasemissionen übernehmen, sondern auch mit der Reduktion voranschreiten müssen.

Einige der Entwicklungsländer wurden mit lächerlichen Beträgen aus Joint Implementation Vereinbarungen geködert, damit sie nicht länger Druck auf den Norden ausüben, im Dezember in Kioto ein effektives Protokoll zu unterzeichnen. Mit der Ausnahme von Dänemark geht keines der Annex I-Länder mit gutem Beispiel voran. Kein Wunder also, daß sich kein Entwicklungsland ermutigt fühlt, seine Energie-, Verkehrs- oder andere Politik am Prinzip Nachhaltigkeit zu orientieren.

Nach dem Motto »Teile und Herrsche!« gelingt es der riesigen und obszön reichen »Fossilien«-Lobby in einer unheiligen Allianz mit einigen Schlüsselländern der OPEC, den Süden soweit zu spalten, daß bis heute die G77 und China noch nicht einmal in der Lage waren, das AOSIS-Protokoll voll zu unterstützen. Gleichzeitig hat die mächtige Industrielobby des Nordens dort die Ängste vor Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Niedergang gehörig geschürt, und damit jeglichen politischen Willen, die Verpflichtungen aus der Klimakonvention zu erfüllen, unterminiert. Und die Atomlobby lauert schon im Hintergrund!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ein Weg aus der Sackgasse

Es sollte eigentlich allen – außer vielleicht den schlimmsten Betonköpfen – klar sein, daß die globale Erwärmung nur durch sofortiges Handeln der größten Treibhausgasemittenten reduziert werden kann. Jedes Mauern ist ein Verbrechen gegen die Umwelt und gegen die Menschheit. In den nächsten Wochen haben die Menschen im Norden und in Japan eine echte Möglichkeit, einen Weg aus der Sackgasse zu weisen. Wenn ihnen das Schicksal dieser Erde und der Menschen im Süden wirklich am Herzen liegt, dann müssen sie bereit sein, in ihrem täglichen Leben Opfer zu bringen und den politischen Willen zu erzeugen, damit ihre politische Führung im Dezember ein Protokoll zustandebringt.

Wir im Süden werden unser Bestes tun, unsere Eliten von einer verantwortungslosen Emissionsorgie abzuhalten. Aber der Norden muß sich zuerst bewegen.

Wie es nach Kioto weitergeht, wird davon abhängen, was dort erreicht wird. Wenn nur ein schwammiges Mandat herauskommt, das nichts als weitere Verhandlungen fordert, werden viele Süd-NRO den gesamten UN-Klimaprozeß als eine einzige grausame Farce enttarnen und ihm den Rücken kehren. Geschähe dies, dann bliebe auch für die Industrieländer nur eine Wahl: sich ebenfalls aus dem UN-Klimaprozeß zurückzuziehen und den Rest der Welt wissen zu lassen, daß sie im ersten Härtetest der Konvention jämmerlich versagt haben.

Wenn sich aber die Annex 1-Länder auf ein effektives Protokoll (etwa im Sinne der AOSIS) einigen, dann sind wir, die Entwicklungsländer und die NRO des Südens, bereit, in eine nächste Phase der Verpflichtungen einzutreten. Entsprechende Verhandlungen zu Reduktionszielen für die Non-Annex 1-Länder kann es allerdings erst geben, wenn die Annex 1-Länder ihre Verpflichtungen aus dem Kioto-Protokoll tatsächlich umsetzen.

Wenn das Ergebnis des Gipfels in Kioto nur ein schwaches Protokoll ohne echte Reduktionsverpflichtungen der Haupt-Treibhausgasemittenten ist, dann stecken wir alle weiter in der Sackgasse. Das wäre eine Wiederholung des UNSGV-Debakels vom letzten Sommer. Kein Umweltschützer könnte damit einverstanden sein.

Für den Klimaschutz wird Kioto also ein Scheideweg sein. Wohin der Weg uns führen wird, werden wir erst am 10. Dezember wissen.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97

Gurmit Singh ist Regional Coordinator des Climate Action Network Southeast (CANSEA) mit Sitz in Malaysia.

FORTSCHREIBUNG:

Klimaschutz

Wie geht's weiter nach Kioto?

Unabhängig davon, wie die Ergebnisse von Kioto aussehen mögen, eines ist klar: Für CO_2 und die anderen Treibhausgase sind steilere Reduktionspfade notwendig, als im Vorfeld zu Kioto diskutiert werden. Deshalb muß jedes Abkommen regelmäßig fortgeschrieben werden. Sascha Müller-Kraenner über ein »Protokoll der zweiten Generation«.

Dem Stolz Amerikas, den endlosen Highways (hier in Louisana), droht immer wieder Gefahr durch das Wetter

Die Klimaschutzpolitik der nächsten Jahre muß folgende Prinzipien beachten:

- Die in Kioto vereinbarten Reduktionszahlen und -zeiträume müssen anhand der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse über den globalen Klimawandel überprüft und gegebenenfalls verschärft werden.
- Weitere Reduktionsschritte für längerfristige Zeiträume müssen nach und nach beschlossen werden.
- Alle anderen klimaschädlichen Gase, die nicht im Montrealer Protokoll zum Schutz der Ozonschicht geregelt werden, sollen, sobald ihr Treibhauspotential zweifelsfrei feststeht, in das Regime aufgenommen werden.
- Weitere Vertragsstaaten müssen Schritt für Schritt in das Klimaregime mit einbezogen werden.

Zwangsläufig werden sich die Verpflichtungen der Vertragsstaaten entsprechend ihres vorhandenen Emissionsniveaus und ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit der Zeit immer mehr ausdifferenzieren. Zu einer solchen Ausdifferenzierung wird es vor allem dann kommen, wenn die ersten Entwicklungsländer in die Verpflichtungen mit einbezogen werden. Innerhalb der Verhandlungen der nächsten Jahre sollte allerdings darauf geachtet werden, daß vergleichbare Gruppen von Staaten weiterhin die selben Verpflichtungen auferlegt bekommen und das internationale Klimaschutzregime nicht in einem großen Basar endet, auf dem die Verpflichtungen nicht mehr auf Grund objektiv nachvollziehbarer Kriterien, sondern nur noch auf Zuruf festgelegt werden.

Die auf Kioto folgende 4. Vertragsstaatenkonferenz sollte das Mandat für ein Protokoll der 2. Generation erteilen. Abgeschlossen werden sollten die Verhandlungen über die Verschärfung des Kioto-Protokolles spätestens im Jahr 2000.

Verpflichtungen der Entwicklungsländer

Das Berliner Mandat aus dem Jahr 1995 legt ausdrücklich fest, daß das auszuhandelnde Abkommen keine neuen Verpflichtungen für die Entwicklungsländer enthalten darf. Diese Klausel war Grundvoraussetzung dafür, daß die Entwicklungsländer dem Berliner Mandat damals zustimmten. Jeder Versuch, die Entwicklungsländer in dieser ersten Stufe der Verpflichtungen mit an Bord zu bekommen, ist deshalb nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern vergiftet nachweislich die Verhandlungsatmosphäre derart, daß der Erfolg der Protokollverhandlungen dadurch gefährdet wird.

Ganz anders sieht es aus, wenn es um die Verhandlungen um das Treibhausgas-Protokoll der zweiten Generation geht. Hierbei muß eine erste Gruppe der Entwicklungsländer in die Verpflichtungen mitaufgenommen werden. Welche Staaten dieser Gruppe angehören werden, wird sich letztendlich in politischen Verhandlungen entscheiden. Trotzdem bieten sich folgende Auswahlkriterien an:

- Pro-Kopf-CO_2-Ausstoß: Eine Gruppe von Entwicklungsländern hat inzwischen einen Pro-Kopf-CO_2-Ausstoß erreicht, der mit den Mitgliedstaaten der EU vergleichbar ist. Dazu gehören einige der ostasiatischen Tigerstaaten wie Südkorea, Taiwan und Singapur, aber auch die ölexportierenden Staaten der arabischen Halbinsel wie Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und Bahrein.
- OECD-Mitgliedschaft: In jedem Falle sollte der Beitritt zur OECD, dem Klub der Industrieländer, damit verbunden werden, daß die entsprechenden Staaten auch in den internationalen Umweltregimen die Verpflichtungen der Industrieländer übernehmen. Beitrittsaspiranten sind die ostasiatischen und einige lateinamerikanische Länder.
- Beteiligung am Handel mit Emissionsrechten: Nachdem es nicht unwahrscheinlich ist, daß innerhalb des internationalen Klimaschutzregimes zukünftig der Handel mit Emissionsrechten zugelassen wird, besteht auf diesem Wege die Möglichkeit, weitere Entwicklungsländer in die Verpflichtungen miteinzubeziehen. Schließlich sollten nur diejenigen Staaten mit Emissionsrechten handeln dürfen, deren Verpflichtungen innerhalb der Konvention auch quantifiziert festgelegt sind.

Neue Instrumente

Neben vereinbarten Reduktionszielen und Zeiträumen werden in der Debatte der kommenden Jahre zunehmend international zu koordinierende politische Maßnahmen zum Klimaschutz eine Rolle spielen. Dabei werden zwei Gruppen von Maßnahmen diskutiert.

Die Festsetzung von Energieeffizienzstandards, die gemeinsame Förderung der erneuerbaren Energien, die harmonisierte Einführung ökologischer Steuern und der gemeinsame Abbau ökologisch kontraproduktiver Subventionen sollen dazu dienen, unter Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen die ökologische Modernisierung der nationalen Volkswirtschaften voranzutreiben. Die Europäische Union hatte schon vor der Kioto-Konferenz einen umfangreichen Katalog an politischen Maßnahmen, die für eine solche globale Harmonisierung in Frage kommen, vorgelegt. Realistisch erscheint eine Einigung vorerst allerdings nur über wenige der zahlreichen möglichen Aktivitäten. Hier sollten Maßnahmen gewählt werden, deren Einführung tatsächlich abhängig ist von einer internationalen Einigung und die eine strategische Türöffnerfunktion für einen zukünftigen Ausbau des Weltumweltrechtes bieten. Solche Maßnahmen wären m.E. die internationale Einführung einer Kerosinsteuer auf den Flugverkehr und der Abbau der Kohlesubventionen. Bei beiden Maßnahmen hätte die Klimapolitik auch das Welthandelsrecht auf ihrer Seite.

Neue Instrumente wie handelbare Emissionsrechte und Joint Implementation sollen dazu dienen, mit marktwirtschaftlichen Mechanismen die Umsetzung der gesetzten Verpflichtungen flexibler zu handhaben und kostengünstiger zu gestalten. Diese Instrumente werden in den internationalen Klimaverhandlungen beispielsweise von den USA favorisiert. Hier gilt es, in den Verhandlungen der nächsten Jahre darauf zu achten, daß diejenigen Vertragsstaaten, die sich zum Einsatz dieser Instrumente zur Flexibilisierung entscheiden, ihre materiellen Verpflichtungen aus dem Klimaschutzregime trotzdem erfüllen. Voraussetzung für den Einsatz handelbarer Emissionszertifikate und der Gemeinsamen Umsetzung sollte es sein, daß ein festzulegender Mindestanteil der Verpflichtungen weiterhin im eigenen Land erbracht wird.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97
Dieser Artikel ist die gekürzte Version eines Beitrags für das Jahrbuch Ökologie 1998.

Sascha Müller-Kraenner ist Direktor für internationale Angelegenheiten des DNR.

»GRÜNE LOBBYISTEN«

Klimawandel im Unternehmerlager ?

Früher war die Welt noch in Ordnung – da wußte man immer, wo der Feind stand: Es gab »den Unternehmer« und »den Klimaschützer«, und auf beiden Seiten galt schon der Gedanke an Kooperation als blanke Ketzerei. Aber in dem Maße, in dem der Klimaschutz zur Industrie wird, haben viele Unternehmen ihr strategisches Interesse an CO_2-Reduktionen erkannt – ein Interesse, für das sie sich auch verstärkt einsetzen. Christoph Bals berichtet über »grüne Lobbyisten«.

Beim Erdgipfel in Rio (1992) und in den darauffolgenden Jahren waren bei den UN-Klimaverhandlungen vor allem Unternehmerrepräsentanten aus den USA und aus den Branchen Kohle, Öl, Energie, Auto und Chemie präsent. Das Ziel fast aller dieser Lobbyisten war, Fortschritte und rechtlich verbindliche Klimaschutzverpflichtungen zu verhindern. Noch heute verfolgt eine Mehrheit der akkreditierten Unternehmerlobbyisten dieses Ziel. Diese Lobbyisten beraten zudem in vieler Hinsicht strategisch die ebenfalls an Fortschritten nicht interessierten ölfördernden OPEC-Länder. Die internationalen Anti-Klimaschutz-Aktivitäten wurden zunehmend von nationalen Kampagnen begleitet – besonders intensiv in den USA. Gegenwärtig erleben wir mit einer 13 Mio. US-Dollar teuren Werbekampagne gegen Klimaschutzverpflichtungen der USA, vor allem von der Autoindustrie gesponsert, einen weiteren Höhepunkt dieser Aktivitäten.

Aber inzwischen erscheinen auch immer mehr Unternehmergruppen bei den Klimaverhandlungen, die ein strategisches Interesse daran haben, daß es ein positives Ergebnis der Klimaverhandlungen in Kioto gibt. Viele von ihnen sehen Marktchancen durch eine aktive Klimaschutzpolitik. Dies betrifft etwa die Sektoren Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Kraftwärmekopplung, Brennstoffzellen, Eisenbahnen und Öffentlichen Personennahverkehr, neue Transport-Logistik- und Kommunikationssysteme. Sie weisen auf die vielen ökonomischen Studien hin, die zeigen, daß intelligenter Klimaschutz sein Ziel erfüllt ohne die Lebensqualität negativ zu beeinträchtigen. Das European Business Council for a Sustainable Energy Future (e5), die International Cogeneration Alliance und die European Wind Energy Association sowie das US Business Council for Sustainable Energy unterstützen frühe CO_2-Reduktionsziele – wobei das europäische »früh« früher (2005) als das amerikanische »früh« (2010) ist. Andere wie die UNEP Versicherer Initiative mit inzwischen mehr als 70 Erst- und Rückversicherern weltweit unterstützen Vorsorgemaßnahmen für das Klima, weil sie befürchten, die Risiken des Klimaschutzes seien zu hoch. »Wir alle gehören zur Gattung Mensch. Und das heißt, daß wir zumindest rechnen können,« heißt es in einer Anzeige der Swiss Re, des weltweit zweitgrößten Rückversicherers.

Auf einer Veranstaltung im Rahmen der 2. Vertragsstaatenkonferenz der Klimakonvention in Genf rief die UNEP-Versicherer Initiative die Regierungen dazu auf, geeignete Rahmensetzungen vorzulegen, um nachhaltige Energie, Produkte und Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen. Solche Aktivitäten der Regierungen sollten auch Anreize für die führenden Gas- und Ölunternehmen der Welt schaffen, ihr Produktportfolio zu diversifizieren, um die Energiesysteme aufzubauen, die die Menschheit in Zukunft braucht; dies sollte auch den zukunftsfähigeren Energiealternativen zum Durchbruch verhelfen.

Versicherer und Banken haben inzwischen auch begonnen, Möglichkeiten zu entwickeln, Investment-Gelegenheiten mit Klima- und Umweltschutz zu kombinieren. Historisch haben die Finanzmärkte im Umweltthema vor allem gesetzliche Einschränkungen und negative Risikofaktoren gesehen. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, daß sie beginnen, die Chancen eines konsequenten Umweltmanagmentes auch für das finanzielle Wohlergehen der Kapitaleigner zu sehen. Verschiedene neue Studien zeigen: Eine gute Umweltperformance kann ein wichtiger Hinweis auf ein erfolgreiches Unternehmen sein. So kann die Investment-Community ihre Risiken verringern, wenn sie Umweltgesichtspunkte bei ihren Investmententscheidungen berücksichtigt. Der Storebrand Scudder Environmental Value Fund – aufgelegt von Norwegens größtem Versicherer, inzwischen in Kooperation etwa mit dem Gerling Konzern – ist ein solcher Fund der neuen Art. Anders als das klassische ethische Investment trifft er eine Vorauswahl nach wie vor nach den klassischen finanziellen Kriterien. Aber dann investiert er dabei nur in den Unternehmen, die in ihrem Umweltverhalten im oberen Drittel der jeweiligen Branche liegen. Das Ergebnis scheint zu sein, daß sich dieses Vorgehen auch finanziell auszahlt. Auch die Swiss Bank Corporation hat einen ähnlichen Fonds-Ansatz entwickelt. Sie prüft die Umweltperformance des Unternehmens basierend auf dem World Business Council for Sustainable Development entwickelten Konzept der Öko-Effizienz.

Aber auch in die fossile Industrie ist Bewegung gekommen. Seit Jahren schon drängt Enron, einer der führenden Energieunternehmen der Welt auf frühe CO_2-Reduktionen und ein anspruchsvolles Klimaschutzprotokoll. Enron ist aktives Mitglied sowohl des US als auch des europäischen Klimaschutz fördernden Business Council for a Sustainable Energy (Future).

Vor einigen Monaten hat BP die wissenschaftliche Grundlage für Klimaschutz-Handeln gemäß dem Vorsorgegrundsatz gelegt. Inzwischen fordert BP ein Kioto-Protokoll, das auch steuerliche Rahmensetzungen für den Klimaschutz enthält. BP hat eigene Untersuchungen für ein solches Steuermodell gestartet. Im nächsten Jahr will BP Ziele für die Emissionsreduktion des eigenen Unternehmens vorlegen. Und Shell hat immerhin eingestanden, daß es einen Konflikt zwischen dem Klimaschutz und dem Aufschluß neuer Ölfelder gebe.

In Deutschland haben alle großen Wirtschaftsverbände – einschließlich des BDI – in dem Klima-Nachhaltigkeitszirkel des Bundesumweltministeriums (BMU) schriftlich sowohl die Deutsche Selbstverpflichtung einer CO_2-Reduzierung um 25 Prozent akzeptiert, als auch die EU-Verhandlungsposition (minus 15 Prozent bis 2010, minus 7,5 Prozent bis 2005 für die Gase CO_2, Lachgas, Methan auf der Basis von 1990) als absolute Minimumverpflichtung für ein Kioto-Protokoll bezeichnet. Hier zeigt sich – bei aller berechtigten Kritik an der Selbstverpflichtungserklärung der Deutschen Industrie – auch eine der positiven Seiten dieser Erklärung: Die Deutsche Klimapolitik wird im Grundsatz bejaht und kann, ohne die Selbstverpflichtung unglaubwürdig zu machen, nicht generell angegriffen werden. Einzelne Unternehmen, wie etwa die BASF, machen dies auch auf öffentlichen Veranstaltungen dennoch. Und versteckt fließt Geld von Unternehmen, um den Argumenten der Klimaskeptiker mehr Gehör zu verschaffen.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß ein »Klimawandel in einem größeren Lager der Unternehmen« nicht ausgeschlossen ist. Aber der Trend ist keineswegs eindeutig. Ganz klar ist: Die Interessen der Vergangenheit sind – was eigentlich logisch ist – noch wesentlich besser organisiert, als die der Zukunft. Der Klimaschutz hat nur dann eine echte Chance, wenn sich das ändert.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97

Christoph Bals leitet in der Germanwatch-Geschäftsstelle die Kampagne 'Rio Konkret'. Er ist Promotor für den Dialog mit der Wirtschaft. Die Nord-Süd-Initiative Germanwatch ist Initiator des European Business Council for a Sustainable Energy Future.

JOINT IMPLEMENTATION

Klimaschutz

Durchstarten oder Bruchlandung?

Die Pilotphase für Joint Implementation im internationalen Klimaschutz läuft ähnlich schleppend wie die Verhandlungen über bindende Reduktionspflichten. Anke Herold berichtet über Theorie und Praxis der neuen Nord-Süd/Ost-Zusammenarbeit.

Die Steppenbewohner im russischen Bezirk Saratov haben gestaunt: Dort wo sonst nur Steppengras wächst und die Natur keine Bäume vorgesehen hat, stehen an drei Standorten plötzlich Baumsetzlinge auf einer Fläche von 500 Hektar. Die Zeitungen berichteten über das Ereignis, sogar ein Videofilm wurde gedreht. Zu verdanken haben die Steppenbewohner diesen ungewohnten Anblick zum einem dem Ex-Forstminister, der aus Saratov stammt und seiner Heimat etwas Gutes tun wollte, sowie den internationalen Klimaverhandlungen zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes. Denn die Bäume in der russischen Steppe sind eines der ersten Projekte der »United States Initiative on Joint Implementation«.

In der Klimarahmenkonvention ist die Option für Joint Implementation (JI) – zu deutsch gemeinsame Umsetzung – verankert. Das bedeutet, daß nicht im eigenen Land in Klimaschutzmaßnahmen investiert wird, sondern im Ausland, z.B. in Entwicklungsländern oder in den sogenannten Transformationsstaaten des ehemaligen Ostblocks. Das im Ausland eingesparte Kohlendioxid wird dann auf dem Klimakonto des investierenden Landes als Gutschrift verbucht und von dessen internationalen Reduktionspflichten abgezogen. So soll den Industriestaaten die Möglichkeit zu möglichst kostengünstigen Kilmaschutz-Investitionen gegeben werden. Die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention waren sich jedoch nicht sicher, ob das Konzept in der Praxis genauso tauglich ist wie in der Theorie. Deshalb beschlossen sie 1995 zunächst einmal eine Pilotphase für Joint Implementation. Die Projekte der Pilotphase haben auch einen anderen Namen bekommen: es wird nicht von Joint Implementation, sondern von activities implemented jointly (AIJ) gesprochen.

Viele Staaten sind daraufhin aktiv geworden und haben Initiativen für AIJ gestartet, z.B. in den USA, Canada, Japan, Australien, den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz, Dänemark, Finnland, Island, Schweden und auch in der Bundesrepublik Deutschland. Rasch gab es auch genügend Entwicklungs- und Transformationsstaaten, die den versprochenen Geldfluß durch AIJ-Projekte gerne in ihre Länder lenken wollten. Costa Rica, Bolivien, sechs weitere zentralamerikanische Staaten, Chile, Pakistan und Südafrika haben bereits Kooperationserklärungen mit den USA getroffen. Doch die Industrie und die Stromproduzenten, die ihre hohen CO_2-Emissionen durch Maßnahmen in Entwicklungsländer ausgleichen sollen, bleiben zurückhaltend und sind wenig investitionsbereit. Denn es fehlen vorerst zwei entscheidende Zutaten, ohne die das Konzept Joint Implementation nicht auskommt. Erstens gibt es während der Pilotphase keine CO_2-Gutschriften, d.h. die Belohnung für die Investitionen in anderen Staaten fehlt. Zweitens hat bisher kaum ein Land seiner Industrie schmerzliche Maßnahmen (z.B. deutliche Energiesteuern) zur Senkung der Treibhausgasemissionen verordnet. Und da denkt die Industrie erst einmal kosteneffizient: Wenn Nichtstun allemal billiger ist als komplizierte Projektpartnerschaften in Übersee, dann fällt die Entscheidung für das Nichtstun leicht. So klagen die Streiter für JI in fast allen Staaten über die mangelnde Beteiligung der Industrie. In den USA waren beispielsweise 50 Projekte vorgeschlagen worden, 15 sind als AIJ-Projekte anerkannt, die Finanzierung ist bisher jedoch für lediglich vier Projekte vorhanden. Eine ganze Reihe von Projekten, die seit langem als Pilotprojekte für AIJ angekündigt wurden, stehen weiter lediglich auf dem Papier. Dort wo sich wirklich etwas bewegt, stehen meist Regierungen dahinter, die von Joint Implementation überzeugt sind. 1996 haben die Niederlande beispielsweise 52 Millionen US-Dollar für Joint Implementation-Projekte ausgegeben.

Dennoch ist die Pilotphase nützlich. Auch wenn die Projekte gar nicht umgesetzt werden, bringt bereits die Planung viele neue Erkenntnisse. Eines der Projekte, die seit 1994 einen Investor suchen, ist ein Projekt zur ländlichen Elektrifizierung mit Solarenergie in Honduras, das von Enersol entwickelt wurde. Die Organisation hat bereits in der Dominikanischen Republik und anderen Staaten erfolgreiche Solar-Projekte koordiniert. Doch der erfahrene Projektbetreiber sieht Joint Implementation inzwischen skeptischer. *»Enersol schlägt vor, daß JI-Projekte nicht nur als Treibhausgasreduktionsmöglichkeit zu den geringstmöglichen Kosten betrachtet werden sollen, weil dieser Ansatz auf der Ebene der Umsetzung wahrscheinlich nicht besonders gut funktioniert. [...] Viele Projekte sind in der Umsetzungsphase gescheitert, weil sie in einem Vakuum ausgedacht wurden, ohne die lokalen Bedingungen und die lokale Beteiligung zu beachten. Die lokale Beteiligung kann zum entscheidenden Faktor für den Erfolg vieler JI-Projekte werden, insbesondere dort, wo gerade die lokalen Einwohner im Endeffekt die langfristige Nachhaltigkeit der Projekte sicherstellen werden.«* Doch wenn diesem Rat der erfahrenen Organisation gefolgt wird, gerade nicht die Kosteneffizienz, sondern die lokalen Bedingungen und die lokalen Akteure in den Vordergrund zu stellen, geht das Hauptargument für Joint Implementation verloren.

Die meisten Pilotprojekte sind kleine bis mittelgroße Projekte. Unter den Aspekten der Nachhaltigkeit und der Anpassung an die lokalen Bedingungen sind dies günstige Voraussetzungen. Doch wirkt hier ein altes Dilemma: Gerade für Projekte dieser Größenordnung war es schon immer schwierig, internationale Finanzmittel zu bekommen. Die Pilotprojekte bestätigen diese bekannten Erfahrungen für Joint Implementation erneut. Costa Rica hat versucht, dieses Dilemma aufzulösen. Dort investieren mögliche Geldgeber nicht mehr direkt in einzelne Projekte. Der costaricanische Staat hat einen nationalen Kohlenstoff-Fonds entwickelt, der »zertifizierte, transferierbare Gutschriften« verkauft. Der Kohlenstoff, der in diesem Fonds vermarktet wird, soll hauptsächlich aus Waldprojekten kommen. Dieses Modell kommt den Investoren entgegen, weil sie keine Mühen und Transaktionskosten durch die einzelnen Projekte haben. Die norwegische Regierung erwägt den Kauf von Gutschriften im Wert von 2 Millionen Dollar.

Die Waldprojekte (Aufforstung, Plantagen, Agroforst, selektiver Einschlag und Walderhaltung) dominieren unter den Projektbeispielen der Pilotphase. Sie gelten als die billigsten Klimaprojekte. Doch gleichzeitig sind sie auch am umstrittensten. Denn wenn nur auf den Kohlenstoffaspekt Wert gelegt wird, bedeutet das Resultat noch lange keine nachhaltige Waldnutzung.

Im Energiesektor, d.h. für Projekte mit erneuerbaren Energien oder zur Effizienzsteigerung, gibt es bisher erst sehr wenige Projekte. Diese Entwicklung ist wahrscheinlich nicht zufällig. Besonders Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz hängen stark von den nationalen Rahmenbedingungen in den Gastländern ab. Die Weltbank hat in einem Papier zur Energie- und Umwelt-Strategie jüngst die wichtigsten Hemmnisse aufgelistet, die einer höheren Energieeffizienz in Entwicklungsländern im Wege stehen. Hierzu zählen massive staatliche Subventionen im Energiesektor, die zu niedrigen Energiepreisen führen. In dieser Situation ist der Anreiz zur Einsparung von Energie auf der Seite der Energienachfrage denkbar gering. Staatliche Regulierung zugunsten bestehender Energiemonopole oder zugunsten bestehender nationaler Brennstoffressourcen kann ebenfalls vielen klimafreundlichen Energiepfaden im Weg stehen. Diese Rahmenbedingungen werden in den Projektkriterien und den Projektbeschreibungen für AIJ jedoch normalerweise kaum betrachtet.

Die Pilotprojekte zeigen, daß viele Probleme und Hemmnisse zwischen der theoretisch einfachen Idee von JI und der praktischen Umsetzung stehen. Die bisherigen Erfahrungen lassen eher vermuten, daß Joint Implementation, auch wenn es mit Gutschriften ausgestattet sein sollte, nicht die immensen neuen Finanzströme auslösen wird, die manche Befürworter vorausgesagt haben. Der Erfolg, d.h. die Menge der CO_2-Einsparung durch JI-Projekte, hängt außerdem direkt mit den Protokollverhandlungen in Kioto zusammen. Nur wenn ein ehrgeiziges verbindliches Reduktionsziel vereinbart wird, wird das Instrument Joint Implementation richtig interessant. Ein schwaches Minderungsziel kann von vielen Staaten auch mit kostengünstigen Maßnahmen im eigenen Land erreicht werden. Das Instrument JI ist dann eher überflüssig oder nur für einzelne Staaten mit besonderer Problemkonstellation relevant. Doch auf ein Protokoll mit ehrgeizigen Reduktionszielen wagt derzeit kaum jemand zu hoffen.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97

Anke Herold ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Energie des Öko-Instituts, Büro Freiburg.

DER GRENZÜBERSCHEITENDE HANDEL MIT EMMISSIONSRECHTEN

»Heute im Sonderangebot: Verschmutzungsrechte!«

Verschmutzungsrechte im Supermarkt und CO_2-Emissionslizenzen, die in dreifacher Ausfertigung beim Einwohnermeldeamt eingereicht werden müssen – das ist noch Zukunftsmusik. Aber handelbare Emissionsrechte sind nicht so verrückt, wie sie sich anhören, und werden immer intensiver diskutiert. Um was es eigentlich geht, erläutert Sascha Müller-Kraenner.

Der Einsatz von unmittelbar mengensteuernden Instrumenten, wie Emissionslizenzen und handelbaren Zertifikaten, wird in der Umweltpolitik schon seit Ende der 60er Jahre diskutiert. Im letzten Jahr kündigten die USA an, daß sie ihre Zustimmung zu einem Kioto-Protokoll von der Einrichtung eines Systems für den grenzüberschreitenden Handel mit Emissionsrechten abhängig machen werden. Damit hat die Diskussion wieder an Dynamik gewonnen.

Begriffsklärung

Der Grundgedanke der handelbaren Emissionsrechte liegt darin, daß die meisten Umweltziele letztendlich Mengenziele sind. Es geht um die mengenmäßige Begrenzung des Einsatzes von Umweltressourcen (z.B. fossiler Brennstoffe) bzw. der Belastung von Umweltmedien (z.B. der Atmosphäre durch CO_2). Innerhalb eines Systems handelbarer Emissionsrechte werden diese Mengenziele (z.B. minus 25 Prozent CO_2 bis 2005) politisch definiert und die zu ihrer Erreichung notwendigen Anpassungsprozesse den Suchprozessen der Märkte überlassen. Prinzipiell sind mehrere Modelle für den Handel mit Emissionsrechten denkbar. Die wichtigste Unterscheidung besteht zwischen Lizenz- und Zertifikatsmodellen.

Lizenzen

Lizenzen sind dauerhaft verbriefte Rechte auf einen bestimmten Grad an Umweltnutzung. Diese Rechte können nach anfänglicher Zuteilung frei gehandelt werden. Die Erstverteilung dieser Lizenzen durch den Staat kann auf Basis des Status Quo (grandfathering) oder auf Grundlage anderer Kriterien, z.B. einer Pro-Kopf- oder Bruttosozialproduktsberechnung erfolgen. Um eine Reduktion des Umweltverbrauches zu erreichen, können die Zertifikate mit der Zeit abgewertet oder vom Staat aus dem Verkehr gezogen werden.

Zertifikate

Zertifikatssysteme basieren darauf, daß Verbraucher von Umweltgütern und Emittenten von Schadstoffen das Recht auf jeweils eine Einheit (z.B. 1 Tonne CO_2) der insgesamt festgelegten Emissionsobergrenze einzeln erwerben müssen. Sobald der Schadstoffausstoß erfolgt ist, wird das Zertifikat ungültig. Zertifikatssysteme sind insoweit mit ökologischen Steuern vergleichbar, als die Zertifikate beim Staat erworben werden müssen. Die Einnahmen aus dem Zertifikatsverkauf können prinzipiell an anderer Stelle, z.B. durch Senkung der Sozialabgaben, zurückgegeben werden. Ein internationales System handelbarer Emissionsrechte im Klimaschutz könnte sowohl auf Lizenz- als auf Zertifikatsbasis konstruiert werden. Handelspartner könnten entweder die Vertragsstaaten der Klimakonvention oder einzelne Verbraucher sein. Mischformen sind möglich, z.B. ein internationaler Handel von Lizenzen zwischen den Vertragsstaaten bei gleichzeitiger nationaler Zertifikatslösung in den USA und Einführung der ökologischen Steuerreform in Deutschland.

Die politische Ausgangslage vor Kioto

Die USA wollen die Anrechenbarkeit von Krediten innerhalb der sogenannten Gemeinsamen Umsetzung (Joint Implementation) und die Einrichtung eines Systems für den grenzüberschreitenden Handel mit Emissionsrechten erreichen. Bisher haben weder die USA noch ein anderer Vertragsstaat einen Vorschlag vorgelegt, wie ein solches System aussehen könnte. Deswegen bezweifeln zahlreiche andere Vertragsstaaten (z.B. die EU-Länder), daß ein solch kompliziertes System bis Kioto ausgehandelt

Fortsetzung nächste Seite

POPs & internationale Chemiepolitik

Klimaschutz

Nachhaltig gefährlich, aber nicht nachhaltig

Jeder kennt sie, keiner mag sie, und wenige wissen etwas Genaueres über sie: die POPs, persistent organic pollutants, giftige Stoffe, die vor allem in Pestiziden stecken. Wenig bemerkt von der Öffentlichkeit, gibt es allerdings auf verschiedenen Ebenen Bemühungen um ein Verbot dieser Schadstoffe. Angelika Horster schließt eine Bildungslücke.

Seit Jahren soll ein internationales Übereinkommen zum weltweiten Verzicht und Ersatz von persistenten organischen Schadstoffen (Persistent Organic Pollutants/POPs) ausgearbeitet werden. Es handelt sich bei POPs derzeit um zwölf, größtenteils halogenorganische Stoffe, von denen die meisten als Pestizide Einsatz finden. Diese Stoffe sind allesamt mäßig flüchtige, fettlösliche, giftige, fruchtschädigende Substanzen, die sich – weil schwer und nur sehr langsam abbaubar – zunehmend in biologischen Systemen wie der aquatischen Nahrungskette bis hin zum Menschen selbst anreichern und damit eine wachsende Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen. Darüber hinaus werden bereits weitere Stoffe diskutiert und beforscht, die für die Erweiterung der POP-Liste in Frage kommen.

Viele Wirkungsweisen dieser Stoffe wurden zwar bereits in den 50er und 60er Jahren offensichtlich, so wies Rachel Carson in ihrem Buch »Der stumme Frühling« schon darauf hin, und PAN veröffentlichte Ende der 70er Jahre eine ähnliche Stoffliste, »das dreckige Dutzend« genannt. Neuere umfangreiche wissenschaftliche Forschung zu POPs hat gezeigt, daß diese auch langfristige Effekte wie Schädigungen des Immunsystems, Tumore, Anomalien/ Veränderungen an den Fortpflanzungsorganen sowie Verhaltensstörungen auslösen können. Die Auswirkungen auf die Meeresbiologie behindern den Schutz des Fischbestandes und damit auch die Wirksamkeit und Einhaltung internationaler Übereinkommen zum Meeresschutz (z.B.OSPARCOM). In einigen Ländern wurden Einsatz- und Produktion verboten, der weltweite Transport von Lebensmitteln, Textilien etc. und z.B. die Auswaschung der Pestizide aus den Böden in Flüsse und Meere sorgt jedoch dafür, daß diese Stoffe weltweit bis in die arktischen Bereiche verteilt werden.

Gefahr erkannt, Gefahr noch lange nicht gebannt

Hinter den POPs stehen milliardenschwere Industrieinteressen, aber auch die WHO (Weltgesundheitsorganisation) wehrte sich gegen ein DDT-Verbot, um das Pestizid weiterhin zur Bekämpfung der Anopheles-Mücke in Malaria-Gebieten einsetzen zu können, und die FAO (Food and Agriculture Organization der UN) befürchtete bei Pestizidverboten Ernteverluste und weltweite Hungersnöte. Ständig wurden neue wissenschaftliche Belege der besonderen Gefährlichkeit und Untersuchungen zur Risikoabschätzung und -bewertung, zu Transportpfaden, möglichen Vorgehensweisen etc. gefordert. Ergebnis: Verbote wurden erfolgreich verzögert. Die Industrie im Süden wie im Norden hat ein finanzielles Interesse an der Pestizid-Produktion. Die Industrie der entwickelten Länder möchte zwar ihre neuen Pestizide auch im Süden vermarkten, jedoch haben die Schwellen- und Entwicklungsländer verständliche Sorge vor neuen, auch finanziellen Abhängigkeiten und möchten daher ihre vorhandenen Produktionen – besonders in Pakistan gibt es umfangreiche Anlagen – beibehalten.

Internationale Chemiepolitik

Die Gefahren, die von synthetisch hergestellten Stoffen ausgehen, machen nicht an Landesgrenzen halt. Diese Erkenntnis führte zu internationaler Chemiepolitik in verschiedenen Organisationen:

- Das UN-Umweltprogramm (UNEP) und die WHO haben bereits in den 70er Jahren ein Chemikaliensicherheitsprogramm (International Programme on Chemical Safety/IPCS) beschlossen und dafür bei der WHO ein Büro eingerichtet, in dem Experten an verschiedenen Fragen zu diesem Themenkreis arbeiten.
- Die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) verabschiedete 1992 in Rio mit Kapitel 19 der Agenda 21 ein umfangreiches chemiepolitisches Programm, in dem internationale Zusammenarbeit und Austausch von Informationen ein breites Feld einnehmen. Das Kapitel 19 beinhaltet die folgenden Aufgabenfelder:
- Erweiterung und Beschleunigung internationaler Bewertung chemischer Risiken,
- Harmonisierung der Klassifizierung und Etikettierung von Chemikalien,
- Informationsaustausch über giftige Chemikalien und chemische Risiken,
- Einrichtung eines Risiko-Reduzierungs-Programmes,
- Stärkung nationaler Fähigkeiten und Kapazitäten für den Umgang mit Chemikalien,
- Verhütung illegaler internationaler Transporte von giftigen und gefährlichen Produkten.

Zur Bearbeitung dieses Kapitels wurde 1994 in ein regelmäßiges Forum mit Regierungs-, UN- und NRO-Vertretern gegründet – das Intergovernmental Forum on Chemical Safety (IFCS). Ziel dieses Forums ist es, »politische Führung mit Schwerpunkt auf regionaler und sub-regionaler Kooperation zur Verfügung zu stellen, Strategien in koordinierender und integrierender Weise zu entwickeln, das Verständnis für Streitfragen und notwendige politische Unterstützung zur Erfüllung dieser Aufgaben zu fördern.«

In Rahmen des IFCS bieten die Länder mit ausgebauten Verwaltungsstrukturen und umfangreicher Erfahrung im Chemikalienumgang anderen Ländern ihr Wissen und ihre Unterstützung an.

Hochrangige Regierungsbeamte bereiten zu verschiedenen Konferenzen verhandlungsreife Texte zur Umsetzung des Kapitels 19 vor, die dann auf den UN-Folgekonferenzen, wie z.B. der UN-Sondergeneralversammlung im Juni 1997 geschehen, den Staaten zum Beschluß vorgelegt werden.

Die Gesundheits- und Umweltabteilung der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) in Paris erarbeitete diverse Leitfäden, die als Hilfe für alle Staaten (auch Nicht-Mitglieder) bei der konkreten nationalen Umsetzung des Kapitels 19 gedacht sind. So steht z.B. der 1994/95 mit Vertretern von Regierungen und NRO entwickelte Leitfaden zur Einrichtung eines nationalen Schadstoffregisters (Pollutant Release and Transfer Register/PRTR) zur Zeit im Rahmen der Verhandlungen um die Konvention zur Öffentlichkeitsbeteiligung (Public Participation Convention/ PPC) bei UNECE-Verhandlungen auf der Tagesordnung. Diese nationalen Register sollen Schadstoffemissionen aus Punktquellen wie Industrieanlagen sowie aus diffusen Quellen wie Landwirtschaft und Verkehr benennen und nationale Vergleiche sowie Informationsaustausch ermöglichen. Der öffentliche Zugang zu solchen Registern ist eine Voraussetzung für eine qualifizierte und gleichwertige Beteiligung der Öffentlichkeit und der NRO bei umweltrelevanten Fragen, die als PPC ebenfalls von UNCED in Auftrag gegeben wurde.

Ebenfalls fachliche und organisatorische Unterstützung und Vernetzung bietet das in 1995 von UNEP, ILO (Internationale Labour Office), FAO, WHO, UNIDO (UN Industrial Development Organization) und OECD gegründete Interorganisationelle Programm für den sicheren Umgang mit Chemikalien (Inter-Organization for the Sound Management of Chemicals/IOMC).

Die Positionen der Bundesregierung

Die deutsche Delegation, die zum IFCS-Treffen im Februar 1997 nach Ottawa fuhr, bestand aus sechs Vertretern aus vier Ministerien, drei Vertretern aus drei Bundesämtern und einem Vertreter des Pestizid Service Projekts der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Diese (größte) Delegationsstärke läßt zwar auf politische Brisanz für die Bundesrepublik schließen, schlägt sich aber kaum bis gar nicht in entsprechenden Bundestagsdebatten und Gesetzesvorlagen nieder.

Doch gerade der öffentliche Zugang zu Informationen, wie ihn die geplanten Schadstoffregister bieten, wird in den Verhandlungen der Wirtschaftskommission für Europa der UN (UNECE) hauptsächlich von der BRD und Rußland gebremst. Für die an den Diskussionen beteiligten NRO (v.a. World Wide Fund for Nature und Friends of the Earth) ist die Bundesregierung einer der Hauptgegner, die eine möglichst demokratische Fassung dieser Konvention zu verhindern suchen.

Perspektiven der internationalen Chemiepolitik

Neue Forschungsergebnisse und der zunehmende Nachweis in Umweltkompartimenten sowie entstehende Resistenzen gegen einige Pestizide der POP-Liste belegen den dringenden Handlungsbedarf. Entsprechende Handlungsstrategien wurden vom IFCS zusammengetragen, und erste verhandlungsreife Texte dem IFCS und der UNEP vorgelegt. Von UNEP wird nun ein Intergovernmental Negotiating Committee (INC) eingesetzt, das 1998 seine Arbeit aufnehmen und – hoffentlich – im Jahr 2000 mit der Verabschiedung einer völkerrechtlich verbindlichen Regelung zu POPs durch die UN abschließen soll.

Die Dauer dieses Verfahrens, die kontroversen Diskussionen und die unterschiedlichen Interessen und Schwerpunkte zeigen, daß es bis zum sicheren weltweiten Stoffmanagement noch ein weiter Weg ist. Die Beteiligung der NRO an solchen internationalen Verhandlungen scheitert immer wieder an finanziellen wie auch an Kapazitätsmängeln. Wie aber das Beispiel Chemiepolitik zeigt, wird eine fortschrittliche, umwelt- und gesundheitsorientierte Politik immer weniger von nationaler Ebene kommen. Und auch eine umfangreiche Verwaltungs- und Gesetzesstruktur, wie sie in der BRD zur Regelung vom Umgang mit Chemikalien vorhanden ist, ist kein Garant für tatsächlich global umweltbewußte und transparente Chemiepolitik.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97

Angelika Horster ist Krankenschwester und Mitglied des AK Umweltchemikalien/Toxikologie des BUND.

Information: BUND AK U-Tox
Angelika Horster
Ürdinger Str. 746
D-47800 Krefeld
Telefon & Fax: 02151/475686
Email: 02151475686@t-online.de

Dr. Ralph Ahrens
Theodor-Heuss-Ring 26
D-50668 Köln
Telefon: 0221/9130947
Fax: 0221/9130612
Email: AhrensR@aol.com

FORTSETZUNG VON SEITE 8

werden kann. Es ist allerdings bekannt, daß sich die Amerikaner eine Kombination von handelbaren Emissionsrechten innerhalb der OECD-Länder und Joint Implementation mit Entwicklungsländern vorstellen. Auffällig ist, daß keiner der Staaten, die ein System handelbarer Emissionsrechte fordern, bisher Reduktionszahlen und Zeiträume für ein Reduktionsprotokoll, wie es in Kioto verabschiedet werden soll, vorgelegt hat.

Diskussionsstand innerhalb der deutschen und internationalen NRO

Der Einsatz handelbarer Emissionsrechte hat in der Diskussion der Umweltverbände bisher nur eine Nebenrolle gespielt. Die Diskussion konzentrierte sich jahrelang auf die Verschärfung des umweltpolitischen Ordnungsrechts und anschließend auf die ökologische Steuerreform. Sogenannten »unmittelbar mengensteuernden Instrumenten« wie Lizenzen und Zertifikate wurde ein hoher intellektueller Reiz aber eine geringe Realisierungschance zugebilligt. Inzwischen ist aber deutlich, daß sich auch umwelt- und entwicklungspolitische NRO eine Meinung zum Für und Wider handelbarer Emissionsrechte, bzw. zu notwendigen Kriterien für ihren Einsatz bilden müssen. Folgende Positionen zeichnen sich ab:

Innerhalb der AG Klima des Forums Umwelt & Entwicklung wird das Thema kontrovers diskutiert. Das Meinungsspektrum reicht von einer konditionierten Zustimmung zur Einbeziehung des Handels mit Emissionsrechten in ein internationales Klimaschutzabkommen bis zur Ablehnung aus politischen und moralischen Gründen. Politisch wird argumentiert, daß der Handel mit Emissionsrechten nur dazu diene, sich eigenen Verpflichtungen zu entziehen und die Klimaschutzlasten auf den Süden abzuwälzen. Außerdem wird argumentiert, daß die Debatte zum jetzigen Zeitpunkt dazu beitrage, die ohnehin schwierigen Verhandlungen um ein Kioto-Protokoll zu verkomplizieren. Das moralische Argument lautet sinngemäß, daß das Recht, die Umwelt zu verschmutzen, keine käufliche Ware sein darf.

In Europa wurde die Einführung handelbarer Emissionsrechte bisher vor allem durch den von der Nord-Süd-Initiative Germanwatch initiierten European Business Council for a Sustainable Energy Future (E5) unterstützt. Unterstützung erfährt der Vorschlag der US-Regierung von einigen US-Umweltorganisationen (z.B. Environmental Defense Fund). Innerhalb des US Climate Action Network wird aber ebenfalls kontrovers diskutiert, unter welchen Kriterien der Handel mit Emissionsrechten zulässig sein soll. Von einigen NRO aus dem Süden wird der Handel mit Emissionszertifikaten unter der Prämisse begrüßt, daß sich die Anfangsverteilung der Zertifikate an einer Pro-Kopf-Verteilung orientiert.

Mögliche Kriterien für den grenzüberschreitenden Handel mit Emissionsrechten

Bei der Frage nach der klimapolitischen und moralischen Sinnhaftigkeit eines internationalen Systems handelbarer Emissionsrechte kommt es meiner Meinung nach nicht so sehr auf das »Ob«, sondern auf das »Wie« an. Grundvoraussetzung der ganzen Diskussion muß die Erkenntnis sein, daß das internationale Klimaschutzregime mit der Vereinbarung anspruchsvoller Reduktionsziele für CO_2 und die anderen Treibhausgase steht und fällt. Der zweite Schritt -»handelbare Emissionsrechte« – darf nicht vor dem ersten Schritt – »anspruchsvolles Protokoll« – getan werden. Ein Abkommen zum Handel mit Emissionsrechten hat deswegen vergleichsweise niedrige Priorität und sollte nicht übers Knie gebrochen werden.

Im Folgenden werden einige Kriterien für die Einrichtung eines Systems zum Handel mit Emissionsrechten benannt, die meiner Meinung nach unbedingt einzuhalten sind.

1. Nur denjenigen Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention, die sich zu völkerrechtlich bindenden und quantifizierten Treibhausgas-Begrenzungs- und Reduktionszielen verpflichtet haben, sollte die Teilnahme an einem grenzüberschreitendem System des Handels mit Emissionsrechten gestattet werden. Außerhalb der Konvention verkündete unilaterale Begrenzungs- und Reduktionsziele von Vertragsstaaten dürfen keine Berücksichtigung finden. Damit soll verhindert werden, daß sich v.a. Länder der dritten Welt klimapolitisch anspruchslose Begrenzungsziele setzen (z.B. Begrenzung des CO_2-Anstiegs um »X« Prozent bis zum Jahre »Y«), nur um am Handel mit Emissionsrechten teilnehmen zu können.

Darüber hinaus sollte für alle Industrieländer gelten, daß sie sich nur dann an einem System des Handels mit Emissionsrechten beteiligen dürfen, sofern sie einem völkerrechtlich bindenden und quantifizierten Treibhausgas-Reduktionsziel für ihr eigenes Land zugestimmt haben. Die Umweltverbände sollten dabei die AOSIS-Forderung nach einer Reduktion der CO_2-Emissionen in den Industriestaaten um 20 Prozent bis 2005 auf der Basis von 1990 unterstützen.

Für Industrieländer sollte weiterhin vorgesehen werden, daß ein Mindestsatz an faktischen Reduktionen (z.B. 80 Prozent) im eigenen Land erbracht werden muß und nur der verbleibende Rest der Verpflichtung (z.B. 20 Prozent) in Form erworbener Emissionsrechte erbracht werden darf.

2. Die Zuteilung von Lizenzen und/oder Zertifikaten sollte nur auf Grundlage der im Rahmen der Konvention vereinbarten Reduktionsverpflichtungen erfolgen. Die Zuteilung muß für die einzelnen Treibhausgase (z.B. CO_2, Methan, Lachgas) getrennt erfolgen. Zertifikate dürfen nur für solche Treibhausgase vergeben werden, deren Emissions- und Asorptionsraten exakt quantifizierbar sind.

Die Zuteilung handelbarer Emissionsrechte soll regelmäßig überprüft werden. Diese Überprüfung soll sich an der Verschärfung der Reduktionspflichten, die sich aus der Fortschreibung der Konvention und ihrer Unterabkommen (z.B. des Kioto-Protokolls) ergeben, orientieren.

3. Rechtlich verantwortlich für die Einhaltung der vereinbarten Treibhausgas-Reduktionsziele bleiben in jedem Falle die Vertragsstaaten der Konvention. Der Vertragsstaat muß den Kauf oder Verkauf von Emissionsrechten zweifelsfrei nachweisen. Er ist auch dann für diesen Nachweis und für die Einhaltung des vereinbarten Reduktionsziels rechtlich verantwortlich, wenn die Transaktionen von Dritten (z.B. Privatunternehmen) durchgeführt wurden. Über den Handel mit Emissionsrechten ist regelmäßig als Teil der nationalen Klimaberichte an die Klimavertragsstaatenkonferenz zu berichten. An der Erstellung dieser Berichte sind umwelt- und entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen zu beteiligen.

4. Das sogenannte Borgen (borrowing) von Emissionsrechten aus der Zukunft (z.B. Überschreiten der sogenannten Emissionsrechte im Zeitraum 2000-2010 mit der Absicht, dafür im Zeitraum 2010-2020 weniger zu emittieren) muß untersagt werden. Das Borgen von Emissionsrechten, wie es von den USA vorgeschlagen wird, geht auf Kosten der politischen Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen und trägt dazu bei, das Klima länger als notwendig mit dem Ausstoß von Treibhausgasen zu belasten.

5. Sowohl die Einhaltung der völkerrechtlich vereinbarten Treibhausgasreduktionen als auch der Handel mit Emissionsrechten müssen durch eine von der Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention festzulegende internationale Einrichtung überwacht werden. Diese Einrichtung muß die Möglichkeit haben, bei Nichteinhaltung der vereinbarten Treibhausgasreduktionen und bei weiteren Verstößen gegen das Abkommen, das den Handel mit Emissionsrechten festlegt, Sanktionen auszusprechen. Die Überwachung der oben genannten Verpflichtungen muß offen und transparent gestaltet werden. Der Zugang von umwelt- und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen zu Emissionsdaten und anderen relevanten Informationen ist auf allen Ebenen zu garantieren.

6. Das Abkommen zum Handel mit Emissionsrechten und alle anderen damit im Zusammenhang stehenden Vereinbarungen dürfen nicht den Einsatz anderer national oder international wirksamer politischer Maßnahmen zum Klimaschutz verbieten oder beschränken. Dies gilt vor allem für den Einsatz ökologischer Steuern und ordnungsrechtliche Maßnahmen sowie Förderprogramme zur Erhöhung der Energieeffizienz und der Förderung erneuerbarer Energien.●

Aus: Forum Umwelt & Entwicklung, Rundbrief 3/97

Sascha Müller-Kraenner ist Direktor für internationale Angelegenheiten des DNR.

WOHNEN UND ARBEITEN UNTER EINEM DACH

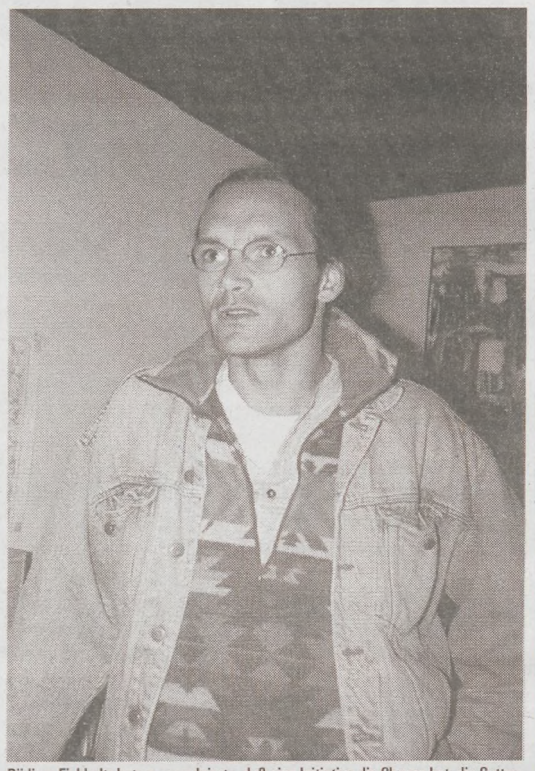
Wird die Sottrumer Molkerei ein Initiativprojekt?

Wenn es nach Rüdiger Eichholtz geht: Ja. Am 12. November beschloß die Versammlung der Bauern, denen das Molkereigebäude gehört: Die Molkerei wird vermietet. Für die Leute, die dann dort wohnen, besteht die Möglichkeit, daraus ein Wohn- und Lebensprojekt oder etwas entsprechendes zu machen. Ende November war bereits ein erstes Treffen von Interessierten, die zusammen mit denen, die jetzt noch hinzukommen, eine entsprechende Initiativgruppe bilden wollen.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● »Hauptsache, die Molkerei wird kein Spekulationsobjekt. Das ist mein Interesse,« meint Rüdiger Eichholtz. Jan-Uwe Klee, Geschäftsführer der Bäuerlichen Gemeinschaftsmolkerei Sottrum, hat an ihn die Aufgabe delegiert, die Räume zu vermieten. Jetzt liegt es an der Initiativgruppe, ob es ihr gelingt, ein Nutzungskonzept und die Finanzierung auf die Beine zu stellen und die Molkerei zu kaufen. Dann hieße es nicht: Verkaufen, abreißen und in drei Baugrundstücke zerlegen, und es gäbe ein weiteres selbstverwaltetes Projekt zwischen Bremen und Rotenburg/Wümme.

Gutes Feedback

»Ich hätte ein blödes Gefühl, wenn das passiert. Ein Gebäude mit Geschichte im Ortskern eines Dorfes finde ich wichtig und schön. Es ist mein Ding, daß ein Verein die Chance hat, es zu kaufen. Das habe ich angeleiert und dabei soviel Feedback erhalten, daß ich das Gefühl habe: So



Rüdiger Eichholtz hat es »angeleiert«, daß eine Initiative die Chance hat, die Sottrumer Molkerei zu kaufen. Foto: Elke Paul

könnte es laufen. Ich fände es spannend, wenn so auch jenseits der Autobahn ein kulturelles Zentrum entsteht und nicht nur in Ottersberg viel los ist.«

Ab 1.12. kann eingezogen werden. Es sind noch Räume frei. Eine Initiative mit der Idee gemeinschaftlichen Wohnens oder einer entsprechenden Projektidee, die sich aus den aktuellen Bewohnern ergibt, hat große Chancen, die Molkerei zu kaufen. Leute, die an einem solchen Projekt Interesse haben, bevorzugt er natürlich bei der Raumvermittlung.

Was ist noch frei?

»Das Gelände und die Idee sind gut. Ich selbst will da nicht mit rein,« erklärt Herr Eichholtz. Interessenten sind da. Offen sind noch Zimmer in der ersten Etage und im Dachgeschoß, der Keller und die Produktionshallen. Bei letzteren denkt der Initiator an Ateliers, ein Photolabor, Proberäume für Musiker ... Hinten auf dem 3.000 qm-Grundstück liegt ein Grünstreifen. Wenn man einen Teil des Pflasters hochnimmt, könnte daraus ein netter Garten werden. Der Turm, immerhin höchster Punkt von Sottrum, ist nicht mehr frei. Hier wohnen bereits die Dohlen.

Finanzierungshilfe vom Ottersberger Bahnhof?

»Es gibt eine Initiativgruppe und viele, die schnuppern wollen,« erklärt der junge Mann. Durch die Mieteinnahmen sei bei einem Kauf die Finanzierung des Abtrags gut möglich. Die Interessenten seien keine Studenten der FH in Ottersberg sondern in erste Linie Leute, die mit der Ausbildung fertig sind und auch ehemalige Studenten. Das Konzept soll von den Leuten kommen, die da wohnen. »Mir schwebt vor, daß das Land niemand gehört und der Boden freigekauft wird und per Satzung unverkäuflich ist. Das werde ich ansprechen,« erläutert Rüdiger Eichholz eine Idee, die auch beim Ottersberger Bahnhof e.V. verwirklicht ist. Von hier könnte auch durch eine Bürgschaft dieses inzwischen konsolidierten Studentenwohnprojektes eine wesentliche Finanzierungshilfe kommen. So würden ideell zwei Landkreise miteinander verknüpft, denkt der Initiator, was nicht heißen müßte, daß die Molkerei ein »Bahnhofskind« sein muß und kein eigenständiger Verein, oder eine andere Rechtsform tragen kann.

Längerfristige Perspektive

»Wegen der zeitlichen Begrenzung, die Studenten hier sind, ist mit dem Wohnen oft ein Verwohnen verbunden,« meint Rüdiger Eichholtz. Ihm wäre es lieber, die Molkerei würde ein Wohn- und Arbeitsprojekt, aber: Entscheiden werden die Bewohner, wenn sie kaufen, in welche Richtung es gehe. Und Hauptsache, die Molkerei würde nicht zur Immobilie für Leute, die mit ihr spekulieren.

Auf dem ersten Treffen am 22.11.97 mit 15 Anwesenden zeigten sich hauptsächlich Neugierige und Künstler/innen, die an Atelierplätzen in der Produktionshalle interessiert waren. Für echte Projektträger wäre hier noch »Raum« zur Entfaltung. Wer Interesse an dem Projekt und einem Raum dort hat, ruft Rüdiger Eichholtz an: 0 42 64 – 96 60. Für die Planung ist die Gruppe noch an Material anderer Wohn- und Arbeitsprojekte interessiert. Kopien von Konzepten, Finanzierungsplänen, Selbstdarstellungen und Satzungen schicken etablierte Projekte bitte an: Elke Paul, Everinghausen 42, 27367 Sottrum, 04205-779952.●

KASSEL:

Der Wagenplatz K18 stellt sich vor

Die Geschichte des Wagenplatzes K18 beginnt Anfang 1989. Aus der Idee, den Folgen der gängigen Wohnungspolitik entgegenzuwirken (Stichworte: Wohnungsnot, erhöhte Mietpreise, soziale Entfremdung), starteten einige StudentInnen des Fachbereiches Sozialwesen an der Gesamthochschule Kassel (GHK) das interdisziplinäre Projekt »Schrottkunst/(Über-) Leben im Herzen der toten Stadt«.

Ziel des Projektes war, Bau- und Zirkuswagen zu Wohnraum umzubauen und darin im städtischen Raum zu leben. Die Möglichkeit, nach eigenen Ideen Leben und Lebensraum zu gestalten, bot die Freifläche neben der ehemaligen Henschel-Halle K18, da diese Fläche nicht reglementiert und funktionalisiert, also nutzungsoffen war.

Nachdem die Unileitung das Projekt für beendet erklärte und sich der Projektleiter davon distanzieren mußte, beschlossen die BewohnerInnen, das Projekt trotzdem fortzuführen. Anstelle des brachliegenden Geländes entstand so, Schritt für Schritt, ein selbstverwaltetes Wohnprojekt. Es bietet heute ca. 15 Menschen die Möglichkeit, den Platz nach eigenen Vorstellungen und Wünschen zu gestalten und eine eigene Struktur zur Organisation von Leben und ‚Alltag' zu verwirklichen.

Zwischen den Wagen wurden Wege und einige Kräuterbeete angelegt, Holzschuppen, ein Hochklo, eine Freiluftdusche und drei Hasen – und zwei Hühnerställe gebaut. Außerdem gibt es drei Küchenwagen und zwei Traktoren.

Die Beweggründe, in einem Wagen zu leben, sind individuell unterschiedlich, haben aber gemeinsame Aspekte:

- Die Wohnform ist offener als das Wohnen in Häusern.
- Die eigene Behausung selber zu bauen und dabei Innen- und Außenraum des persönlichen Lebensumfeldes eigenständig und eigenverantwortlich gestalten zu können.
- Das Grün zu erhalten und keine Flächen zu versiegeln.
- Nach Belieben die Positionen der Wagen auf dem Platz verändern zu können, d.h. mobil zu sein, und nicht zuletzt, z.B. bei Hochschul- oder Arbeitsplatzwechsel auf Wagenplätze anderer Städte (mittlerweile weit über 100) umsiedeln zu können.
- In einer größeren Gruppe zusammenzuleben, den ‚Alltag' gemeinsam zu organisieren und trotzdem eigene Rückzugsmöglichkeiten zu bewahren. Dabei werden Entscheidungen, die den Platz betreffen, basisdemokratisch im Konsens getroffen.
- Die Möglichkeit zu haben, verantwortlicher mit Ressourcen umzugehen, wie Auswahl der Materialien beim Ausbau des Wagens, sparsamer Umgang mit Wasser, Strom und Heizenergie.

Einst ‚Selbsthilfe' zur Lösung der Wohnungsnot, entwickelte sich das Projekt sehr schnell zu einer Lebensform mit großer kultureller Vielfalt und enormer Kreativität. Der Einengung, Kontrolle, Standardisierung und Reglementierung kann hier etwas entgegengesetzt werden. Jedoch, wer den Wagen mit einer Villa im Grünen vergleicht, übersieht dabei den enormen Arbeits- und Kraftaufwand, welchen das Wagenleben mit sich bringt, besonders im Winter. Obwohl die BewohnerInnen im Laufe der Jahre wechselten, hat das Projekt seine Kontinuität bewahrt und der Platz wurde so immer weiter angeregt und gestaltet.

Aber in gewisser Regelmäßigkeit verbreitet sich Unsicherheit unter den WagenplatzbewohnerInnen in Bezug auf ein Bleiberecht auf dem Gelände. Das hängt damit zusammen, daß die Hochschulverwaltung wiederholt Versuche unternommen hat, den Wagenplatz zu vertreiben; z.B. sollte der Halle K18 eine Kindertagesstätte angefügt werden, obwohl das Gelände nicht als Bauland ausgewiesen ist; so auch die Planung einer studentischen Liegewiese, deren Bedarf mehr als fragwürdig erschien, da auf dem Campusgelände andere Flächen zur Verfügung standen.

Dies läßt den Eindruck entstehen, daß nach Gründen gesucht wird, die Vertreibung des Wagenplatzes zu rechtfertigen.

Die Entwicklung

Auf der Ortsbeiratssitzung vom 9.1.97 stellte die Hochschule das Konzept einer Freiraumplanung vor. Der Wagenplatz kommt darin nicht mehr vor. Ein Teil von ihm soll einer Kompost-, Häcksel- und Materiallagerfläche weichen, der andere Teil wird für eine Forschungsfläche des Fachbereichs 12/13 (Architektur/ Stadt-/Landschaftsplanung) freigehalten, deren Nutzung und Notwendigkeit bzw. Bedarf noch völlig ungewiß ist.

Wir, die BewohnerInnen des Wagenplatzes, glauben, daß unsere Wohnform eine Bereicherung für die Nordstadt und die GhK darstellt:

Der Platz ist im Viertel integriert, es bestehen Kontakte zu unseren Nachbarn. Er bietet Gelegenheit und Chance für Kontakte und Austausch, die Infowand erfreut sich großer Beliebtheit. SpaziergängerInnen und BesucherInnen suchen oft und gerne das Gespräch mit den PlatzbewohnerInnen (Manchmal ist es uns sogar zu oft...).

Die Fläche ist auch nachts belebt und wird nach Einbruch der Dunkelheit nicht zu einem toten Winkel. Sie bietet Ausgleich und Kontrast zu den geraden, geplanten Strukturen der Stadt. Der Wagenplatz macht GhK und Nordstadt bunter und lebendiger. Der Nordstadtpark ist KEIN Grund für die Vertreibung des Projektes Wagenplatz K 18: Die tatsächliche Parknutzung soll auf der südlich angrenzenden Fläche stattfinden, der Standort des Wagenplatzes hingegen soll als gärtnerische Lagerfläche für Kompost, Pflastersteine und Häckselschnitt (die schließlich überall entstehen könnte) benutzt werden.

Am 20.10.97 lief nun ein Ultimatum seitens der Universität aus und Bauarbeiten auf dem Grundstück begannen. Außerdem wurde ein Bauzaun um den Platz aufgestellt der ihn von der Außenwelt abschneidet. Die Bedrohung einer polizeilichen Räumung ist akut! Trotzdem halten die Bewohner aus und versuchen durch Aktionen und Gespräche mit der Stadt Kassel und anderen Stellen einen Kompromiß zu finden.

Nur eine größere Sensibilisierung und Information der Öffentlichkeit kann diesen und zwei weitere Plätze in Kassel, vor der Zerstörung retten !●

Kontakt: der Wagenplatz ist telefonisch noch zu erreichen unter : (05 61) 804-2038, sonst email an Marko Pohl, mpohl@gus.de
http://www.dock4.de/wagenplatz

Aus ASTA der GHK Zeitung Nr. 22

K18: RÄUMUNG AM 27.11.1997 !

Nach Redaktionsschluß wurden wir von der Nachricht über die Räumung von K18 überrascht. Nachfolgend dokumentieren wir die Pressemitteilung: »Die polizeiliche Räumung des Wagenplatzes K18 am 27.11.97 erfolgte auf Veranlassung der Gesamthochschule Kassel (GhK). Dadurch hat die Hochschulverwaltung den Rechtsweg verlassen und die erst vier Tage zuvor erneuerten Angebote der BewohnerInnen, die diese in einem Offenen Brief formulierten, übergangen. Die GhK ist weder auf das Angebot einer Integration des Platzes auf dem Gelände eingegangen, noch hat sie sich für eine Fortführung des Projektes auf anderen hochschuleigenen oder städtischen Plätzen eingesetzt. Die Hochschule hat weder Rücksicht auf die Verhandlungsangebote der BewohnerInnen, noch auf deren Vertragskonzepte oder Alternativplanungen genommen.

Mit der Räumung hat sich der Präsident Hans Brinckmann über die Beschlüsse der studentischen Selbstverwaltung (AStA, StuPa, Vollversammlung, Fachbereiche) hinweggesetzt. Die Räumung war eine politische Entscheidung, Brinckmann hat dadurch wiederum Tatsachen geschaffen. Heute, am 28.11., sollte ein Gespräch über die Zukunft des Platzes zustande kommen. Brinckmann hat die BewohnerInnen durch die Räumung vor dem Termin getäuscht. Vorher lehnte er alle Vermittlungsangebote Außenstehender ab.

Die Räumung wurde entgegen einigen Zeitungsberichten mit unvorstellbarer Härte durchgeführt. Bei der Auflösung der Sitzblockaden vor dem Haupttor des Geländes zeigten weder die Polizei noch die Hochschulleitung die Bereitschaft, auf Deeskalationsangebote einzugehen. Am Morgen der Räumung hat die Hochschulleitung den Vorschlag der BewohnerInnen abgelehnt, die Wagen selbst vom Platz zu ziehen, um unter anderem auch die Kosten gering zu halten. Dietmar Schröder, der stellvertretende Kanzler und für die Durchführung der Maßnahme Verantwortliche und Brinckmann waren während der Räumung nicht zu sprechen.

Die bisherige Bilanz der polizeilichen Maßnahmen sind 17 Festnahmen, durch Schlagstockeinsatz und Pferde verursachte Knochenbrüche, Kopfverletzungen, Prellungen etc. Etliche Berichte von Betroffenen liegen dem Ermittlungsausschuß im AStA der GhK vor. Hinzu kommen zahlreiche Schikanierungen und frauenfeindliche Anspielungen durch die Einsatzkräfte. Der Einsatzleiter war bei allen Schlagstockeinsätzen der Sondereinsatzkommandos abwesend, so daß seitens der DemonstrantInnen keine Einflußmöglichkeit bestand.

Der Liegenschaftsbeauftragte der GhK, Guth, erklärte während der Räumung des Platzes, die Wagen würden auf ein Speditionsgelände verbracht; die BewohnerInnen hätten dort Zugang zu ihrer persönlichen Habe. Die Wagen könnten gegen Vorlage des Personalausweises ausgelöst werden. Auch in diesem Fall hat die GhK die BewohnerInnen getäuscht: Die Wagen sind am Morgen des 28.11. auf ein anderes Gelände verbracht worden, die BewohnerInnen haben keinen Zugang.

Die Hochschule hat keinerlei Recht, den BewohnerInnen ihren Besitz vorzuenthalten. Es existiert keine richterliche Verfügung und kein polizeilicher Erlaß, der die Beschlagnahme der Wagen zum Inhalt hat.

Die GhK hat 15 BewohnerInnen des Wagenplatzes obdachlos gemacht. Alle schlafen bei FreundInnen oder Bekannten. Bei den Wagen handelt es sich um Wohnraum, der den BesitzerInnen vorenthalten wird.

Durch die Räumung hat die Hochschule, insbesondere Präsident Brinckmann und Regierungsdirektor Schröder ihre Macht mißbraucht. Die BewohnerInnen protestieren gegen diese Form der Konfliktlösung und fordern die GhK öffentlich auf,

- die Strafanzeigen gegen die Bewohnerinnen wegen Hausfriedensbruch zurückzunehmen;
- die Bauwagen herauszugeben;
- die Räumungskosten nicht auf die BewohnerInnen abzuwälzen, nicht zuletzt da diese am Morgen der Räumung den freiwilligen, selbst durchgeführten Abzug anboten;
- auf Schadensersatzforderungen wegen Behinderung der Bauarbeiten zu verzichten, da die GhK die Konfrontation durch den Beginn der Arbeiten ohne vorherige Lösung selbst verursachte;
- den BewohnerInnen den Zugang zum Gelände an der K18 zu ermöglichen, um ihre verbliebene Habe herauszuholen.

Der Wagenplatz K18 unterstützt die Forderung verschiedener Hochschulgremien, die den Rücktritt Brinckmanns und Schröders fordern.

Durch die Räumung ist nun auch die Stadt Kassel gefragt, an einer Lösung der Situation mitzuarbeiten. Der Magistrat und der OB zogen sich zunächst darauf zurück, die Angelegenheit sei privater Natur und die Stadt hätte nichts damit zu tun. Nun sind 15 Menschen obdachlos und die Zukunft des Wohnprojekts ist nicht gesichert. Die BewohnerInnen dringen darauf, daß die GhK sich durch die Räumung nicht ihrer Verantwortung entledigt und zusammen mit der Stadt nach Lösungen sucht, das Projekt fortzuführen.●

MOTORRADROMANTIK, GEMEINSCHAFT UND VIEL TRADITION

Wampe beinhart?

Jedes Jahr im September wird das niedersächsische Holzminden Schauplatz einer seltsamen Zusammenkunft: Hunderte Mitglieder und Sympathisanten des linken Motorradklubs »Kuhle Wampe« steuern ihre schweren Maschinen aus allen Teilen der Republik in die Kleinstadt an der Weser, um dort für ein Wochenende ihre Zelte aufzuschlagen. Im »Sommertreffen« der Biker feiert man das Motorrad und sich selbst und zieht Bilanz eines Jahres politischer Aktionen.

Foto: Michael Koch

Von Michael G. L. Koch (junge Welt) ● Seit rund zwanzig Jahren repräsentiert die Kuhle Wampe (= leerer Bauch – nach dem gleichnamigen Brecht-Film) einen kleinen Zweig der außerparteilichen Linken, für den sich besonders antifaschistische Politik nie allein in Gesellschaftsanalysen und öffentlichen Appellen erschöpft hat. Kraft der lederbewehrten Faust war es die Kuhle Wampe, die immer wieder half, Aufmärsche rechtsradikaler Gruppierungen zu sprengen und Asylberwerberheime vor der braunen Gewalt zu schützten.

»Hier die Straße noch ein stückweit und an der Kreuzung links«, weist der ältere Mann den Weg Richtung Holzminden und wedelt mit seinem Regenschirm. Eine trübe Suppe hängt am Himmel. Der kühle Samstagnachmittag läßt ein für Motorrad- und Campingspaß wenig einladendes Wochenende erwarten.

Das muß auch der Berichterstatter einsehen: Nach drei Stunden hat er nasse Füße, wünscht seine Ausrüstung zum Teufel und sich und sein Motorrad nach Hause. Aber er hält durch. Schließlich gelten die Mitglieder der Kuhlen Wampe (Wampen genannt) als absolut wetterfeste OutdoorSpezialisten.

An der Zufahrt zum Festgelände herrscht Betrieb: Beladene Maschinen treffen ein, single oder im Korso – kleine Gruppen verlassen das Gelände für kurze Ausflüge ins Weserbergland. Ein mit Plastikplanen bespannter LKW-Anhänger sichert die Zufahrt. Wer hier vorbei will, muß für Maschine, Zeltplatz oder beides eine Gebühr zahlen, Camper erhalten einen Plastikarmreif, der sie zum Betreten des Zeltplatzes berechtigt.

Foto: Michael Koch

Auf dem Parkplatz stehen Hunderte Maschinen, meist größere Tourer und Enduros; einige Chopper. Schwarzer Lack dominiert – die Wampe steht für Tradition. Japanische Sportmodelle (wegen der bunten Plastikverkleidungen oft als Joghurtbecher oder Tupperware geschmäht) sind selten zu sehen.

Die Besucherzahl, rund 700, stagniert seit Jahren. 1997 scheint keine Ausnahme zu sein, auch wenn nun schon der zehnte Jahrestag des Treffens in Holzminden gefeiert wird. Die 33jährige Kerstin Reumke, die mit zwei Kolleginnen auch das Amt der Verbandsprecherin bekleidet, weiß von besseren Wampe-Zeiten zu berichten. Wahrscheinlich wäre sie gern dabei gewesen, als die Wampe noch aus SDAJ-Aktivisten (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) bestand, bis zu zweitausend Motorradfahrer zum Nürburgring lockte und alles – wie sie ein wenig neidisch einräumt – »radikaler war«.

Ursache des nachlassenden Interesses? Am aktuellen Sommertreffen-Motto kann es nicht liegen: »Schluß mit Atommüll-Transporten« fordert die Wampe plakativ. Jeder wird dem zustimmen, oder sind genau diese catch-all-slogans das Problem? Einen belebenden politischen Streit innerhalb der Wampe katalysieren sie jedenfalls nicht. Mag die Wampe sich auch als überparteilich verstehen – als politische Plattform für die Werbung neuer Mitglieder dürften diese Parolen ebenfalls schwer taugen.

Aber auch der Motorrad-Boom seit Beginn der 90er Jahre geht an der Wampe vorbei. Motorräder sind beliebt wie lange nicht mehr. Jährlich werden mehr als 200.000 Exemplare zugelassen. Besonders PS-starke Sportmaschinen und aufgebrezelte Chopper werden gekauft. High-Tech und Chromglanz polieren perfekt das Image des Besitzers, das an Sommer-Wochenenden glänzend vermarktet wird.

Motorrad als Lifestyle

Die jüngste Geschichte der Harley Davidson macht das deutlich: Bis in die 80er Jahre kämpfte die Marke aus Milwaukee ums Überleben. Ihr Machismo-Image war nicht sehr gefragt, und die technisch veralteten Maschinen schnitten gegenüber der japanischen Konkurrenz schlecht ab. Lediglich Rocker, Bastler und USA-Enthusiasten hielten den unpraktischen und teuren Motorrädern die Treue. Technisch hat sich seitdem nicht viel getan, aber plötzlich wuchs in Amerika die Nachfrage an der Harley-Legende als Edelprodukt der Reichen und Erfolgreichen. Von Krise kann seitdem bei HD keine Rede mehr sein: Sogenannte rubbys (rich urban bikers) aus der Babyboom-Generation der 60er Jahre füllen die Auftragsbücher. Der Trend schwappte natürlich nach Europa. Auch in Deutschland dürften mittlerweile die meisten Harleys in den Garagen der »Leistungsträger« stehen – bei Prominenten und bei vermögenden älteren Herren.

Das Credo der Wampe

Junge Anwälte, Makler und Kaufleute machen es ihnen nach: Nach einem ekligen Karrieretag braucht der angepaßte Mittdreißiger Abenteuer und Rebellion. Natürlich nicht wirklich. Er braucht nur das Feeling von Abenteuer und Rebellion, er kopiert die Rolle des easy riders, des Underdogs, der er nicht ist und nie sein will, aber dessen protomaskuline Attraktivität er gerne hätte und mitnehmen will. Er covert den harten Verlierer, der auf alle Konventionen scheißt und als Highway-Held in den Sonnenuntergang reitet. Die Harley unterm Freizeit-Hintern ist nicht mal mehr Symbol für den Wunsch nach Abenteuer und Aufbegehren. Nein, Harleyfahren in den Neunzigern ist gerade noch der Spaß am Nachspielen einer naiven Vorstellung von Männlichkeit – das in Eitelkeit gerahmte Zitat der Rebellen-Pose, das den Mythos Motorrad ins Operettenhafte überführt.

Was für das Harleyfahren gilt, gilt mehr und mehr fürs Motorradfahren schlechthin. Individual-Sport und Image-Pflege hat mit dem Wampe-Credo von Gemeinschaft, von Solidarität, nichts gemein. Gerade jene Solidarität, die Hanns Eisler für den Brecht-Film »Kuhle Wampe« in einem Song vertonte, der später um die Welt gehen sollte, ist das Herzstück der Utopie, die, so Kerstin Reumke, »die Wampe zu leben versucht«. Motorradfahren ist der Kitt, der die Gemeinschaft zusammenhält, »die ihre Freizeit sinnvoll verbringen will«. Mit Fahren und Feiern, mit Urlaub und politischer Bildung. Und selbstverständlich auch mit politische Aktionen.

Traditionell widmet sich die Wampe der Umwelt- und Verkehrsproblematik. Als einziger Motorradverband tritt sie beispielsweise immer noch für Tempolimits ein. 80 auf Landstraßen und 100 auf Autobahnen: das reicht und ist fester Beschluß.

Einen besonderen Stellenwert besitzt jedoch der Antifaschismus. Gerade hier liegen bislang die Erfolge. Dem Verband geht es um die Schaffung eines breiten Bündnisses gegen Rechts. Eine Antifa-AG unterstützt finanziell und organisatorisch die Aktionen der regionalen Clubs und stellt Kontakte zu anderen antifaschistischen Gruppen her. Ob ein Asylberwerberheim bewacht oder gegen ein rechtsradikales Zentrum, wie die Wurzener Baracke, demonstriert werden soll - wenn es sein muß, können in kurzer Zeit Wampen zusammengetrommelt werden. Leider bleiben viele Aktionen der Öffentlichkeit verborgen, wie beispielsweise 1996 das schnelle Ermitteln und Eingreifen Nürnberger und Bamberger Wampen gegen eine als »Schwedische Volkstänze« getarnte Naziveranstaltung im Fränkischen.

Ist vielleicht die Betonung antifaschistischer Politik eine zu eindimensionale Wahrnehmung der politischen Agenda? Was sind die politischen und gesellschaftlichen Ziele der KW? »Grundlegende Ziele gibt es keine«, gibt Kerstin Reumke zu, und verbessert sich: »keine mehr«. Große Politik ist Sache der Parteien, die Wampe darf froh sein, wenn sich Leute für Aktionen finden. Und was die Leute politisch denken? Sicher würde niemand, was sie mit Bestimmtheit sagen könne, »CDU wählen, aber ansonsten ...?« In Kerstins Stimme mischt sich Resignation. Sie hofft auf bessere Zeiten.

Auch viele Teilnehmer des Sommertreffens blicken nicht gerade optimistisch in die Zukunft. Martin und Volker, zwei KW-Symphatisanten aus dem Ruhrgebiet, genügen Aktionen und die Kaprizierung auf Antifaschismus nicht. »Antifaschistische Arbeit ist wichtig, klar«, findet Martin, »aber das reicht nicht«. Man müsse das Übel bei den Wurzeln packen. »Die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Wirtschaft, der Kapitalismus, erzeugen doch die rechtsradikale Gewalt«, verkürzt Volker die Analyse: »Nicht die Symptome sollte man bekämpfen, sondern die Ursache!« Nur – wie?

Fest steht: Mehr Leute braucht auch die Wampe. Ihre Zahl ist auf etwa 500-600 in 50 regionalen Clubs zusammengeschmolzen. Es fehlt an Nachwuchs. Zwar hat die deutsche Einheit einige jüngere Leute aus dem Osten in die Wampe geführt (ein paar sollen sich damit sogar aus rechten Milieus gelöst haben). Der Altersdurchschnitt dürfte dennoch deutlich über dreißig liegen. Clubs und Gesamtverband bemühen sich, in Broschüren um Mitglieder zu werben. Kerstin Reumke ist der Ansicht, daß sich in den Clubs etwas ändern müsse, denn Neue hätten es dort manchmal nicht leicht. Gemeinschaft kann eben auch zur »Geschlossenen Gesellschaft« führen – ein bekanntes gruppensoziologisches Phänomen innerhalb der Linken.

Vielleicht muß die Kuhle Wampe ihre politische Kultur pflegen. Ihre Party-Kultur sicher nicht. Denn die strahlt – trotz selbstkritischer Töne – in der Tat im Glanz der Solidarität. Kleiner Konzertsaal, Kaffeehaus, Grillbuden, Materiallager, der große Festbau – alles ist in Zeltbauweise vorhanden und größtenteils in Eigenarbeit errichtet. Das WC nicht. Es hat Räder (klassischer Klowagen). An einer Exchange-Bude tauscht man seine DM 1:1 in die Rubbel genannte Ersatzwährung ein, mit der überall auf dem Festgelände bezahlt werden muß: Gewechselt wird in politisch korrekte Noten der »Banco de Kuhle Wampe« – grüne Zweirubbelscheine mit dem Porträt der burmesischen Oppositionellen Aung San Suu Kyi und orangefarbene für nullfünfzig (vereint: Arafat & Rabin).

Die Stimmung ist trotz Regenschauer und Kälte ausgezeichnet. Für manche Wampe steht das Sommertreffen im Zeichen von Fahrkunst und Geschicklichkeit, die auf einem Trail-Fahrzeug (ein ultraleichtes Geländemotorrad) vorgetragen wird. Besonders gelungene Manöver erhalten Applaus. Wem das zu gewagt erscheint, testet sich auf einem Trainingsparcours in der Beherrschung der eigenen Maschine. Andere hören lieber einer der Indie-Bands im kleinen Konzertzelt zu oder spielen gleich nebenan Fußball.

Das Gesetz der Wampe

Hier und da sitzen Wampen vor ihren Zelten im Kreis. Einige tragen Kutten (mit Stickern benähte Stoffwesten). Die meisten haben sich ins Kaffee- oder Festzelt zurückgezogen. Man redet Benzin, also übers Motorrad. Fremde sind willkommen und werden (überraschend) schnell integriert. Herkunft und Bildung spielen keine Rolle. Jeder sieht in Leder gleich aus und hält sich an das ungeschriebene Gesetz der Wampe: Geld, Beruf, Karriere – das ist hier bedeutungslos, darüber spricht man nicht.

Wer glaubt, beim Wampe-Treffen echte Rocker-Atmosphäre atmen zu können, sieht sich getäuscht. Manche Wampe hat Kinder dabei (eigener Hort auf dem Gelände), und der große Anteil von Frauen unter den Wampen ist augenfällig. Den männlichen Mythos Motorrad sollte frau jedoch nicht unterschätzen: Möglich, daß der Motorradmann in der Wampe vom wild boy zum good guy mutiert, zu einem modernen Prinz Eisenherz mit metallenem Schlachtroß, der mutig die braune Meute in die Schranken weist – das Lagerfeuer seine Tafelrunde, die Kutte sein Wappentuch. Männerphantasie ist auch das allemal.

Der Samstagabend ist jedes Jahr Höhepunkt des Sommertreffens. Politik gibt's nicht mehr, dafür Programm. Die Festzeltbesucher tragen Leder und schwere Stiefel, belagern Bierbuden und Whisky-Stand. Es wird geredet, gesungen, getanzt – anders als im vergangenen Jahr mal nicht auf dem Tisch und ohne Würfe mit Biertabletts. Eine Ska-Truppe gibt den Takt dazu.

Gegen halb zwei steuert man auf die Klimax der Nacht zu. Die Battlefield-Band geigt und klampft scottish folk und dudelt, was der Sack her gibt, bis die Zeltmasten wakkeln. Die Stimmung ist ein wenig roh, dennoch freundschaftlich, ja herzlich und friedlicher als in jedem Techno-Laden. Der einzig besoffene Krakeeler ist dann auch ein Holzmindener Bürger in Windjacke, der was »von wegen Steuern« brüllt. Das Bier fließt, die rauhe Luft riecht, und die Musik vom Band spielt in den frühen Morgen, bis sich auch die letzten Wampen in ihre Zelte trollen. Einzig die Organisatoren und Helfer der Sommertreffen-AG werden nicht viel Schlaf finden.

Proletarier-Abendschule?

Im Frühstückszelt riecht es nach frischgebrühtem Kaffee und Aufbruch. Morgenmurmeln hängt über den Holztischen. Eine Reihe Ledergestalten schiebt sich am Buffet vorbei, das selbst anspruchsvolle Pauschaltouristen begeistern würde, bedient sich mit Brot und Wurst und schaufelt Müsli und Obststücke auf die mitgebrachten Teller. Ein knurrender Magen und eine viertel Tonne rasender Stahl vertragen sich nunmal nicht gut.

Das Frühstück kostet fünf Rubbel, die in ein Plastikeimerchen auf der Buffet-Theke geworfen werden. Niemand kontrolliert das richtig – aber auch niemand käme auf die Idee, die Zeche zu prellen. Manche Wampen werfen auch gleich eine ganze Handvoll der bunten Scheine in den Eimer. Zurücktauschen wollen sie die Rubbel nicht mehr und spenden den Rest der Organisation des Sommertreffens.

In der Zeltstadt klaffen bereits große Lücken. Geschirr wird klappernd gereinigt, Leute sammeln leere Dosen und Plastikbecher in Mülltüten ein. Schlafsäcke werden gelüftet. Reisefertige Biker verabschieden sich voneinander und rauchen eine letzte Zigarette. Ein paar Kinder tollen herum. Irgendwo leiert ein Recorder Rockmusik. Das Festzelt wird abgebaut.

Foto: Michael Koch

Auch der Berichterstatter hat aufgesattelt. Er blickt zurück auf die Zelte. Was ist die Kuhle Wampe? Eine Reprise proletarischer Feierabendbildung der 20er Jahre – mit Brecht und Eisler vorwärts in die Vergangenheit? Ein einfacher Mix aus Motorradliebhaberei, Reiselust und politischer Aufklärung? Mobiles Einsatzkommando gegen Neonazis? Oder einfach nur politisch gefärbter Party-Underground für alte Rockfans?

Das Motorrad als Vehikel politischen Protestes mag viele linke Intellektuelle abstoßen; es befördert eine Gesellschaftsanalyse nicht, es ändert nicht die Verhältnisse, sondern stinkt nur gegen sie an. Doch warum die Wampe hart in die Kritik nehmen? Ihre libert' -egalit' -fraternit' -Philosophie ist in der Tat keine Pose. Und fähig zur Selbstkritik ist sie allemal. Und: An Seminar-Sozialisten hat's ebenso genug, wie an linken Einzelgängern.●

http://ourworld.compuserve.com/homepages/kuhle_wampe

Aus: junge Welt, Mittwoch, 24. September 1997

KLAUS DER GEIGER ON TOUR

»Ich brauche die Straße«

Er spielt unplugged – immer – er kann nicht anders, daran hat er sich in zig Jahren auf Deutschlands Straßen gewöhnt. Man denkt vielleicht, das wärn die Verlierertypen, die Penner und Freaks, und E-Musik wär doch was anderes – stimmt! Wenn Klaus Mozarts Kleine Nachtmusik anfängt, geht das immer irgendwie daneben. Und er singt auch immer von Sachen, die daneben gehen, für Leute, denen vieles daneben geht. Sein Markenzeichen ist sein Brüllgesang und wie er mit einem besonders gut abgefederten Bogen auf seiner Geige rumschlägt statt sie zu streicheln.

Herrmann Cropp, Red. Osnabrück ● Überall wo was los ist, macht auch Klaus was los, z.B. am 1. Mai in Ahaus (Fete »Kein Atommüll in Ahaus«) oder bei X hoch drei in Gorleben. Dort ist er auch mit dem Kaspertheater vom Kastorkrokodil aufgetreten, das in Kürze im Wendlandtagebuch vom Packpapierverlag dokumentiert wird. Klaus ist überall in Deutschland unterwegs, teils auf der Straße, teils abends in kleinen Klubs. Wenn du eine schrille Geige und jemand dazu brüllen hörst – nichts wie hin! das ist er.

Die Straße ist der politischste Ort der Gesellschaft. Deshalb haben die Ordnungsämter ein waches Auge darauf. Die Gesetzeshüter desgleichen.Wer die Musik verstaubter Jahrhunderte fiedelt, dürfte kaum Unruhe stiften, da bleiben sogar die Tanten im Lodenmantel stehen. Und Folklore bis Dylan inclusive, da hat man sich eh dran gewöhnt. Aber wer die ehrwürdige Geige unter der Last von Castören, Bauspekulanten und Umweltvergiftern zum Quietschen bringt, wer sich um einen Pulk aufmüpfiger ZuhörerInnen schart, die ihn nämlich verstehen, weil er deutsch singt und nicht drum rum redet, der riskiert regelmäßig Zusammenstöße mit der Polizei (Wache/Haft inclusive).

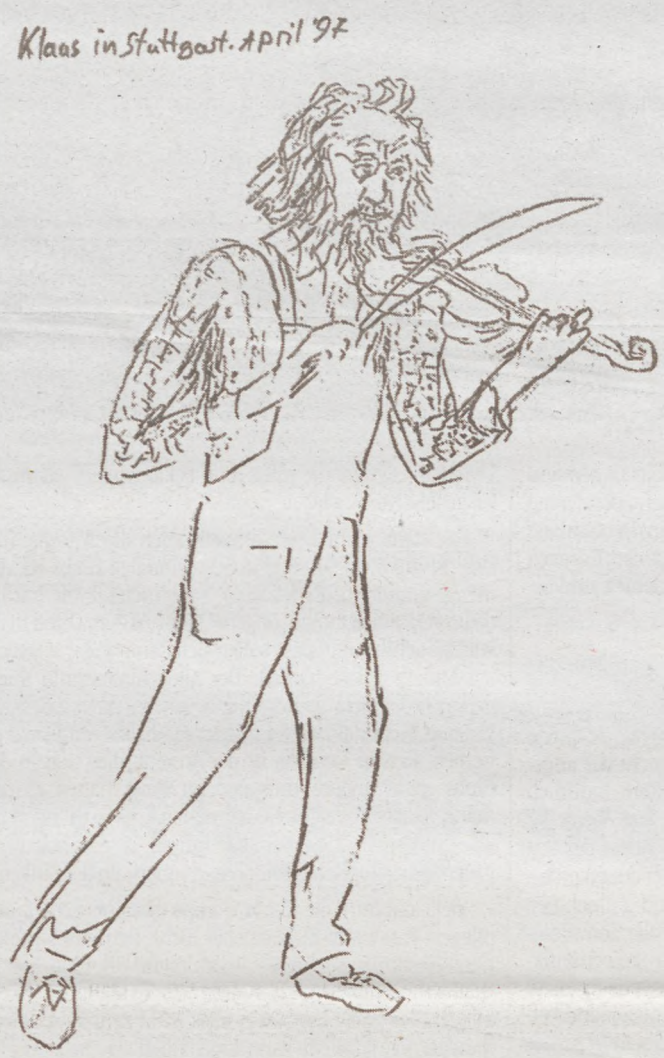
Lust auf Leben

Dies Jahr hatte ich mehrfach das Vergnügen bei verschiedenen Konzerten von Klaus bis runter nach Tübingen dabei zu sein, um meinen Büchertisch zu machen (Chaos und Anarchie).

Also, jedes Konzert ist anders. Klaus fällt immer was Neues ein, und das kann er wahrscheinlich gar nicht ändern, weil das einzige Programm sein abgewetzter Terminkalender ist. Und übrigens kommt es auch vor, daß ihm nichts einfällt, wenn nämlich das Publikum nicht mitgeht. »Die waren so cool,« meinte er einmal hinterher zu mir.

»Oder vielleicht verstehn sie dein abgemischtes Kölsch nicht so gut,« gab ich zu überlegen. Jedenfalls war die Resonanz bei jenem Konzert nicht so stark, aber darauf ist Klaus angewiesen. Manchmal unterbricht er sich zehnmal in einem Lied und spricht das Publikum an, erklärt dies und das und sucht Reaktionen. Und wenn es nur ein raunen ist, aber dann kann er wieder weitersingen.

Ein Publikum macht sich oft keine Vorstellung davon, wie einfach und wirksam die lebendigen Anzeichen seiner Anteilnahme sind. Künstler werden dann für Launisch und sonstwie mystische Wesen gehalten, und für die meisten ist das Künstlersein sicher auch ein Käfig, den sie noch mit einer geheimnisvollen Fama schmücken. Sowas verleitet zur Mystifizierung und letztlich zum Nichtverstehen von Kunst und Desinteresse. Tatsächlich lebt Kunst aber davon, daß sie verstanden wird, womit ich nicht nur ein rationales Verstehen



meine, das herzliche verstehen ist sogar wichtiger. Mystisches Getue und esoterische Allüren sind weder dem Verstand noch dem Herzen verständlich, außer daß sie einem autoritären Charakter imponieren. Obwohl, sogar ein intelligentes Publikum erwartet oft sowas.

Deshalb ist Klaus wichtigstes Anliegen den Draht zu den Leuten zu finden. Er erzählt Anekdoten, berichtet politische Ereignisse, zu denen er Lieder gemacht hat, er fragt, wer auch in Gorleben gewesen ist, erzählt von sich selbst – und wartet begierig auf ein Zeichen von Verständnis, auf Resonanz, darauf daß seine Sprache, seine Kunst, seine Message verstanden wird.

Das eine Mal, wo die Leute so cool waren, fiel ihm schon nach kurzer Zeit nichts mehr ein, er vergaß einfach den Text und brach mitten im Lied ab. Und obwohl er ein riesiges Repertoire hat, fiel ihm auch davon nichts mehr ein und, naja, dann mach ich Schluß, meint er. Aber durch Dauerklatschen am drohenden Ende provozierte man ihn doch noch zu seinen stärksten Stücken, beispielsweise Lust auf Leben und Anarchie, wo Oma Frieda auf dem Grab ihres Ehemannes Hanf anbaut. Oder von dem Typ, der »hechel, hechel« zur Arbeit jagt, und dem alles schief geht. – So war der Abend gerettet.

Das hab ich noch nie erlebt, daß ein Künstler so ein kommunikatives Verhältnis zu seinen Zuhörern aufbaut, außer vielleicht, wenn die Leute zu cool sind. Manchmal denke ich, das was er singt und spielt ist darum ein gemeinsames Werk von ihm und dem Publikum. Oder noch deutlicher wird diese Gemeinschaftlichkeit, wenn er mit anderen Musikern zusammen spielt. Da macht er nie die erste Geige sondern spielt so entgegenkommend und einfühlsam, daß die anderen Musiker sich angespornt fühlen noch und noch draufzulegen und ins gemeinsame Spiel integriert werden. Wahrscheinlich holt er aus den anderen Musikern noch mehr raus, als aus der eigenen Geige, oder er spielt so, daß die anderen auch sowas wie sein Instrument werden. Und im Idealfall wird auch das Publikum zu einem gemeinsamen Klangkörper. Sowas beruht weder auf Genie noch auf Charisma oder Zauberei – mit mystischen Begriffen versucht man bloß das zu erklären, was man nicht erklären kann – aber es ist doch klar, das ist seine Überzeugungskraft, Klaus überzeugt musikalisch!

Hotel statt Schlafsack

»Ich weiß wohl, daß viele Leute oder die Linken meine Texte für platt halten, und das wäre ja immer dasselbe«, meint Klaus. Wahrscheinlich erwartet er, daß ich da jetzt was zu sage. Ich hab ihn so oft und überall gesehen und gehört und finde vor allem, daß seine Musik sehr lebendig ist. Es ist wirklich so, je mehr ich ihn höre, desto lieber höre ich ihn und bin gespannt, wies das nächste Mal wird. Ich höre immer mehr heraus, die Sprache von Klaus wird mir zunehmend verständlicher, ich meine sein Anliegen. Und desto weniger plakativ eigentlich finde ich, was er singt.

»Ich find ja auch, daß ich nicht soviel in die Texte reinpacke«, setzt er den Gedanken fort, »aber wenn man auf der Straße singt, kann man sich nicht so kompliziert ausdrücken. Da kann man nur sagen, was die Leute sofort verstehen.«

»Du gehst in letzter Zeit wieder mehr auf die Straße?«

»Ja, weil ich das brauch. Nur da kann ich neue Lieder machen. Am Abend vorher schreib ich sie mir auf und probier sie gleich am nächsten Morgen aus. Und dann änder ich noch was, und dann ist das Lied fertig, und das tut mir richtig gut.«

Nach einem solchen Konzert sitzen wir noch bei Bier (er) und Fanta (ich) und lassen es Mitternacht werden. Wir sind scheints die letzten Gäste. Das Publikum hat sich vollständig verkrümelt. Die Veranstalter des Abends auch, sie müßten nach Haus, haben sie sich entschuldigt. Und ein Mädel drückt Klaus n' Zettel fürs Hotel und einen kostenlosen Stadtplan vom Verkehrsverein in die Hand.

»So ist das, da krieg ichn Ticket fürs Hotel, statt daß sie sagen, ich soll mir bei ihnen in der Wohnung meinen Schlafsack ausrollen. Das würd ich doch viel lieber machen, aber das verstehn sie nicht. Das muß einfach so, daß der Künstler am Schluß ins Hotel gesteckt wird.«

»Naja, vielleicht schämen sie sich ja auch irgendwie, dich bei sich zu Haus zu empfangen, in ihrem Chaos? Oder vielleicht im Gegenteil, daß sie ne piekfeine Wohnung haben, und jedenfalls ihre Lebensrealität nicht mehr mit ihren ursprünglichen Lebenswünschen übereinstimmt, die du aber noch für sie verkörperst. Kann ja sein, oder?« Menschlich ist diese Distanz mit Hotelunterbringung und so allerdings beunruhigend. Mir geht es in der Hinsicht besser, nachdem ich Klaus zum Hotel chauffiert habe, fahr ich nochn Stück Autobahn und penn dann im Auto. Anderntags darf ich bei einem Hoffest hinter Göttingen einen Büchertisch machen.

Was Klaus macht, ist Underground, und da kommt er nie von los, will er wohl auch nicht. In seiner Biografie, die letztes Jahr als ein hübsches Buch erschienen ist, sagt er irgendwo, daß ihm die Freiheit wichtiger ist als berufliche Sicherheit, Karriere usw., und wie ihm graut vor der Anpassung (wörtlich weiß ichs nicht, weil ich das Buch verliehen hab). Und an diesem Abend meint er: »Ich spiel ja auch mit normalen Musikern z.B. für Studioaufnahmen, weil die wissen meine Geige zu schätzen und holen mich dann. Aber menschlich ist das doch sehr komisch. Nach der Aufnahme sitzen wir noch an der Hotelbar und trinken was irre teures und sitzen bloß so rum und wissen uns nichts richtiges zu sagen. Das geht nicht so einfach und offen, wie wir jetzt hier reden.«

Geige vs. Bassdrum

Nun ja, auch ich finde mich in der etablierten Künstlerszene nicht zurecht und suche den authentischen Ausdruck lieber im Leben auf der Straße. Und wenn man dort nur plakativ verstanden wird, liegt das daran, daß allgemein die Sprache und Verständigung so ein Niveau hat. Die verfeinerten musikalischen Gerichte aus dem Studio haben den Glaubwürdigkeitstest auf der Straße noch nicht bestanden. Und mancher Tiefsinn aus dem stillen Kämmerchen könnte sich als seicht entpuppen. – Irgendwie kamen wir denn auch auf Drogen zu sprechen, zu denen ich ein ziemlich distanziertes Verhältnis habe.

»Vorm Konzert bin ich immer nüchtern, vor allem, wenn ich mit den Kollegen zusammen spiele. Die mögen das nicht, wenn ich bekifft bin. Die sagen, dann spiel ich so meinen eigenen Streifen und sie wissen nicht, wie sie mithalten sollen.«

»Unter Drogen kann man wahrscheinlich nie richtig Kunst machen, oder? Ja, das finde ich! Die durch Drogen verursachte Blockierung der Synapsen und die damit verbundene Zeitlupenwahrnehmung erzugt bloß eine Illusion von Erlebnistiefe.«

»Ich hab da meine besten Einfälle, wenn ich gekifft habe. Außer wenn ich die Sachen ausarbeite, dann bin ich nüchtern.«

Jedenfalls gut zu wissen, daß es verschiedene Ansichten gibt, und ich hoffe, es erwartet keiner mein letztes Wort in dieser Sache.

»Ach und sag mal, hast du nicht Lust bei einem Technoevent mitzuspielen? Ich kann mir das echt geil vorstellen, wenn du mit deiner Geige die Bässe aufreißt.«

»Hab ich schon mal gemacht. Erst waren wir allein im Vorprogramm, aber da hab ich schon gemerkt, daß die Kids gar nicht uns hören wollten, und da haben wir schnell wieder aufgehört. Aber dann hab ich hinter der Anlage gefragt, ob wir nicht was zusammen spielen sollen. Die haben mich gefragt, ob ich 150 BPM schaffe? Klar! hab ich gesagt, obwohl ich nicht wußte, was das ist, und dann gings los. Jetzt weiß ich, was das bedeutet, 150 Schläge pro Minute, so: bum – bum – bum – ist doch nicht schnell. Jedenfalls, und das ging echt gut, die hatten eine super Anlage und alle nötigen Vorrichtungen, und dann war ich genauso laut und hab es denen gezeigt, haha!«●

1998: SKATE-PARADE ?

Die oben abgebildete Postkarte erreichte CONTRASTE aus Amsterdam. Unser herumreisender Autor Herrmann Cropp (Kartenmitte auf Inline-Skates) schrieb uns:
Hallo CONTRASTE-LeserInnen!

Ich hab mal wieder ne geile Sache vor. Nächstes Jahr gibt es die »Skate-Parade« (dafür ist das Plakat auf meinem Rucksack) –eine Polit-Spaß-Demo on skates für / Motto: »foreward to nature«. Quer durch Deutschland solls gehen, eine Woche lng, und es wollen sogar schon einige mitlaufen.

Ich bin hier in Holland grad auf 145 km am Tag gekommen. Übt schon mal fleißig, wer mit will – Umsteigen nicht vergessen – vom Benzin auf acht hübsche kleine Räder!

UNTERNEHMENSGRÜN-JAHRESTAGUNG

Unternehmer fordern Ende der falschen Rhetorik der Globalisierung

»Nordrhein-Westfalen ist das Hinterland von Rotterdam – das ist für uns Globalisierung«, so NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement auf der Jahrestagung von UnternehmensGrün am 22. November '97 in Köln. Zum Thema »Märkte ohne Grenzen – Unternehmen ohne Verantwortung?« trafen sich 140 UnternehmerInnen um eine realistische Einschätzung der Globalisierung zu gewinnen und Perspektiven einer ökologisch und sozial verantwortlichen Unternehmensführung zu entwickeln.

Der 1992 gegründete Verband hat nunmehr 250 Mitgliedsunternehmen und schaltet sich immer wieder mit für Unternehmer unerwarteten Positionen in die politische Diskussion ein. Vorstandsmitglied Tarik Tell prangerte zu Beginn des Kongresses die Innovationsschwäche, Phantasielosigkeit und Lähmung von Politik und Wirtschaftsgrößen in Deutschland an. Die Unternehmen, die sich in Köln trafen, konfrontierten die Rhetorik der Globalisierung mit den Fakten.

Christine Ax von der Handwerkskammer Hamburg forderte die Politik und die großen Unternehmen auf, die anstehenden Hausaufgaben zu machen. Dem Wachstum um jeden Preis hält sie die Vision einer gesamtgesellschaftlichen Debatte darüber, wohin Wirtschaft und Gesellschaft wachsen wollen, entgegen.

Ihre Analysen zeigen, daß das Handwerk als Local Player in den letzten Jahren nicht nur Beschäftigungszuwächse aufzuweisen hat, sondern auch Ansätze entwikkelt wurden, sich den aktuellen Herausforderungen, wie Qualitätswettbewerb, Verdienstleistung der Produktion, Individualisierung der Produkte und der Ökologisierung als wirtschaftlichem Konzept zu stellen.

Arbeitslosigkeit und die unkontrollierbar gewordenen Kapitalmärkte sind für Wirtschaftsminister Clement die dringendsten Probleme, die das Land NRW durch Existenzgründungsoffensiven und die gezielte Förderung von neuen Kooperationsformen zwischen Unternehmen bekämpfen will. Clement fordert eine europäische Verständigung über soziale und ökologische Standards, die in der Diskussion über die Einführung des Euro bislang zu kurz gekommen ist.

Während Clement auf die nötige Qualifizierung der Arbeitnehmer abhob, fragte der Katholische Sozialethiker Friedhelm Hengsbach danach, ob die Unternehmen in Deutschland tatsächlich ihre Hausaufgaben gemacht haben, nämlich sich den Herausforderungen der postindustriellen Gesellschaft zu stellen, die in der zunehmenden Bedeutung der Dienstleistungen, der ökologischen Frage und feministischen Herausforderung bestehen. Er meint damit das Ende der traditionellen Männererwerbsarbeit und die damit verbundene größere Rolle der Frauenerwerbsarbeit. Hengsbach kritisiert die herrschende Wirtschaftspolitik, die immer mehr kleinere und mittlere Unternehmen an die Wand drückt. Letztes Beispiel ist für ihn das neue Ladenschlußgesetz, das die Großhandelsketten und Kaufhäuser gegenüber dem traditionellen, kleinen Handel bevorzugt.

James Onobiono, ökologischer Unternehmer aus Kamerun, zeigte sich überrascht, daß die Unternehmen und die Politik in Deutschland soviel Angst vor der Globalisierung haben. Die Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas müßten vor ihr mehr Angst haben, da sie bis jetzt auf der Verliererseite standen und nun aus ungleich schlechteren Startbedingungen einer globalen Konkurrenz ausgesetzt seien. Onobiono stellt der globalen Konkurrenz aller gegen aller konstruktive Ansätze einer internationalen Kooperation gegenüber.

Für Rolf Bach, Vorstand von UnternehmensGrün benutzt die Politik die Globalisierung als Entschuldigung für die eigene Handlungsunfähigkeit. Er vermißt Handlungsstrategien der Politik und schlägt einen intensiven Dialog zwischen Unternehmen und Politik vor, in dem Leitlinien für eine zukunftsfähige Gesellschaft erarbeitet werden, um die politische Gestaltungskraft der Politik wieder zu erlangen.

Joachim Ganse, Geschäftsführer des Gerling-Cert, Umweltgutachter GmbH, stellte als Mitsponsor des Kongresses die Ansätze von Gerling vor, globales Denken mit lokalem Handeln zu verbinden. Für Gerling als Drittversicherer für Wirtschaftspartner sind die Zukunftsfragen: Ressourceneinsparpotentiale, Mitarbeiterbeteiligung und eine Produktion im Einklang mit Mensch und Natur.

Die Aachener Stiftung Kathy Beys, weiterer Sponsor, stellte Bausteine für ein zukünftiges Wirtschaften, die im Raum Aachen entwickelt wurden vor. Integraler Bestandteil des Projektes sind die ökonomischen Akteure in der Region.

Udo E. Simonis vom Wissenschaftszentrum Berlin stellte der Unsicherheit über die inhaltliche Bedeutung des Begriffs Globalisierung die Mächtigkeit dieses Begriffs im Verteilungskampf innerhalb der deutschen Gesellschaft gegenüber. Obwohl Untersuchungen zeigen, daß 20% der Bevölkerung und damit auch der Kunden postmateriell eingestellt sind und aufgeschlossen für Ökologie und soziale Fragestellungen sind, und man von weiteren 30% Teilsensibilisierten ausgehen kann, kann ein grundsätzlicher Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft allein durch Technik nicht geschafft werden. Nötig sind sozio-ökonomische Innovationen, ein Wandel in den Einstellungen und Wertvorstellungen, die sich in praktischem Handeln niederschlagen.

Zentrale Themen von UnternehmensGrün im Wahljahr 1998 sind neue Finanzierungsmodelle für die sozialen Systeme durch die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe, die am nationalen und internationalen Umsatz ansetzen, sowie die Einführung einer ökologischen Steuerreform um den Faktor Arbeit für Unternehmen und Arbeitnehmer zu entlasten.●

ub

15 JAHRE GEMEINNÜTZIGE FORSCHUNGSGESELLSCHAFT ANSTIFTUNG

»Etwas in Bewegung setzen«

1982 gründete Jens Mittelsten Scheid in München die anstiftung. Heute kann die gemeinnützige Forschungsgesellschaft auf viele kleinere und große Projekte in München und in der Bundesrepublik zurückschauen, die sie in diesen Jahren initiiert und unterstützt hat. Im jugendlichen Alter von 15 Jahren will die anstiftung sich aber noch nicht auf dem Erreichten ausruhen. Mit der Erfahrung aus diesen Jahren der Projektforschung soll jetzt ein Praxisprojekt zum Thema »Eigenversorgung in der Stadt – Spielräume für zukunftsfähiger Lebensstile« entwickelt werden.

Redaktion Heidelberg ● Seit 1982 erdenkt, erprobt und verbreitet die *anstiftung* »soziale Erfindungen für eine menschliche Zukunft«. Sie entwickelt und fördert unter diesem Motto modellhafte Praxisprojekte in den Bereichen Gesundheit, Eigenarbeit, Wohnen & Nachbarschaft und Selbsthilfe. Der Ausgangspunkt für alle Projekte sind Ideen, die unser Zusammenleben verantwortungsvoller, umweltbewußter und damit lebenswerter machen können. Die Umsetzung von Ideen in die Praxis ist für die *anstiftung* ebenso Forschungsgegenstand wie der Erfolg oder Mißerfolg eines Projektes bei allen Beteiligten. Die Ergebnisse verbreiten wir während und nach Abschluß der Projekte in eigenen Veröffentlichungen, auf Tagungen, im Internet und im Austausch mit anderen. Alle Projekte haben das Ziel, Menschen zu ermutigen: »Es stecken in jedem von uns Potentiale, die nicht ausgeschöpft sind. Und es braucht eigentlich nur bestimmte Rahmenbedingungen, damit diese Fähigkeiten auch zur Entfaltung kommen. Die wollen wir mit der *anstiftung* schaffen,« so Jens Mittelsten Scheid. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gehört deshalb immer in die Projektentwicklung. Die *anstiftung* ist unabhängig von Parteien, Konfessionen und öffentlichen Trägern. Sie wird durch die Stiftung Mittelsten Scheid, Wuppertal, finanziert.

Ein Blick zurück

Neben vielen kleineren Projekten bestimmten das »Haus der Eigenarbeit« und die Ausstellung »Verflixte Schönheit« die Arbeit der letzten Jahre. Im HEI in Haidhausen mit seinen Freizeitwerkstätten – inzwischen ein selbständiges Bürgerhaus – erprobte die *anstiftung* die Idee Eigenarbeit. Eigenarbeit ist die Vision, daß Menschen, die ihre eigenen Bedürfnisse durch eigenes Tun befriedigen, Lust am Tätigsein und mehr Lebensqualität gewinnen. Nach 10 Jahren HEI bestätigen nicht nur hohe Besucherzahlen diese Vision, sondern auch die Aussagen einzelner Nutzerinnen und Nutzer, die die *anstiftung* kürzlich der Fachöffentlichkeit in einer Studie präsentierte.

Die interaktive Ausstellung »Verflixte Schönheit« setzte in einem ganz anderen Bereich, nämlich der Gesundheitsförderung, neue Impulse. Mit dem Untertitel »eine Erlebnisausstellung über Lust und Last des Schönseins« erprobte dieses Projekt neue Wege und Inhalte einer lebensbejahenden und alltagsnahen Gesundheitsförderung. Im spielerischen Umgang mit dem eigenen Aussehen sollten die Besucherinnen und Besucher ein positives (Körper-)Bild gewinnen können. Dahinter stand die Idee, daß Schönheit Alltagskultur ist, und die alltägliche Umwelt der Ort, an dem Gesundheit von Menschen geschaffen und gelebt wird. 1995 bis 1997 gastierte die »Verflixte Schönheit« in München, Luzern, Dresden und Kempten und erntete viel Lob von rund 80.000 Besucherinnen und Besuchern.

Der Blick nach vorn

Das nächste Praxisprojekt mit dem Arbeitstitel »Eigenversorgung in der Stadt« soll das bewährte Konzept Eigenarbeit um die Aspekte des gemeinsamen Nutzens und des Tauschs erweitern. »Eigenversorgung« will erproben, ob und wie alltägliche Bedürfnisse durch eigenes Tun befriedigt werden können. Dieses Projekt versteht sich als ein sozialwissenschaftlicher Beitrag zu nachhaltigem Konsum und damit zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft. In diesem Projekt will die *anstiftung* in der Zukunft verstärkt überregional und im Verbund mit anderen Initiativen und Institutionen arbeiten.

Beispiele aus der Arbeit

Projekte zur Wiederbelebung traditioneller Nachbarschaft und zur Erprobung neuer Formen sozialer Netze waren zum Beispiel die Gründung des Nachbarschaftszentrum Kolosseum und die Evaluation der Mietermitbestimmung im Modellprojekt »Integriertes Wohnen Nymphenburg«. Die *anstiftung* beschäftigte sich auch mit dem Spannungsfeld von Institutionalisierung und Professionalisierung in der Selbsthilfe. Unter anderem bei der Entstehung des Mütterladens Giesing und in der Selbsthilfestudie von Wolfgang Kraus und Waltraud Knaier: »Selbsthilfeinitiativen und kommunale Selbsthilfeförderung in München«. Die »Beratungsstelle für natürliche Geburt und Elternsein« begleitete die *anstiftung* in ihrem Übergang von ehrenamtlicher zu professioneller Arbeit. Unterstützt wurden auch Projekte zur Demokratisierung von Expertenwissen wie der Wissenschaftsladen München und die Ausstellung »Moderne Zeiten – Gesunde Zeiten?«. Im Themenbereich Gesundheitsförderung evaluierte die *anstiftung* u.a. die Patientenstelle München und sie unterstützt seit 1992 die Tagungsreihe »Provokationen zur Gesundheit« der GesundheitsAkademie e.V., Bremen. Das größte Projekt war jedoch die Erarbeitung und Evaluation des Ausstellungsprojektes »Verflixte Schönheit«. Im Bereich Eigenarbeit gab es nicht zuerst das HEi, sondern schon 1983 die Vorläufer Patchwork und Wirkwerk. Auch das neueste Projekt der *anstiftung*, der Jugendwettbewerb »Mach Dein eigenes Ding! – Selbermachen statt machen lassen« soll eigenes Tun fördern.●

ub

Kontakt: anstiftung, Daiserstr. 15, D-81371 München, Tel. (0 89) 76 20 68, Fax 747 02 20,
e-mail: anstiftung@arg.net

OFFENER BRIEF AN LANDTAG NRW UND STADTRÄTE

»Der Dormagener Störfall«

Auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf stellten der *Schmetterling-Verlag/Stuttgart*, der mehrfach ausgezeichnete Düsseldorfer Autor *Klas E. Everwyn* und die *Coordination gegen BAYER-Gefahren* (Herausgeberin) den zur Frankfurter Buchmesse 1997 neu erschienenen Roman »Der Dormagener Störfall« vor. Dem preisgekrönten, zugleich aber vom BAYER-Konzern gerichtlich verfolgten Buch liegt der BAYER-Unfall in Dormagen von 1979 zugrunde. Damals mußte für den gesamten Westen von NRW und auch in den angrenzenden Gebieten in Belgien und den Niederlanden Katastrophenalarm ausgelöst werden.

Klas E. Everwyn (Foto): »Obwohl von der Stadt Dormagen 1980 mit einem Literaturpreis ausgezeichnet, kam 'Der Dormagener Störfall' bislang nicht in angemessener Form in den Buchhandel. Statt dessen wurden der Roman und auch ich persönlich vom BAYER-Konzern gerichtlich verfolgt. In der Auseinandersetzung mit BAYER beugt sich der Stadtrat von Dormagen bis heute dem BAYER-Druck, schamvoll wurde mir der Preis übergeben. Und auch beim Landtag fand ich keine Unterstützung gegen die Angriffe des Konzerns.«

Paul Sandner vom Schmetterling-Verlag: »Landtag und Stadtrat ließen den Autor allein in der Auseinandersetzung mit BAYER, obwohl die Brisanz des Buches bekannt war. Immerhin stellen das Dormagener BAYER-Werk, aber auch die übrigen Werke des Konzerns und seiner vielen Tochterunternehmen, eine permanente Gefahr dar. Dies wird auch aktuell deutlich: Erst im Juni dieses Jahres traten bei einem Großunfall im BAYER-Werk Dormagen 12.000 Kilogramm krebserregendes Toluylendiamin (TDA) aus und am 05. November 1997 kam es im Werk BAYER/Leverkusen zum 'größten Brand der 90er Jahre' (BAYER).«

Anläßlich des Erscheinens des Romans wendet sich die Herausgeberin des »Dormagener Störfall«, die Coordination gegen BAYER-Gefahren, in offenen Briefen an den Landtag NRW sowie an die Stadträte der verschiedenen BAYER-Standorte. Sie erinnert an das literaturpreisgekrönte, aber geschmähte Werk und fordert von den Stadträten und der Landesregierung, den Schmusekurs mit BAYER einzustellen und ihrer Verantwortung als Aufsichtsbehörde und politischer Kontrollinstanz gerecht zu werden. Sie fordert, daß der Roman »Der Dormagener Störfall« in den Bereich »Politische Bildung« Eingang findet und gefördert wird. Gemeinden und Landesregierung sollen entsprechende Kontingente für die Bibliotheken etc. ordern und die Verbreitung dieses wichtigen Buches unterstützen.

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren ist ein seit 1978 arbeitendes internationales Selbsthilfenetzwerk, das sich kritisch mit dem global agierenden Chemie-Multi BAYER auseinandersetzt. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren sieht in der Herausgabe des Romans 'Der Dormagener Störfall' sowohl eine Aktion der Solidarität mit dem von BAYER bedrängten Autor Klas E. Everwyn als auch eine Maßnahme zur Durchsetzung der Meinungs- und Pressefreiheit.

Axel Köhler-Schnura/ Coordination gegen BAYER-Gefahren: »Es darf nicht angehen, daß einem literarischen Werk, zumal preisgekrönt, die Publizierung versagt bleibt, nur weil es einem Konzern nicht in den Kram paßt! Die Freiheit des Wortes muß gegen die Manipulation und Zensurversuche der Konzerne verteidigt werden.«

Klas Ewert Everwyn, der Autor von »Der Dormagener Störfall«, wurde 1930 in Köln geboren und ist Verfasser zahlreicher Hörspiele, Erzählungen und Romane. Er ist Träger u.a. des Deutschen Literaturpreises, des Heinrich-Wolgast-Preises und des Förderpreises NRW.●

dp

»Der Dormagener Störfall« Klas Ewert Everwyn (Autor), Coordination gegen BAYER-Gefahren (Herausgeberin) Roman, 134 Seiten, Hardcover, Schmetterling-Verlag/ Stuttgart, 1997 ISBN 3-89657-410-8, DM 29,80

Anzeige

JENSEITS VON MARKT UND STAAT...

Ein derzeit in verschiedenen gesellschaftskritischen Zusammenhängen diskutiertes Thema. Die Krisis-Gruppe, vor einem Jahrzehnt (damals noch als »Initiative Marxistische Kritik«) mit der fundamentalen Wert-Kritik angetreten, widmet sich in KRISIS 19 neuerdings der Vermittlungsfrage.

In weiten Kreisen bekannt wurde die Gruppe erstmals durch Robert Kurz' umstrittenen Bestseller »Der Kollaps der Modernisierung« (1991). Kurz hatte in dieser Zeit des allgemeinen Triumphes von Marktwirtschaftsanhängern jeglicher politischer Ausrichtung den baldigen Zusammenbruch dieses vermeintlich endsiegreichen kapitalistischen Wirtschaftssystems prophezeit. Den Crash des osteuropäischen Staatssozialismus interpretierte er als ersten Vorboten jenes Kollapses. In mehreren Folgebüchern und Krisis-Artikeln wurde diese Analyse ausgebaut sowie verschiedene Themenstellungen wie Geschlechterverhältnis, Subjektforschung, Finanzwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Wertkritik betrachtet.

Trotzdem dies sehr interessant war, wurde doch klar, daß mehr gefordert ist als ein nicht mehr haltbares System zu kritisieren. Die Entdeckung eines neuen Weges (als Tunnel in eine neue Welt) kann halt nicht ewig auf den immer wiederkehrenden Hinweis beschränkt bleiben, daß da irgendwie ein Weg ist. Und Leute, die ratlos am Eingang dieses Tunnels stehen, interessiert vor allem die Frage, wohin dieser denn führen mag. In Krisis 19 werden nun erste Versuche unternommen, das neue Terrain jenseits der Arbeitsgesellschaft zu ergründen und Vermittlungen aufzuzeigen.

Volker Hildebrandt untersucht in seinem Artikel den »Dritten Sektor« der NPO's und NGO's als einen möglichen Ausweg aus der (Lohn-)Arbeitsgesellschaft, wobei er sich in erster Linie mit dem amerikanischen Ökonomen Jeremy Rifkin und dem (West-)PDS-Politiker und »Sozialismus«-Redakteur Joachim Bischoff auseinandersetzt.

Gaston Valdivia untersucht in seinem Artikel vorrangig den modernen Zeitbegriff und seine zwangsläufige Herausbildung im Zuge des Entstehens von Warenproduktion und Lohnarbeit. Zur Überwindung der von ihm scharf kritisierten Diktatur der Zeit und des Geldes findet sich bei ihm freilich nur ein kurzer Absatz: Voraussetzung ist bei ihm die »Kooperation und ungehinderte gegenseitige Wissensvermittlung« der Menschen untereinander. Experimente wie die derzeit beliebten Tauschringe lehnt er dagegen rigoros ab. Diese hätten nichts mit selbstbestimmter Produktion und Verteilung zu tun, sondern würden das »abstrakte Vermittlungsmedium Geld« unter einer anderen Bezeichnung klammheimlich wieder einführen.

Einen konkreteren Schritt unternimmt Robert Kurz in seinem Artikel über »Antipolitik und Antiökonomie«. Ausgehend von Marx, erläutert er, daß das System der kapitalistischen Warenproduktion nicht einfach abgeschafft werden kann, sondern daß es den nach seiner Einführung vorprogrammierten historischen Zyklus erst einmal durchlaufen muß, ehe an seine Stelle etwas Neues treten kann. Auf der Ebene der Produktivkraftentwicklung wäre es die mikroelektronische Revolution und die daraus resultierenden Computer- und Kommunikationstechnologien, die die Gesellschaft an die Schwelle einer »höheren, nicht mehr systemimmanenten Art der Transformation« geführt haben. Die zunehmende »Kleinheit der Technologien« fresse die lebendige Arbeit Stück für Stück auf und führe sowohl die Gigantomanismen des Marktes als auch die gesellschaftliche Zentralisation in Form eines Staates ad absurdum. Die Verbindung von Mikroelektronik und solarer Energie eröffne den Menschen die Möglichkeit, sich der Totalität kapitalistischer Vergesellschaftung schrittweise zu entziehen. In den Poren und auf den Trümmern der warenproduzierenden Gesellschaft könnten sich »Keimformen einer nicht mehr warenförmigen Reproduktion« bilden, die sich im Austausch und Auseinandersetzung mit der Rest-Gesellschaft behaupten und diese schließlich insgesamt überwinden könnten. Die Zielsetzung der Entkoppelung von Ware und Geld wäre eine »mikroelektronische Naturalwirtschaft«.

Wie Kurz weiter schreibt, werden mit zunehmenden Krisenerscheinungen des Systems die Protagonisten des totalen Marktes allerdings immer weniger bereit sein, alternativen Experimenten marktwirtschaftlich nutzbares Terrain einzuräumen. So wird das Ableben von Markt und Staat sich wohl kaum als friedliches Hinüberwachsen in ein neues Zeitalter gestalten.●

Gerd Bedszent

KRISIS 19 kostet 20 DM, HORLEMANN-Verlag, Postfach 1307, D-53583 Bad Honnef, 02224-5429

BODEN UNTER DIE FÜSSE...

... der Kampf um Land in Guatemala – Unter diesem Titel hat die Informationsstelle Guatemala eine neue Broschüre herausgegeben. Auf 32 Seiten vermittelt das Heft einen Überblick über die Landfrage und den Kampf der Kleinbäuerinnen, Kleinbauern und Landlosen um Boden unter die Füße. In überschaubarer Form werden Zustandekommen und Auswirkungen einer der ungerechtesten Landverteilungen Lateinamerikas zusammengefaßt. Aufgezeigt wird, wie die zumeist indigene Landbevölkerung trotz des Friedensschlusses zwischen Guerilla und Regierung Ende letzten Jahres nun durch die Folgen neoliberaler Strukturanpassung immer weiter in die Marginalisierung gedrängt wird. Dagegen wehren sich die Campesino/as: Anhand konkreter Beispiele von Gemeinden wird deutlich, daß der Kampf um Land viele Facetten hat. An erster Stelle steht die wirtschaftliche Absicherung des Überlebens in möglichst selbstbestimmter Form auf und von dem Land. Für die Landbevölkerung ist dies eine Möglichkeit, nicht den Weg in die Tagelöhnerei auf Plantagen, in die Weltmarktfabriken, in die Elendsgürtel der Städte oder den der Arbeitsmigration gen Norden – nach Mexiko oder in die USA – anzutreten. Denn hier droht das, was sie aus langer Erfahrung kennen: Entrechtung und Entwürdigung. Wissend, daß ein Stück Land nicht die Lösung aller Probleme bedeutet, kämpfen lokale und nationale Gruppen nur ein Leben in Würde. Würde, daß schließt die Gleichberechtigung der Campesinas ein – in der Gesellschaft wie in den Basisorganisationen; Würde beinhaltet die Beteiligung an politischen Entscheidungen; und: sich in den Auseinandersetzungen mit Großgrundbesitzern, Unternehmen und dem Staat der eigenen Stärke bewußt zu werden.●

ub

Boden unter die Füße. Der Kampf um Land in Guatemala, 32 Seiten, Preis: DM 5.– (für WiederverkäuferInnen 3.50) zzgl. Versandkosten, Bezug: Informationsstelle Guatemala e.V., Heerstr. 205, D-53111 Bonn, Tel. 0228/63 45 52, Fax 0228/63 1226, e-Mail: *Guate@link-lev.dinoco .de*

PROKLA NR. 108

Landwirtschaft

Landwirtschaft ist das Thema der aktuellen Ausgabe von Prokla. Prokla war bis vor einigen Jahren die Abkürzung für Probleme des Klassenkampfs, hat heute aber den Untertitel 'Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft'. Und nicht mal der ist bei dieser Ausgabe gerechtfertigt, vom ehemaligen ganz zu schweigen. Der Schwerpunktteil enthält fünf Beiträge, die die Sachlage nicht ganz treffen. So wird z.B. ein Gegensatz zwischen der Entwicklungslogik von Gen-Landwirtschaft und ökologischem Landbau behauptet, obwohl doch zunehmend, nicht nur in Niedersachsen, von der Agrarverwaltung beides parallel propagiert wird. Eine andere Autorin will, wie leider die Agraropposition zunehmend auch, die EG sozial und ökologisch regulieren und kommt damit kaum über die Argumentationsmuster bürgerlicher Umweltökonomie und Agrarumweltpolitik hinaus. Rolf Clasen untersucht die Auswirkungen der sogenannten Transformation der ostdeutschen Landwirtschaft auf deren berufsständische Interessenvertretung. Es zeugt schon von besonderem Selbstbewußtsein, diese Aufsätze unter dem Label »kritische Sozialwissenschaft« anzubieten. Kein einziger Beitrag, vom Editorial abgesehen, ist breiter und grundsätzlich angesetzt und untersucht den Zustand und die Perspektiven von Landwirtschaft im heutigen Kapitalismus und der beteiligten AkteurInnen, oder diskutiert gar, ob sich für die Landwirtschaft ein neues gesellschaftliches Naturverhältnis andeutet. Weitere Beiträge des Heftes sind: Vermarktung von Biodiversität, zum »feministischen Blick auf Wasser« in Indien, und zu Landwirtschaft und Ökologie im »Kapital« von Marx.●

Bernd Hüttner

PROKLA 108 (September 1997), 172 Seiten, 18 DM, Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstrasse 26a, D-48145 Münster oder im Buchhandel.

NATURFREUNDE:

Die Maas – Landschaft des Jahres 1998

Die *Naturfreunde International* haben die Maas-Region von der Quelle in Frankreich bis zur Mündung im niederländischen Rotterdam zu ihrer *Landschaft des Jahres 1997/98* erklärt. Die »Landschaft des Jahres« wird alle zwei Jahre von den Präsidenten der zwanzig Mitgliedsverbände der Naturfreunde International ausgewählt. Seit 1989 wird eine grenzüberschreitende und ökologisch wertvolle Region in Europa ausgesucht. Die Modellregion 1995/96 waren die Alpen, aber auch der Bodensee, oder die Odermündung waren schon »Landschaft des Jahres«.

Grundsätzliche Zielsetzung der Aktion der Naturfreunde ist es – und dies war so bei allen bisherigen Ernennungen von Landschaften – die nachhaltige Entwicklung von Regionen in Gang zu setzen und zu unterstützen. Dieses Ziel ist nicht kurzfristig gedacht. Die Naturfreunde wollen durch die Ernennung die aktive Auseinandersetzung mit der Region ermöglichen und gemeinsam mit der Bevölkerung entsprechende Initiativen entwickeln und Projekte im Tourismus, der Naherholung, aber auch im Dienstleistungsbereich, in Handwerk und Landwirtschaft anstoßen, die auch nach der Aktion »Landschaft des Jahres« noch weiter wirken.

Die Maas ist seit Jahrhunderten eine wichtige Lebensader dieser grenzüberschreitenden Region. Besonders die Eisen- und Stahlindustrie haben das Gesicht des Flusses, der auch als Transportweg genutzt wurde und wird, geprägt. In den letzten Jahrzehnten mußten aber zahlreiche Rückschläge und Probleme verkraftet werden. Zum einen sind dies alle mit dem Wasser selbst zusammenhängenden Probleme. Wasser aus der Maas dient zur Versorgung von sechs Millionen Menschen mit Trinkwasser. Hohe Pestizid- und Düngemitteleinträge in Frankreich und den Niederlanden und Industrieabwässer aus Belgien und den Niederlanden haben die Wasserqualität in den letzten Jahrzehnten verschlechtert. Die Hochwasserproblematik ist das zweite große Problem: Die Verbauung und Eindeichung des Flusses führen zu extremen Wechseln zwischen Hochwässern und Überschwemmungen (bei starkem Regen) und Niedrigwasser in Trockenperioden mit dementsprechenden Folgen für die Sauerstoffversorgung des Flußökosystems.

Die Strukturkrise in den traditionellen Industriebereichen der Region hat zu einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquote geführt, die bei 12 Prozent, in manchen Orten bei über 20 Prozent liegt. Eine zumindest angedeutete Neuorientierung der Wirtschaft in Richtung Kultur- und Naturtourismus sowie moderne Dienstleistungen soll, so die Naturfreunde, neue Arbeitsplätze schaffen und die Attraktivität der Region gerade auch für die Bewohner und Bewohnerinnen erhöhen.

Vor Ort in der Region wird das Projekt von den vier Mitgliedsverbänden aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden durchgeführt. Sie wollen ihre Vorhaben mittelfristig auch in den Zusammenhang der Lokalen Agenda 21 stellen, sich in die jeweilige Regionalpolitik einmischen und europaweit zusammenarbeiten.

Ein erstes Verzeichnis mit Anregungen für einen ökologischen und sanften Urlaub liegt vor und kann bei NFI-Naturfreunde International, Diefenbachgasse 36, A-1150 Wien kostenlos bezogen werden. Dieses enthält Radfahr-, Wander- und Ferien auf dem Bio-Hof-Angebote, ebenso wie Wassersport- und Kulturtips und Hintergrundinformationen.●

Bernd Hüttner

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN

Das Handwerk der Zukunft?

Christine Ax untersucht in ihrem Buch, welche Zukunft das Handwerk haben kann und welche Rolle dabei der Gedanke der Nachhaltigkeit spielen könnte. Die Autorin kommt ursprünglich aus dem Umweltbereich und arbeitet seit sechs Jahren bei der Forschungs- und Beratungseinrichtung »Zukunftswerkstatt« der Handwerkskammer Hamburg.

Das Handwerk hat in den letzten Jahren viel von seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Sein Beitrag zum wirtschaftlichen Leben ist gering, sein Ruf und seine Öko-Bilanz schlecht. Das Handwerk ist auf den Trend zur Dienstleistungsgesellschaft und die kleine, aber zunehmende Nische der Nachfrage nach Maßproduktion und nach besseren, länger haltbaren Produkten ungenügend vorbereitet. Dabei lägen hier, so Ax, enorme Marktpotentiale und Zukunftsperspektiven für das Handwerk. Die Autorin stellt, neben vielen brauchbaren Daten zum Handwerk, seinen Strukturen und Entwicklungstrends, auch den umweltpolitischen Leitgedanken der Nachhaltigkeit vor und untersucht, inwieweit das Handwerk heute schon nachhaltig sei. Überraschendes Ergebnis: Das Handwerk ist nachhaltig. Es orientiere sich an der Region, sei der beschäftigungspolitische Hoffnungsträger Nummer 1 und an Wiederverwendung orientiert. Es gebe genügend Beispiele, wo Handwerker sich an Leitzielen wie »Wochenmarkt statt Weltmarkt«, »Reparieren statt wegwerfen« oder »Maßproduktion statt Massenproduktion« orientieren würden. Hier hat der Autorin der Wunsch doch sehr die Wahrnehmung getrübt: Sie nimmt einzelne Handwerksbetriebe als Beispiel für die gesamte Branche. Was vielleicht an Ausrichtung an den genannten Leitzielen für das Lebensmittelhandwerk in Teilen noch zutrifft, dürfte bei allen anderen Handwerken nicht der Fall sein. Die vorgestellten Beispiele, die zweifellos »nachhaltig« und innovativ sind, vermögen nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Großteil des Handwerks – man denke nur an Fernsehmechaniker – heute mit weltweit bezogenen oder unter Weltmarktbedingungen produzierten Rohstoffen, Ersatzteilen oder Maschinen arbeitet und damit integraler Teil des Industriekapitalismus ist.

Das Buch ist vor allem eine Legitimationsbeschaffung für das Handwerk mit Hilfe des neuen ökokorporatistischen Schlagwortes »Nachhaltigkeit«. Was Gewerkschaften oder Beschäftigte im Handwerk zu den Perspektiven ihres Berufsstandes – sei er nun nachhaltig oder nicht – zu sagen haben, kommt in Axs Buch konsequenterweise mit keinem Wort vor. Im Mainstream des gesellschaftlichen Diskurses um »Öko-Intelligenz« und neue Beteiligungsformen an Unternehmen schwimmt dieses Buch relativ weit vorne mit und trägt so zur Verdrängung des Sozialen aus der öffentlichen Wahrnahme und zur als Flexibilität verkauften Unterwerfung der arbeitenden Menschen unter die Zwänge der Kapitalverwertung bei.●

Bernd Hüttner

Christine Ax: Das Handwerk der Zukunft. Leitbilder für nachhaltiges Wirtschaften, Birkhäuser Verlag Berlin/Basel 1997, 264 S., 39,80 DM.

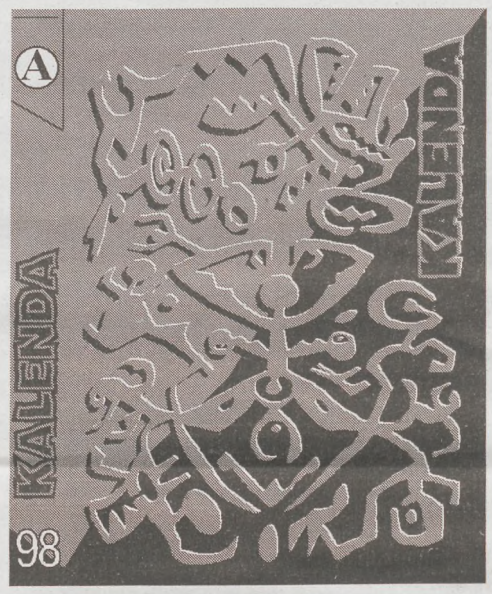
READER TAUSCHRINGTREFFEN

Vor kurzem hat die *Kasseler Zeitbörse* den Reader des bundesweiten Tauschringtreffens fertiggestellt. Dieser, in dem die Beiträge des Treffens vom April diesen Jahres mit ca. 180 TeinehmerInnen dokumentiert sind, kann gegen Überweisung von 25 DM auf das Konto der ISL e.V., Kto-Nr. 1187333 bei der Kasseler Sparkasse, BLZ 520 503 53, bestellt werden.

Die Bestellanschrift lautet:
Zeitbörse Kassel, Jordanstr. 5,
D-34117 Kassel (bitte Überweisungsbeleg beifügen).●

ub

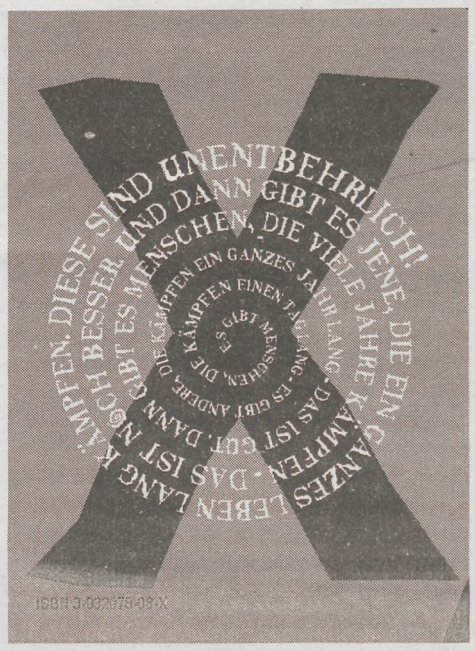
Anzeige



A98 *sweet little sixteen!*

..den schwarzroten Anarch@-KALENDA jetzt bestellen! Seit 16 Jahren ist der nette, kleine, schwarzrote KALENDA der Freund aller Unterdrückten und Verrückten. Rund 40 engbedruckte Seiten @narchistischer, @utonomer und @lternativer, jährlich gecheckter Adressen vom FAInsten machen ihn zum unschlagbaren Nachschlagwerk für A-ktivistInnen (& Schnuppernasen) und zum Vorschlaghammer gegen Bonzokratie. Wo andere noch dem alten Trend, äh, Tand hinterherlaufen, sucht der KALENDA schon nach neuen Ufos. *Lustig, listig und verschlagen Spießertum zum Teufel jagen!* (Huhu, Fritz! da kommense...)
30 Jahre nach `68 und 150 nach `48 ist der KALENDA ein aufrechter Garant für antiautoritäres AufmüpferInnentum gegen alle Fahnen (1schließlich der eigenen... Prost!). 288 S@iten, Stabilste Bindung. Schwerpunkte: *Technick und Tekno, Intergalaktischer Kongress, 1848-1998, Projekte, Kinder, Anarchy in the UK u.a.m..*
Praktischer Serviceteil, 14-Monatsagenda und immer für `ne Überraschung gut! Nach 15 Jahren Plaste und Elaste aus Schkopau, die 16 jetzt in Pappe auf die Klappe mit Nohau. *Nur keine Umstände*: **15 DM cash/ec** an den

SCHWARZROTBUCH VERLAG
R@lf Landmesser, Rathenower Str. 23, 10559 Berlin
oder Postbank München, Kto.Nr. 50848801, BLZ 70010080. **Adresse nicht vergessen!** Lieferung bdruckfrisch & portofrei: frei Haus! Gruppen- und WiederverkäuferInnenrabatt: ab 5 Stück je 11 DM, ab 20 Stück nur 10 DM alles incl.! Alles nur per **Vorauskasse!**
BUCHHANDEL **neu**: Vertrieb VAH Jager, ISBN 3-932078-08-X.



Anzeige

JOBS

Linke Druckerei sucht Drucker/in.
Arbeitsbeginn: ab sofort oder spätestens ab Oktober '98.
AktivDruck GmbH
Lenglerner Str. 2, D-37070 Göttingen
☎(05 51) 6 70 65, Fax 63 27 65

Vollkornbäckerei (selbstverwalteter Betrieb) in Berlin sucht Bäckerin mit Vollkornerfahrung. Führerschein wäre gut. Wir bieten humane Arbeitszeiten, selbstorganisiertes Chaos und Entfaltungsmöglichkeiten.
Bewerbung an Chiffre: 159

iz3w
▶ blätter des informationszentrums 3. welt

Aktuelle Themenschwerpunkte:
▶ Heft 223: **Arbeit** ▶ Heft 224: **Global Governance** ▶ Heft 225: **Biopolitik** ▶ Heft 226: **Entwicklungspolitik**

iz3w ist die größte unabhängige deutsche Fachzeitschrift zu Nord-Süd Beziehungen. Einzelheft DM 8,– Alle sechs Wochen neu.

iz3w ▶ blätter des informationszentrums 3. welt · Postfach 5328 · D-79020 Freiburg
Telefon (0761) 74003 · Telefax (0761) 709866
E-Mail: iz3w@link-s.cl.sub.de

Die Zeitschrift zwischen Nord und Süd

KURDISTAN

Eine Einführungsbroschüre über die Situation von KurdInnen in der Türkei und BRD

AutorInnen Team der AKTION 3.WELT Saar
50 Seiten, 4,-DM, Magazin Verlag, Kiel, Reihe BRD+3.Welt Nr. 52

- historische Entwicklung
- aktuelle Situation
- Interessen der Türkei und BRD
- Möglichkeiten einer politischen Lösung
- Situation und Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD
- Buch- und Zeitschriftentips

Lieferung bis 50,-DM Bestellwert nur gegen Vorauskasse; WiederverkäuferInnen und Büchertische ab 5 Ex. 30% Rabatt zzgl. Porto (bis 5 Ex. 1,50; bis 10 Ex. 2,50; über 10 Ex. 5DM); kostenlose Rezensionsexemplare.
Bankverbindung: Konto 01382618
BLZ 591 900 00, Saarbank Losheim

AKTION 3.WELT Saar
Weiskirchener Str. 24 • 66674 Losheim
Tel: 06872/9930-56, Fax -57

aLiVe
assoziation Linker Verlage

Alibri ☆ ag spak ☆ Atlantik ☆ frau + zeit
IBDK ☆ KomistA ☆ Neuer isp
PALETTE ☆ Schmetterling ☆ UNRAST

Der **neue Katalog** der **Assoziation Linker Verlage** (aLiVe) ist da!

Kostenlos anfordern bei:
aLiVe, c/o Alibri Verlag
Postfach 167,
63703 Aschaffenburg
Fon/Fax (0 60 21) – 1 57 44

anti atom aktuell

- ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen
- gibt Einschätzungen und Meinungen der Anti-AKW-Bewegung wieder
- erscheint am liebsten monatlich
- 12 Ausgaben im Abo für 60 DM

Heft Nr. 85: Wirtschaftsverflechtungen

Kostenloses Probeexemplar:
anti atom aktuell
Helgenstockstr. 15
35394 Gießen

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 10 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 40 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG:

Fonds Soziokultur 1998

Bundesweiter Wettbewerb um die besten Projektideen
Projektmittel für soziokulturelle Initiativen und Vereine

Der Fonds Soziokultur fördert seit 1988 zeitlich befristete Projekte im Bundesgebiet, die sich für die Entwicklung und praktische Erprobung neuer Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur engagieren. Die Vorhaben sollen Modellcharakter besitzen und beispielhaft für andere soziokulturelle Projekte und Einrichtungen sein. Damit will der Fonds Soziokultur einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen ermöglichen und Initiativen, Organisationen und Einrichtungen helfen, die entwickelten Konzepte in der soziokulturellen Praxis zu erproben.

Ergänzend zur bisherigen Förderungspraxis können im nächsten Jahr auch solche Projekte unterstützt werden, die aufgrund ihrer Konzeption und ihres Umfanges eine längerfristige Zeitplanung erfordern.

Die Unterstützung des Fonds ist dabei nicht nur auf die Durchführungsphase des Projektes begrenzt, sondern kann auch die Phase der Konzeptentwicklung einbeziehen. Voraussetzung für solche Förderungen ist, daß die Vorhaben besonderen qualitativen Ansprüchen genügen und geeignet sind, die Bedeutung der Soziokultur für das kulturelle Leben in der Öffentlichkeit darzustellen.

Alle Initiativen, Gruppen und Vereine, die 1998 und ggf. 1999 ein soziokulturelles Projekt durchführen möchten, können ab sofort Förderanträge stellen. Einsendeschluß ist der **15. Januar 1998** (es gilt das Datum des Poststempels). Die Fördermittel des Fonds Soziokultur sind nicht an das Haushaltsjahr gebunden.

Ende März 1998 entscheidet das Kuratorium des Fonds abschließend über die eingegangenen Anträge. Vorbehaltlich der Verabschiedung des Bundeshaushaltes steht dem Fonds im Haushaltsjahr 1998 für diese Aufgabe voraussichtlich ein Etat von 700.000,– DM zur Verfügung.

Antragsvordrucke für die Mittelvergabe 1998 können bei der Geschäftsstelle des Fonds angefordert werden. Auch Ihre Fragen werden wir gerne beantworten.
Fonds Soziokultur e.V. Weberstr. 59a 53113 Bonn Tel. 0228/201 67 35 Fax 0228/201 67 36

Der Traum von einer Sache

Politische Musik vom Protestsong zum Punk von Ernst Busch zu den Goldenen Zitronen vom Bauernkrieg bis heute

Drei Cassetten und ein Buch (im Schuber) kosten:
für Erwerbslose DM 45,–
für Verdienende DM 60,–

Bestellung über:
IG Geschichte
c/o Infoladen UJZ Korn
Kornstr. 28 – 30
D - 30167 Hannover
Bezahlung nur gegen Vorkasse!

Alle Überschüsse werden direkt zur Unterstützung von Flüchtlingen verwandt.

Regenwald in Dosen?

Was dahinter steckt, erfahrt ihr bei:

Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

Das Antifa-Info aus dem Rhein-Neckar-Raum
Neu!
ARNie
Info-Periodikum des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

★ herausgegeben vom Antifaschistische Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
★ mit regionaler Presse-Schau und den aktuellen Anagen vom Gurfield-Infotelefon
★ große Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Information-Lücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es im Abo für 20,- DM / 10 Ausgaben (ind. Porto)

Ich will ARNie haben ☐ im Abo für 30,- DM / 10 Ausgaben ☐ als Probeexemplar für 3,- DM
Name:
Straße:
PLZ/Ort:
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie, Postfach 1232, 69239 Neckarsteinach

Leben und Arbeiten in alternativen Projekten

12.-14. Dezember 1997 in Verden/Aller

Wir stellen alternative Wohn- und Arbeitsprojekte vor und treffen Leute aus dem Verdener VERbunt-Projekt. Gemeinsam mit den anderen TeilnehmerInnen, die ähnliche Träume und Ideen haben, könnt Ihr Eure eigenen Vorstellungen vom alternativen Leben und Arbeiten entwickeln. Wir vermitteln Euch Kontakte und Infos zu Projekten in Deutschland und im Ausland und helfen bei Fragen zum Einstieg und Schnuppern in Projekten z.B. durch Besuche, Ausbildung, Zivildienst oder FÖJ.

Anmeldung und Infos:
Bildungsgruppe für Ökologie und Selbstbestimmung,
c/o Ökologisches Zentrum, Obere Str. 41, 27283 Verden/Aller, Tel. 04231/2841

Pieter Bakker Schut
STAMMHEIM
Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung

... ist es doch inzwischen zu einem unersetzlichen Standardwerk erkannt worden, daß nicht nur die Geschichte des Stammheimer Prozesses gegen die RAF beschreibt, sondern vor allem analysiert, wie sich im Verlauf des Prozesses der juristische Überbau zu einem Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung verändert hat.

688 Seiten, 36,– DM
bei Subskription bis zum 15.9.97: 30,– DM
Gegen Vorkasse (Bar oder Verrechnungsscheck) zu bestellen bei:

Erscheint Mitte August

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon und Fax (0431)75141

Aus dem Inhalt

- Christa Wichterich: Billig, flink und flexibel – Frauen als Reservearmee der ökonomischen Globalisierung
- Feminisierung der Bevölkerungspolitik
- Kann der Anarchismus noch universalistisch sein?
- Die Autonomie der Stadtbürgerin – Ein Phantom in der Weltgesellschaft
- Helmut Thielen: Sem Terra – Landlos, aber nicht wehrlos
- Nachhaltigkeit – Juniorpartner der Globalisierung
- Ökologie global – Kein Thema
- Globalisierte Medienmacht
- Satire u.v.a.m.

12,80 DM (zzgl. Versand)
Wiederverkaufsrabatt
Bestellung an:
Verlag Graswurzelrevolution
Postfach 10 07 44
D-28007 Bremen
Fax: 0421/2239587

rechtshilfefonds
für die landkämpfe in mittelamerika

Trotz offiziellem Frieden ist die extrem ungleiche Landverteilung in Mittelamerika nicht beseitigt. Mit dem Rechtshilfefonds sollen gezielt Gruppen unterstützt werden, die für das Recht auf Land als Grundlage für ein würdiges Leben kämpfen.

Arbeitsgemeinschaft (ArGe)
Rechtshilfefonds Mittelamerika
Spendenkonto 917 179
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ 330 500 00

ArGe Rechtshilfefonds Mittelamerika
c/o Infostelle Guatemala e.V., Heerstr. 205, 53111 Bonn
Tel. 0228/63 45 52, Fax 0228/63 12 26

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstel lung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte auf Diskette, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zwei- bis viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Martin-Luther-Str. 13, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10997 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Manteuffelstr. 97, ☎ (0 30) 612 38 27; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janusstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 27367 Sottrum, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎/Fax (0 42 05) 77 99 52; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73; 50679 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Helenwallstr. 20a, ☎ (0221) 88 18 90; 60314 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, Peter Streiff, Schwanenstr. 10, ☎ (0 69) 44 62 47; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 69 35; 90429 Nürnberg, Redaktion Franken, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84; Handwerk: 18528 Bergen/Rügen, Andreas Küstermann, Dammstr. 12, ☎ (03838) 25 50 79, Fax 25 48 82; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Armin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79; Sozialpolitik: 88142 Wasserburg, Dieter Koschek, Dorfstr. 25, ☎ (0 83 82) 88 78 75; Information und Datendokumentation: 63329 Egelsbach, Erich Engelter, Mainstr. 23, ☎/Fax (06103) 4 27 42

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4/96
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 69115 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@LINK-N.cl.sub.de

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 10 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn oder Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 6.-8.2.98

»When I'm 64...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und den Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen beim Aufbau einer eigenen Altersversorgung.
Schwerpunkte des Seminars sind:

- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altervorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situation der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Termin: 21.-23.2.98
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40

NETZ

Selbstmanagement
Wie erreiche ich persönlichen Erfolg?
Seminarinhalte: Persönliche Strategien und Ziele, effiziente Selbstorganisation, erfolgreiche Kommunikation, Umfeldorientierung.
Termin: 21.1.1998, Gauselfingen

Gesprächs- und Verhandlungsführung im Beruf
Wie kann in Gesprächs- und Verhandlungssituationen eine Machtbalance hergestellt und das übliche Positionsgerangel vermieden werden?
Als Grundlage für eine kooperative, prozeßorientierte Verhandlungsführung werden in diesem Seminar Kenntnisse und Fertigkeiten/Fähigkeiten zu folgenden Themen vermittelt:
Rhetorische Grundlagen und sprachliche Steuerungsmittel bei Verhandlungen, verhandlungsrelevante Argumentationsformen und Verhandlungsstile, Regeln der Verhandlungsführung etc.
Termin: 30./31.1.1998, Frankfurt

Public Relations (PR) für KMU, Vereine und Verbände
Die zunehmende Medienvielfalt und der ständig wachsende Wettbewerb in nahezu allen Wirtschaftsbereichen erfordern heute ein Umdenken in der Kommunikation zwischen Unternehmen / Verbänden und Kunden / Mitgliedern. Die klassische Werbung verliert zunehmend an Bedeutung und macht Platz für innovative und kostengünstige Kommunikationsinstrumente.
In dem eintägigen Training werden Werkzeuge und Möglichkeiten von PR vorgestellt, Konzeptionstechniken erläutert und auf Wunsch individuelle Tips zur Umsetzung gegeben. Im Vordergrund stehen unkonventionelle und wirkungsvolle Methoden (z.B. die »Guerilla-Taktik«).
Termin: 7.2.98
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

FRAUEN

NETZ

Systematische Analyse
Welche Akquisitionswege sind für mich und meine Tätigkeit oder Branche die richtigen? Wie komme ich an Adressen, Infos und AnsprechpartnerInnen von potentiellen KundInnen? Wen spreche ich *wie an? Wie plane und organisiere ich* meine Akquisitationstätigkeiten? Wie überwinde ich meine Hemmungen und Ängste? Wie gehe ich mit Mißerfolgen um? Diese und weitere Fragen sind Thema des zweitägigen Seminars für Unternehmerinnen. Sie lernen den Prozeß Ihrer Akquisition systematisch anzugehen. Sie bekommen Wege aufgezeigt, Ihre Scheu oder inneren Barrieren zu überwinden. Dieses Kooperationsseminar für Unternehmerinnen aller Branchen wird von den Frankfurter Frauenbetrieben veranstaltet.
Termin: 23./24.1.1998

Sozial-Management für Frauen
Sozialmanagement für Frauen
Seminarthemen: eigene Standortbestimmung, Arbeiten im Team, Arbeits- und Organisationsstrukturen, Sichtbarmachen in der Öffentlichkeit.
Ziel von Sozialmanagement – so wie die Referentin es versteht – ist eine Kombination all dieser Themen, um innen und außen »Erfolg-Reich« und »Reiz-Voll« zu sein und um in der Öffentlichkeit gesehen zu werden.
Termin: 11.-15.1.1998, Frauenbildungshaus Zülpich

Frauen und Technikkompetenz
Dieser Computerkurs für Anfängerinnen will Frauen dazu befähigen, selbstbewußt mit dem Computer umzugehen.
Termin: 25.-30.1.1998, Frauenbildungshaus Zülpich
Information & Anmeldung:
Netz e.V., Schäfergasse 46, D-60313 Frankfurt
☎(0 69) 28 87 16, Fax 29 54 32

FRAU & ARBEIT

Leiten Männer und Frauen anders?
Seitdem mehr Frauen in Leitungspositionen sind und sich öffentlich einbringen, gibt es verstärkt Diskussionen um die verschiedenen Führungsqualitäten. Auf dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Umbruchsituation und dem Bedürfnis »laut« (d.h. öffentlich) geschlechtsspezifische Prägungen und festlegende Verhaltensmuster zu überdenken und neue zu entwickeln, verstehen wir diese Diskussionsveranstaltung als Möglichkeit, Erfahrungen zu bündeln, gegenüberzustellen und auch neue, anregende Utopien zu entwickeln. Gibt es typische männliche und weibliche Verhaltensweisen in der Leitung? Was ist mit der viel zitierten Durchsetzungsfähigkeit und Zielorientierung bei Männern oder der sozialen Kompetenz von Frauen? Männer differenzieren, Frauen verbinden? Gibt es sogenanntes männliches Dominanzverhalten? Wie zeigt es sich?
Ziel ist es, Hypothesen und Fragestellungen *mit Erfahrungen zu konfrontieren* ohne eindeutige Wahrheiten zu verkünden und darüber ins Gespräch zu kommen.
Termin: 14.1.98, 19 Uhr

Neues aus dem AFG für Träger
Beschäftigungsprojekte, Träger von Fortbildungsmaßnahmen und Institutionen, die mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen arbeiten, werden ständig konfrontiert mit Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes oder zumindest von Anordnungen und Richtlinien. Wie hoch ist das ABM-Gehalt? Welche Menschen können denn noch eine ABM erhalten? Wieviel Geld gibt es für Fortbildungsmaßnahmen, bzw. wie hoch ist das Kontingent für Hamburg?
Termin: 21.1.98, 18-20 Uhr
Nähere Informationen und das Kursprogramm sind erhältlich bei Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg.
☎(0 40) 450 20 90, Fax 45 12 10

KULTURBÖRSE

Bereits die 10. Kulturbörse veranstaltet das Kulturamt der Stadt Freiburg vom 17. bis 20. März 1998. Die Kulturbörse versteht sich in erster Linie als Fachveranstaltung; sie ist ein Forum für alle, die im Bereich der Kleinkunst arbeiten: KünstlerInnen, Gruppen, Produzenten, Veranstalter, Agenturen, Medien. Ausgewählte TeilnehmerInnen können bei diesem Forum für Kleinkunst durch 15- oder 30-minütige Kurzauftritte den FachbesucherInnen Ausschnitte ihres aktuellen Programms präsentieren. Informationsstände von KünstlerInnen, Gruppen, Agenturen, Verbänden etc. bieten vielfältige Informationsmöglichkeiten für das Fachpublikum.
Information: Kulturamt der Stadt Freiburg, Postfach, D-79095 Freiburg
☎(07 61) 201 21 15, Fax 201 21 99

CUBASOLAR '98

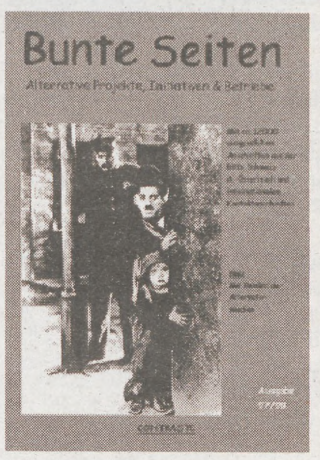
Eine internationale Tagung über Solarenergie veranstaltet die kubanische Nichtregierungsorganisation »CubaSolar« vom 13. bis 17.4.98 in Santiago de Cuba und Baracoa / Guantánamo.
Nähere Informationen: KarEn e.V., Weydingerstr. 14-16, D-10178 Berlin
☎/Fax (0 30) 24 00 94 70, e-mail: 101760.1146@compuserve.com

SONSTIGES

BürgerInnen mischen mit
Bürgerbegehren, Beteiligung an Planungsverfahren, Akteneinsichtsrecht, Petitionsrecht, direkte Aktion, Boykotte ... viele Möglichkeiten und ihre rechtlichen Rahmen werden vorgestellt.
Termin: 9.-11.1.1998

Zeitungen selber machen
Idee einer Zeitung, Erscheinungsgebiet und -weise, Finanzierung, Layout/Satz und Druck, Verteilung, Recherchieren, Schreibstile, Presserecht und vieles mehr. Am Samstag von 14-18 Uhr: Einführung in das Layouten mit dem Computer (Teilnahme auch nur an diesem Abschnitt möglich).
Termin: 23.-25.12.1997
Ort jeweils: Seminarhaus der Projektwerkstatt im Kreis Gießen, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen Anmeldung: s.o., Tel. 06401/90328-3, Fax -5

Schenken – Stiften – Engagieren
»Das wichtigste Erbe, das Menschen hinterlassen können, ist die Lebbarkeit künftigen Lebens und die Bewohnbarkeit der Erde«, sagt der Schriftsteller Carl Amery. Wie mit Vermögen ein solches Erbe gestaltet werden kann, soll eine *Tagung* zum Thema »Schenken – Stiften – Engagieren« aufzeigen, die am 6. März 1998 in Köln stattfindet.
Die Tagung möchte Bürgerinnen und Bürger dazu anregen, einen Teil ihres Vermögens zur Lösung sozialer, kultureller und ökologischer Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Diskutiert werden neue Wege des Schenkens, Stiftens und anderen Engagements mit Vermögen. Menschen, die solche Wege eingeschlagen haben, berichten über ihr Engagement und ihre Beweggründe. Experten benennen Hindernisse auf dem Weg zum Schenken, Stiften und Engagieren und stellen Lösungsmöglichkeiten vor.
Die Tagung ist Teil einer Kampagne, die von der Heinrich-Böll-Stiftung, der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V., der Aachener Stiftung Kathy Beys und anderen Stiftern und Stifterinnen getragen wird. Für Schenkungs- und Stiftungsinteressierte organisiert die Kampagne Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen und Seminare. Sie veröffentlicht Hinweise und Anregungen zu dem Thema und vermittelt Beratungsmöglichkeiten. Hintergrund der Kampagne ist die »Erbschaftswelle« von voraussichtlich rund zwei Billiarden DM in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren.
Weitere Informationen unter
☎(02 21) 954 567-2, Fax: 954 567-5

BUNTE SEITEN 1997/98
Das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen
Mit 12.000 Anschriften vorwiegend selbstorganisierter Projekte, Initiativen und Betriebe aus der BRD, CH & A und internationalen Kontaktadressen, ausgewählt von AktivistInnen aus den einzelnen Bewegungen
und neu im Buch:
Reader der Alternativ-Medien


Mit 1033 Titeln (hiervon 830 aus dem deutschsprachigen Raum) mit zahlreichen Hinweisen auf Verbreitungsgrad, Erscheinungsweise, Seitenzahl, Preisen und Schwerpunktthemen bzw. Ansprüche. Ein Überblick über Video- & Filmgruppen sowie über Freie Radios ergänzen diesen Reader.
262 Seiten, Buchformat 23 x 29,7 cm, Preis: 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-9240085-04-8
Erhältlich über: CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D - 69035 Heidelberg

CC-CONGRESS

Nichts ist wahr, alles ist erlaubt!
Der Chaos Communication Congress 1997 (27.-29.12.97) ist nunmehr der 14. seit seiner erstmaligen Ausrichtung im Jahre 1984. Und immer noch ist der CCC dem Phantom des Big Brother auf der Spur.
Der diesjährige Congress wird wieder zahlreiche Vorträge und Workshops auf die Bühne bringen. Das Hackcenter wird wegen der großen Nachfrage deutlich erweitert werden (bringt Eure Computer mit!).
Der Veranstaltungsort ist wie gewohnt das Eidelstedter Bürgerhaus, Alte Elbgaustr. 12, in Hamburg-Eidelstedt.
Nähere Infos über http://www.ccc.de/Congress97/html oder per e-mail: engel@ccc.de.

STIFTUNG MITARBEIT

Humanzeit:
Ideen für eine neue Zeitpolitik
Während Millionen Menschen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, bleibt vielen Berufstätigen immer weniger Zeit für gewünschtes Engagement in Familie und Gesellschaft. Wie kann die gesellschaftliche Arbeitsteilung so organisiert und finanziert werden, daß mehr »Humanzeit« für zwischenmenschliches, soziales und gesellschaftliches Engagement bleibt? Und welchen Beitrag können solche Konzepte zur Minderung der (Erwerbs-)Arbeitslosigkeit leisten?
Im Rahmen dieses Werkstattgespräches sollen ganz unterschiedliche Ansätze und neue Arbeitsmodelle zur Diskussion gestellt werden. Angehört werden Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, aber auch »Zeitpioniere«, die neue Wege ausprobiert haben und von ihren Erfahrungen berichten.
Ort: Evangelische Akademie Hofgeismar (bei Kassel)
Termin: 23.-25.1.1997
Information & Anmeldung:
Evangelische Akademie, Postfach 12 05, D-34362 Hofgeismar
☎(0 56 71) 88 11 18 (8.30-11.30 Uhr)

JUGENDUMWELT

Eine Stadt zum Mitmachen
JUKßstadt, die umweltfreundlichste Stadt Deutschlands
Wenn über Silvester etwa 1000 Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands nach Münster kommen, dann liegt das am Jugendumweltkongreß JUKß von BUNDjugend und Naturschutzjugend. Ein Schulkomplex wird dann zur JUKßstadt und eine Woche Programm rund um das Motto »Stadt und Land – wir gestalten die Zukunft« ist geplant.
Clara und Micha fahren in diesem Jahr zum Jugendumweltkongreß. Mit Isomatte und Schlafsack gerüstet, werden sie am 28. Dezember nach Münster fahren. Für eine Woche sind sie Bewohner der umweltfreundlichsten Stadt Deutschlands, der JUKßstadt. Empfangen werden sie zunächst von Stadtführern, die den beiden einen ersten Eindruck von der Öko-Kongreßstadt vermitteln. Ausgangspunkt wird immer wieder der Platz der »Ökologischen Steuerreform« sein, von dort geht es in die Schlafhalle Bettenburg, zur Küche Rampenplan oder zu den Arbeitskreisen. Abends beginnt dann das Eröffnungsevent in Münsters Stadthalle.
»In dieser Stadt mitmachen, lohnt sich,« sagt Kathrin Gutmann, eine der Organisatorinnen des Kongresses. »Viele Jugendliche sind schon aktiv, sie sammeln Müll, benutzen Umweltschutzpapier und fahren mit dem Rad. Auf dem JUKß zeigen wir, was man noch machen kann,« sagt Gutmann. »Nicht immer den Mund halten, sondern seine Meinung sagen und Umweltschutz zum Thema machen, das sollen auch Jugendliche können. Die 1992 in Rio verabschiedete Agenda 21 gibt Jugendlichen bereits die Möglichkeit, Mitbestimmung auf allen Ebenen politischen Handelns einzufordern. Wie das im Kleinen geht, werden wir zeigen und auch, daß das ganz einfach ist,« sagt Gutmann.
Neben diesem Thema bietet der JUKß alles andere, was zu einem Kongreß gehört: Neben Arbeitskreisen in sechs Themensträngen, also auch Plenumsvorträge und Austauschforen. Als Jugendkongreß sorgt abends ein buntes Kulturprogramm für Abwechslung. Clara und Micha aus Berlin wollen übrigens an einem gesonderten Programm für EinsteigerInnen teilnehmen und die JUKßstadt mit vielen Ideen für eine eigene Jugendgruppe verlassen.
Noch bis zum 15. Dezember 1997 kann man sich anmelden. Die Teilnahme kostet nach Selbsteinschätzung 90 bis 120 DM. Fahrtkosten werden zum Teil erstattet.
JUKß-Büro, Glatzer Weg 9, 48151 Münster, Tel: (0251) 7636330, Fax: (0251) 7636336, email: jukss@muenster.de, anmelden im Internet: http://www.muenster.de/jukss

ZU DIESER SEITE

Auf dieser Seite werden ausgewählte Seminare und Treffen angekündigt. Die Redaktion behält sich eine Auswahl der Terminmeldungen vor. Ankündigungen für selbstorganisierte Seminare und Treffen sind kostenlos. Wochenendseminare, die mehr als 200 DM kosten, werden nur bei Zahlung des Kleinanzeigenpreises für gewerbliche Anzeigen (siehe Schnipsel auf Seite 15) angekündigt. Einen Preisnachlaß für gemeinnützige VeranstalterInnen gibt es nicht. Wir bitten alle VeranstalterInnen um Beachtung dieses Hinweises.

Tu was für den Regenwald!

Infos:
Naturfreundejugend Deutschlands
Haus Humboldtstein
53424 Remagen

CONTRASTE
JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens 3 Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.
Name:
PLZ, Ort, Straße:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.
Datum: Unterschrift:
☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !
☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg